
Nr.230
INTERIM
auswärts
3 DM
Wochentliches Berlin-Info
2,- DM
4. März 1993

Inhalt

Impressum

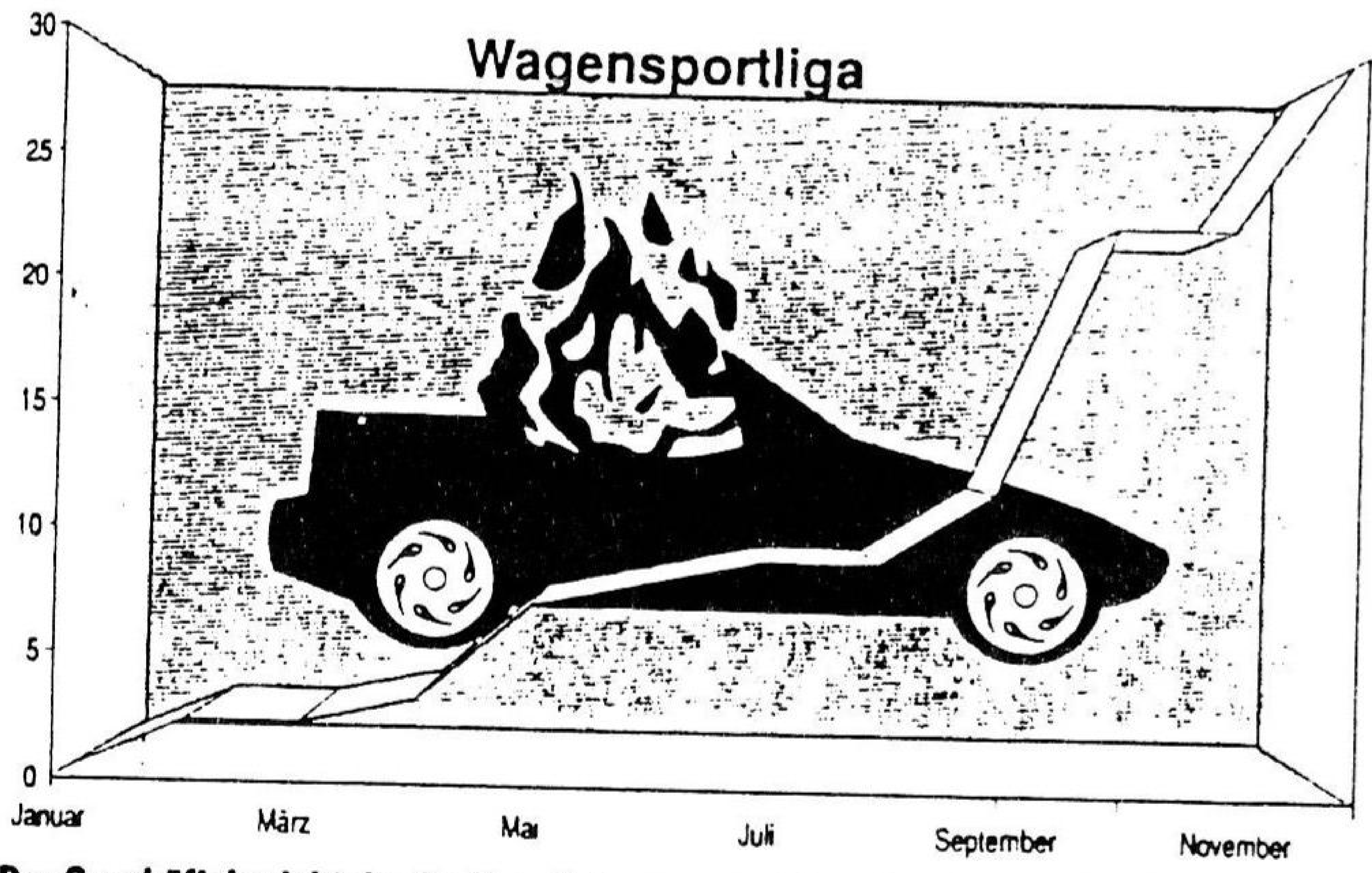
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Der Geschäftsbericht der Berliner Autonomen – hier eine Grafik »abgefackelter Bonzenautos« – ist wie bei einem Konzern aufgemacht



Die Bilanz der »Milly Tanz«

»Zweistellige Wachstumsraten« vermeldet »Berlins jüngste und zugleich flexibelste Branche« (»taz«), die linksradikale Autonomen-Bewegung, die jetzt eine bemerkenswerte »Erfolgsbilanz« vorlegte. In einem 17seitigen »Geschäftsbericht 1992« listet eine fiktive »Autonomia AG« insgesamt 73 »Aktionen« inklusive Datum und Stadtbezirk auf, zu denen die Militanten sich bekennen. So konnten in Moabit »3 Pornoshops angegriffen« werden, in Treptow wurden »Streikbrecherbusse besprüht und Reifen abgestochen«, und in Moabit flogen »Steine gegen Rep-Kneipe«. »Besonders erfolgreich«, so das wie ein klassischer Konzernbericht aufgemachte Autonomen-Papier, »war das neue Modell ›Abgefackelte Bonzenautos‹«, das sich mit neun Anschlägen »auf Anhieb zum Renner« entwickelt habe.

»Ein weiterer erfolgreicher Sektor« der »Autonomia«-Aktivitäten arbeitete »im abgelaufenen Geschäftsjahr« gegen Firmen, die am Stadtring-Ausbau an der Kreuzberger Oberbaumbrücke beteiligt sind: Da »wurden Bagger und Baufahrzeuge abgefackelt und als Innovation ein Schiff versenkt«.

»Nicht ganz im Rahmen der vorher gesteckten Erwartungen« lag das Ergebnis im »Sektor Anti-Olympia«. Zwar wurde bereits die »Carl-Diem-Gedenktafel« im Olympiastadion »entführt«, doch die »heiße Phase« laufe erst an. Das »in diesem Bereich eingesetzte Personal«, schreibt »Bewegungssprecherin Milly Tanz«, könne dann nach dem 23. September – dem Tag der Entscheidung, ob Berlin den Zuschlag für die Olympischen Spiele 2000 erhält oder nicht – »Überstunden in großem Rahmen« abbummeln.

Obwohl immer noch »zu wenig hochqualifiziertes Personal« vorhanden sei, sieht man im autonomen Lager optimistisch in die Zukunft – längeren »Absentismus in Form von U-Haft« habe es unter den Mitgliedern nicht gegeben. Auch der »bewegungsinterne Rechnungshof« habe keinen Grund zu Beanstandungen gefunden.

stern

Ordner
Alkoholdisk. HH
Spinnennetz-Infos
Imperialismus & Milka
Kritik Tübingenaktion
Kapitalismus & Hausarbeit
(Broschüre aus S)
Gedanken zu Kerstin
Verhinderter Lummerauftritt in Kiel
Kurdistan
Umstrukturierung Moabit
Gefangene Griechenland
Neulich im EX ...
Al Bundy schreibt für Dash
Prozess Holger
jede Menge Antifa-Infos
Stefan Waldberg, Türkei

Frauen an der Heimatfront

Im früheren Jugoslawien herrscht Krieg. Von Kriegen, die fast immer Männer anzetteln, sind Frauen stets in besonders harter Weise betroffen.

Colin Sherman sprach über die gegenwärtige Situation der Frauen im zerfallenden Vielvölkerstaat mit der Serbin Lepa Mladjenovic, die in den letzten zehn Jahren in feministischen Gruppen mitwirkte und der Belgrader Lesben- und Schwulengruppe "Arkadia" angehört.

DAW: *Könnten Sie kurz den Ursprung der feministischen Bewegung im ehemaligen Jugoslawien schildern?*

Lepa Mladjenovic: Historisch gesehen hat sich die Gruppe der Feministinnen — man kann kaum von Bewegung reden — in Belgrad entwickelt. Es begann vor etwa zehn Jahren mit Gesprächsrunden und öffentlichen Diskussionen, nachher gab es Aktivitäten auf der Straße, Protestbriefaktionen und dergleichen. Das war zwischen 1980 und 1990, doch dann sagten wir uns, daß wir mehr tun sollten als reden, etwas Konkretes unternehmen. So entschied sich die Feministische Gruppe 1990, ein Hilfstelefon einzurichten für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind. Eine ähnliche Gruppe bestand schon seit zwei Jahren in Zagreb und hat doch einiges erreicht. Wir wurden durch deren Arbeit stimuliert. Eine Unterkunft fanden wir in einem Jugendhaus, wo man uns ein Zimmer gab, welches wir am Nachmittag benutzen durften, wenn sie es nicht brauchten. Seit nunmehr zwei Jahren ist das Hilfstelefon täglich für vier Stunden, sonntags zwei Stunden, besetzt.

Aus der Feministischen Gruppe sind auch andere Gruppen hervorgegangen, einschließlich einer, die Frauenstudien betreibt und Kurse zur Frauengeschichte und zu Frauenfragen vom feministischen Standpunkt aus anbietet.

DAW: *Das Hilfstelefon haben Sie ja offenbar gestartet, weil Sie es für nötig erachtet haben. Worin hat sich Ihnen dieses Bedürfnis dokumentiert?*

Lepa Mladjenovic: Wir wußten von Beginn an, daß Gewalt etwas ist, womit die meisten Frauen in irgendeiner Weise konfrontiert sind, eigentlich alle Frauen. Das Hilfstelefon war ein Weg, all diese Frauen zu erreichen. Etwa sechs Monate nach dem Start war uns klar, daß das Problem doch viel ernster ist als wir dachten. Unsere Statistiken zeigten, daß 30 Prozent der Frauen, die uns anriefen, ernsthafte Verletzungen erlitten hatten.

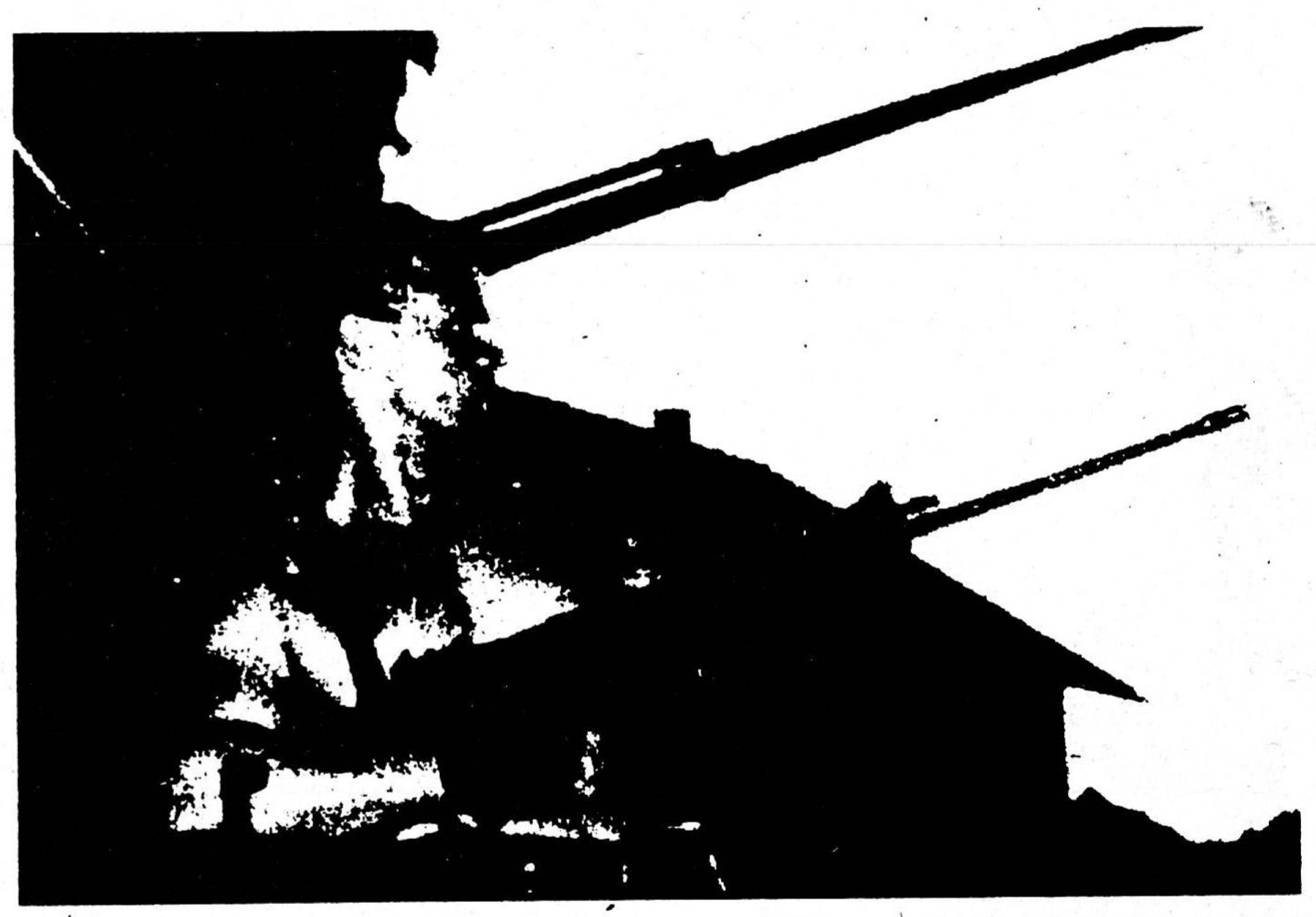
DAW: *Welcher Art waren diese Verletzungen?*

Lepa Mladjenovic: Knochenbrüche, auch schwere Kopfverletzungen. Ein Drittel der Frauen erwähnte sogar Todesdrohungen mit Messern oder anderen Waffen, Sätze wie "Ich werde dir die Kehle durchschneiden". Wir waren ziemlich schockiert.

In 90 Prozent der Fälle geht die Gewalt von einem anderen Familienmitglied aus — Ehemann, Partner, Bruder, Sohn, manchmal auch dem Vater. Kaum erwähnen die Frauen Gewalt, die von Unbekannten ausgeht. Am meisten gefährdet sind die Frauen im eigenen Haus.

DAW: *Wie ist das im Vergleich zu anderen Ländern?*

Lepa Mladjenovic: Wir haben gute Kontakte zu SOS-Gruppen in Zagreb und Ljubljana gehabt, bis der Krieg begann. Wir glauben, die Lage ist vergleichbar mit der in anderen Ländern. Aber mit Beginn des Krieges ist es zu einer Veränderung der Situation gekommen; die Frauen berichten weit häufiger von Bedrohungen mit oder dem direkten Gebrauch von Waffen. Die Frauen sagen zum Beispiel: "Seit er von der Front zurück ist, schläft er mit der Pistole neben dem Bett, und er bedrohte mich damit."



Weltweit berüchtigter kroatischer Söldner Sisis Ovorski, genannt "Rambo". Foto: konkret

Die sexuelle Gewalt in den Familien, die Bedrohung mit Messern, sogar mit Maschinenpistolen, sind angestiegen. Eine andere Entwicklung seit Kriegsausbruch ist Gewalt mit nationalistischem Hintergrund: Männer sehen die nationalistische Haßpropaganda im Fernsehen, die bei ihnen Frust aufbaut. Vor einigen Monaten war es in Kroatien sehr schlimm. Da zeigten sie Bilder von Leichen und kommentierten, diese Menschen seien von Faschisten umgebracht worden. Die Männer sehen so etwas, regen sich auf und schlagen ihre Frau, da sie "zur Hand" ist. Der Mann denkt vielleicht an seine Verwandten in Kroatien und wird gewalttätig gegen seine eigene Frau, obwohl sie die gleiche Nationalität wie er selbst hat.

Es gibt natürlich auch Anrufe von Frauen, die in einer gemischtnationalen Ehe leben, wo die Frau die Trennung will, weil die Situation den Haß zwischen den nationalen Gruppen so sehr schürt, daß die Ehe unmöglich weiterbestehen kann. Es war uns möglich, einigen Frauen zu helfen, nach Zagreb zurückzukehren.

DAW: *Können Sie uns vielleicht im Ansatz erklären, woraus sich dieser Haß entwickelt hat?*

Lepa Mladjenovic: Da gibt es natürlich verschiedene Standpunkte. Eine Antwort, in der die meisten sicher übereinstimmen werden, ist, daß nationalistische Politik von Politikern betrieben wurde, um Macht zu bekommen. Nach dem Ende der kommunistischen Regimes — auch in anderen östlichen Ländern — gab es eins, worauf sich die Politiker verlassen konnten: nationalistische Gefühle. In Serbien beispielsweise basieren beide Parteien — Regierung und Opposition — auf Nationalismus, und das, obwohl sie einander bekämpfen. Die Opposition in Serbien ist zu 90 Prozent nationalistisch, nur Parteien, die klein sind, sind dies nicht. Dieser Haß wurde geschürt von serbischen und kroatischen Politikern, die Macht haben wollten.

Es ist immer möglich, die Geschichte zu durchforsten, um zu beweisen, diese oder jene nationale Gruppe hätte etwas gegen uns. Das ist immer möglich, nicht nur zwischen Serben und Kroaten. Man kann immer etwas finden, wenn man will.

Als Tito an der Macht war, wollte er das nicht und sprach von einer Brüderlichkeit der Bevölkerungsgruppen, von der Einheit der verschiedenen Nationalitäten. Er verdeckte alle bisherigen Konflikte, und dies ist heute für viele Leute eine Erklärung dafür, daß jetzt alles so schlimm gekommen ist.

DAW: *Wie trifft die Frauen der Krieg insgesamt?*

Lepa Mladjenovic: Der Krieg hat zu vermehrter Gewalt auf allen Ebenen geführt, auch zwischen Männern. In Belgrad sind die Tötungsverbrechen im Januar 1992 gegenüber 1991 auf das Doppelte gestiegen. Die Zahl war immer relativ gering im Vergleich mit westeuropäischen Großstädten. Und jetzt hat sie sich in nur zwölf Monaten verdoppelt. Die Männer kommen zurück aus dem Krieg, gehen in die Cafés, spielen mit den Pistolen in der Öffentlichkeit herum — manche der Todesfälle sind unbeabsichtigt. Aber es gibt zumindest vier paramilitärische Gruppen in Belgrad, die einander zuweilen bekämpfen.

Und natürlich steigt die Männer-Gewalt gegen Frauen. Vergewaltigungen finden statt, wenn die Soldaten an der Front sind, und wenn sie zurückkommen, vergewaltigen sie die Frauen im eigenen Dorf. Sie vergewaltigen nicht nur Frauen einer Nationalität, die sie hassen, sondern die Frauen, die sie finden.

Dann ist da die Prostitution, die man kaum so nennen kann, da die Frauen dazu gezwungen werden. Sie werden so gering bezahlt, daß man es eine Art von Sklaverei nennen muß. Manche unter ihnen sind aus Rußland und Polen, natürlich auch aus Serbien.

DAW: *Sie meinen die organisierte Prostitution?*

Lepa Mladjenovic: Ja, die organisierte. Eine paramilitärische, sehr sadistische und terroristische Belgrader Gruppe — ihr Anführer heißt Arkan — hat sie organisiert, unter anderem für die Männer an der Front. Es gibt auch Nachtclubs in Belgrad dafür.

Charakteristisch für die Vergewaltigung im Krieg ist, daß sie in der Öffentlichkeit stattfindet, auf den Straßen. Ein weiteres Charakteristikum sind Gruppen-Vergewaltigungen: ein Mann berichtete in einer Zeitung, er erinnere sich nur, daß die Frau häßlich, er der zwanzigste und die Frau voller Sperma gewesen sei. Deshalb habe er sie getötet. Das ist die dritte Besonderheit: daß sie zur Tötung der Frau führen.

DAW: *Das sind bestimmt nicht alle Probleme ...*

Lepa Mladjenovic: Es gibt auch das Flüchtlingsproblem — seit Beginn des Krieges etwa eine halbe Million. Zuerst gingen sie nach Bosnien, jetzt gehen sie von dort nach Kroatien, Serbien und Slowenien. Das Flüchtlingsproblem wird meist von den Frauen getragen. Normalerweise sind es die Frauen, die versuchen müssen, alle zu versorgen.

Dann gibt es auch die Arbeitslosigkeit. In den letzten Monaten ist sie sehr schlimm geworden. Häufig sind es Frauen und Alleinstehende, die ihren Job verlieren — das schließt natürlich Lesben und Schwule ein. Ein Freund von mir ist vor einer Woche arbeitslos geworden. Er ist Zahnarzt. Wir haben einen "technologischen Überschuß". Er war auch davon betroffen. Das eigentliche Problem ist, daß das Geld nicht reicht, um die Leute zu bezahlen. Viele Einrichtungen gehörten dem Bund; ihnen wurde das Geld gekürzt, da Bundeseinrichtungen auch in Serbien nicht mehr den Status von früher haben. Viele Intellektuelle, die Freunde oder Verwandte in Frankreich, England oder sonstwo hatten, sind deswegen ausgereist.

DAW: *Die schwierigste Frage von allen: Sehen Sie einen Ausweg?*

Lepa Mladjenovic: Ich muß sagen, ich habe absolut kein Vertrauen in das serbische Parlament. Wie ich und einige meiner Freunde in der Friedensbewegung dies beurteilen, sind Gehorsam und nationalistische Haltung die Kriterien des Präsidenten bei der Ernennung neuer Parlamentsmitglieder. Vor drei Monaten wechselte die Hälfte der Parlamentarier, aber kaum jemand hat von den neuen Leuten etwas gehört. Das gleiche gilt für neue Minister — sie verstehen wenig von ihrem Ressort. Das macht es fast unmöglich, sich vorzustellen, solche Leute könnten zur Verbesserung der Lage beitragen. Die Politik des Präsidenten läßt sich etwa so beschreiben: Man stellt ihm die Frage: "Ist dieses Buch grün oder rot?" und er antwortet: "Es existiert nicht." Der bosnische Präsident fordert den Abzug der serbischen paramilitärischen Verbände, und der serbische Präsident sagt: "Wir haben keine dort." Ein Dialog ist unter diesen Bedingungen überhaupt nicht möglich.

DAW: *Sind unter diesen Verhältnissen lesbisch-schwule Aktivitäten überhaupt noch denkbar?*

Lepa Mladjenovic: Kaum, aber Belgrad hat das Privileg, daß es der Krieg bisher nicht erreicht hat, im Gegensatz zu den meisten Teilen des Landes; Zagreb, Ljubljana und Bosnien sind bereits erfaßt. Alle irgendwie alternativen Gruppen in Kroatien haben ihre Aktivitäten auf Friedensarbeit umgeschaltet. Auch "Arkadia" in Belgrad machte während des Krieges in Kroatien "nur" Friedensarbeit. Es ist gänzlich unmöglich, zum Publikum zu gehen und mit ihm über Schwule und Lesben zu reden, während das alles hier passiert. Wir haben allerdings unsere Protestschreiben weitergeführt, da in dieser Situation jede Bevölkerungsgruppe, die anders ist, zum Feind gestempelt wird — wie Kroaten und Albanier, so sind es jetzt noch mehr als früher auch Juden und natürlich auch Homosexuelle. "Arkadia" protestierte deshalb gegen einige Aussagen von Vertretern des öffentlichen Lebens.

Wir haben ja noch immer den Absatz im serbischen Strafgesetz, der homosexuelle Beziehungen erwachsener Männer kriminalisiert. Wir haben dahingehend unsere Pläne, wollen aber warten, bis sich die Kriegslage entspannt. Doch jetzt lodert das Feuer in Bosnien gerade wieder hoch.

Die Lage ist so tragisch, daß es manchmal unmöglich ist, zu denken. Das Gehirn kann es nicht mehr begreifen. Manchmal sagen wir uns, man muß weitermachen, aber man kann das einfach nicht, da man an die Freunde denken muß in Kroatien oder Bosnien, die hungern oder sich wegen der Schießereien in der Mitte des Gebäudes verschanzen oder in Kellern leben müssen, oder an jene, die gestorben sind. Es ist frustrierend und sehr traurig.

Dennoch planen wir, mit den oppositionellen Parteien links von der Mitte zu reden, zum Beispiel mit der Demokratischen Partei. Wir haben absolut kein Geld, weshalb wir den Plan für ein Bulletin immer wieder verschieben müssen. Wir könnten momentan nicht mal ein kopiertes Bulletin herausgeben. Das ist entmutigend, aber in den letzten Monaten konnten wir wenigstens eine schwul-lesbische Radiosendung innerhalb des Studentenprogramms eines unabhängigen Senders machen, der nur in Belgrad empfangen werden kann. Übrigens der einzige Sender, der gegen den Krieg ist — er ist kein Staatssender. Aus privaten, personellen Gründen wurde aber die Sendereihe beendet.

DAW: *Gibt es nationalistische Vorbehalte auch in der Homosexuellenbewegung?*

Lepa Mladjenovic: "Arkadia" gibt es erst seit Oktober 1990, aber die Lesben haben schon vordem innerhalb verschiedener Frauengruppen gearbeitet. Jedes Jahr hatten wir unsere landesweiten Treffen: in Zagreb, Belgrad oder Ljubljana, und immer gab es auch einen Lesben-Workshop. Natürlich ist die Lage unklar, aber wir hoffen, unsere Treffen fortführen zu können. Das Problem ist, daß auch einige Frauen — wie die Männer — sich von nationalistischen Emotionen leiten lassen und damit die lesbisch-schwule Solidarität unterdrücken. Einige haben einfach gesagt, sie wollten keinen Kontakt mehr mit uns haben. Dasselbe findet unter den feministischen Gruppen statt. Es gibt feministisch-kroatische Gruppen, zu denen der Kontakt sehr schwierig ist, seit sie uns Serbierinnen als Aggressoren sehen. Obwohl ich glaube, *alle* Feministinnen in Belgrad sind gegen den Krieg und sicherlich gegen die Regierung, werden wir dennoch als Aggressoren betrachtet. Es ist schwierig für uns, die Schuld, die uns gegeben wird, zu überwinden, und schwierig für sie, uns nicht als Angreifer zu sehen.

Für mich ist das persönlich sehr kompliziert, denn ich selbst identifiziere mich zuerst als Frau, dann als Lesbe und kaum als Serbin. Wahr ist jedoch, daß wir hier immer ein privilegiertes Leben hatten, da Belgrad die Hauptstadt war und Serbien immer der größte Staat Jugoslawiens.

Es stimmt auch, daß die Bundesarmee Menschen in Slowenien und Kroatien und jetzt auch Muslime und Kroaten in Bosnien bombardiert und erschossen hat. Serbien hat immer die Regierungsmacht in Jugoslawien gehabt. Ich muß das in Betracht ziehen, wenn ich heute mit Frauen aus Kroatien rede. Trotzdem: Viele Frauen und Lesben wollen die Solidarität zwischen uns aufrechterhalten.

DAW: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

aus: Die Andere Welt 6/92

Frauenpower in der Textilbranche

Entlassene ArbeiterInnen geben nicht auf

Die ArbeiterInnen des Maquila-Betriebes Confecciones Unidas S. A. sitzen seit sechs Monaten auf der Straße - vor der geschlossenen Maquiladora, vor dem Verfassungsgerichtshof oder wie momentan vor dem Nationalpalast. "Uns ist das gleich, ob wir nun vor der Tür des Betriebes in der Zone 12 oder vor dem Verfassungsgericht sitzen" erzählen die Frauen, die sich seit dem 30. März zusammen mit Hunderten von entlassenen Campesinos/as auf dem Platz vor dem Nationalpalast niedergelassen haben . Aus Plastik- und Stoffplanen errichten die DemonstrantInnen Zelte, die notdürftigen Schutz vor Sonne und Hitze bieten.

Gemeinsam mit den ArbeiterInnen von mehren Fincas an der Südküste waren die Frauen von Confecciones Unidas am 25. März aus Coatepeque in der Provinz Quetzaltenango losmarschiert, um von der Regierung ihre Wiedereinstellung zu fordern. Der fünftägige Demonstrationsmarsch war von der Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas (UNSITRAGUA) und der Allgemeinen Arbeiterzentrale Guatemalas (CGTG) organisiert worden. Die Regierung bildete zwar nach dem Eintreffen der DemonstrantInnen in der Hauptstadt eine Vermittlungskommission, aber ob die überhaupt schon einmal zusammen getreten ist, wissen die Frauen nicht.

Im August letzten Jahres stellte der Besitzer der Confecciones Unidas einen neuen Geschäftsführer, Rolando Zepeda, ein. Dieser begann die Stückzahlen zu erhöhen und die Akkordbezahlung zu verringern. "Er wollte nur neues Personal. Er wollte alle, die schon länger dort arbeiteten, entlassen" erzählen die Frauen. Manche seien schon sechs, sieben, oder acht Jahre in dem Betrieb beschäftigt gewesen. "Am 7. Oktober haben wir den Gerichten mitgeteilt, daß wir dabei sind, eine Gewerkschaft zu bilden." Nach guatemaltekischem Recht kann einE UnternehmerIn während der Bildung der Gewerkschaft nur mit richterlicher Erlaubnis Entlassungen vornehmen. Dennoch fanden die Frauen genau einen Monat später morgens die Maquiladora verschlossen vor. An der Tür hing eine Liste mit den Entlassenen. 74 ArbeiterInnen, davon 69 Frauen, standen auf der Straße.

Die ArbeiterInnen von Confecciones Unidas waren sozialversichert, was nicht die Regel ist. Einige der Entlassenen, so erzählen sie, sind Frauen, die vom guatemaltekischen Sozialversicherungsinstitut (IGSS) krankgeschrieben waren und damit nicht hätten entlassen werden dürfen. Außerdem standen auf der Liste die Namen von Minderjährigen, Schwangeren, Alleinstehenden und Witwen.

In der Zeit zwischen der Bildung der Gewerkschaft und der Entlassung wurde massiv Druck auf die Frauen ausgeübt. "In diesem Monat wurden wir noch schlechter behandelt. Sie gaben uns keine Arbeit, sie beschuldigten uns, Sachen zu verstecken, damit die Aufträge nicht rausgingen. Sie wollten, daß wir aufgeben, aber das haben sie nicht geschafft." Nach Meinung der Frauen von Confecciones Unidas läuft das in allen Maquiladoras so: "Sofort, wenn die UnternehmerInnen erfahren, daß die ArbeiterInnen dabei sind, eine Gewerkschaft zu bilden, entlassen sie alle."

Maquila - Garant für Billigtextilien in Europa

Die Zahl der Maquila-Betriebe, in denen aus Industrieländern importierte Halbfertigprodukte zusammengesetzt werden, um sie danach wieder zu erportieren, hat sich in Guatemala seit 1986 unglaublich erhöht. 1986 sollen es etwa 20 Betriebe gewesen sein, Anfang 1991 waren es schon 250. Die Angaben über die Zahl der Arbeitsplätze in den Maquiladoras schwanken stark. Das Institut CITGUA vermutet, daß ungefähr 40 000 Personen in Maquila-Betrieben beschäftigt sind. In der Hauptstadt sind 70 - 80% der ArbeiterInnen der Maquiladoras Frauen, häufig sehr junge und/oder alleinstehende Frauen und Witwen. Auf dem Land sind es 50%.

Einer der Gründe, warum die Unternehmen bevorzugt Frauen einstellen, ist ihre aggressive Antigewerkschaftspolitik. Sie gehen davon aus, daß Frauen sich nicht so schnell gewerkschaftlich organisieren wie Männer. Momentan gibt es höchstens in zwei oder drei Maquiladoras eine Gewerkschaft zumindest im Gründungsstadium. Eine davon ist Confecciones Undidas. In dem Betrieb wurden verschiedene Kleidungsstücke, vor allem aber Shorts zusammengenäht. "Unsere Arbeitsbedingungen waren sehr schlecht, weil es kein Trinkwasser, keine Toiletten, keine Klimaanlage, keinen Essensraum gab. Der Lohn war niedrig: der Mindestlohn betrug 5,50 Quetzal (etwas mehr als 1 US-$) pro Tag."Die Frauen erzählen, daß es bei großen Anstrengungen möglich war, durch die Akkordarbeit 10 oder 12 Quetzales pro Tag zu verdienen. Einige der Frauen mußten allein für die Busfahrkarte zum Arbeitsplatz mehr als drei Quetzales ausgeben. "Manchmal mußten wir die Nacht durcharbeiten. Das bedeutete einen ganzen Tag, dann die Nacht und manchmal noch den Morgen. Die Überstunden waren praktisch Pflicht. Sie wurden nach Akkord bezahlt." Häufig werden die Frauen auch mißhandelt.

Ausbeutung mit Esprit

90% der Maquiladoras in Guatemala sind Textilfabriken. Es wird zum Beispiel für die Marken Wrangler, Esprit, Levi Strauss, Ralph Laurent und Spencer produziert, aber auch für viele andere. Obwohl sich die Mehrheit der Maquila-Betriebe in der Hauptstadt befindet, gibt es auch eine beträchtliche Zahl im Hochland. In den Provinzen Chimaltenango, Quetzaltenango, Huehuetenango, San Marcos, Totonicapán und Quiché werden über Vermittler ganze Familien angeworben, um für die Maquila-Betriebe in Heimarbeit zu arbeiten. Die Konsequenzen sind klar: die Löhne sind noch geringer, Arbeitschutzgesetze fallen völlig weg und die Abhängigkeit ist noch größer. Im Gegensatz zu Guatemala konnte sich diese Art der Maquilas in anderen Ländern Mittelamerikas wie in El Salvador nicht durchsetzen. Nach Ansicht der Vereinigung der Exporteure nicht-traditioneller Produkte (GEXPRONT) liegt dies an der Webtradition der Mayas, die es natürlich im Interesse kapitalistischer Unternehmen auszunützen gilt: "Die westliche Region des Landes bietet Arbeitskräfte mit einem ausgezeichneten Geschick und einer langen Textiltradition, deren Kosten mindestens 25% unter dem Niveau der Hauptstadt liegen." Die Ausmaße dieser "submaquilación" sind nicht feststellbar, aber nach Angaben von UnternehmerInnen gibt es im Bezirk San Francisco El Alto in der Provinz Totonicapán 14 000 Nähmaschinen.



Die lange Webtradition dient jetzt kapitalistischen Interessen

CONAVIGUA

Die Witwen Guatemalas organisieren sich

„Die größte Veränderung ist, daß wir es geschafft haben, die Angst zu überwinden, die Angst davor zu reden. Und seit es CONAVIGUA gibt, treten die Frauen ans Licht der Öffentlichkeit, anstatt zu erschrecken. Die Frauen schauen nicht mehr nur zu, wenn ihre Söhne in die Kasernen verschleppt werden, sondern organisieren sich, um die Söhne zu retten ... Oder wenn die Soldaten sie vergewaltigen wollen oder die Mädchen holen, dann versammeln sich die Frauen, rufen die Gemeinde zusammen und fordern ein Ende der Vergewaltigungen. Wenn die Behörden sich bereichern, versammeln sich die Frauen und protestieren. Darum geht es, die Angst zu überwinden. Wenn früher die Armee oder die Patrouillen kamen, haben die Frauen sich in den Schluchten oder wer weiß wo in den Bergen versteckt. Aber es kam ein Punkt, an dem wir das nicht mehr machen konnten, immer auf der Flucht auf unserem eigenen Land. Jetzt organisieren sich die Frauen, um sich zu verteidigen. Das ist die Veränderung."

Die neu erschienene Broschüre zeichnet ein umfassendes Bild der Situation der Frauen in Guatemala, der Geschichte der Witwenvereinigung CONAVIGUA und ihrer aktuellen Forderungen im Kampf gegen Ausbeutung, Diskrimierung und Repression.
ISBN 3923872-03-8,. Nov. 1991, 5.-DM. Erhältlich bei der Informationsstelle Guatemala und allen anderen HerausgeberInnen.

Herausgegeben von: Christliche Initiative Romero, Guatemala-Gruppe des Evangelischen Jugendwerks , Guatemaltekische Menschenrechtskommission CHDG, Informationsstelle Guatemala e.V., terre des hommes

Die Frauen von Confecciones Unidas antworten auf die Frage, warum sie ausgerechnet in einer Maquiladora Arbeit gesucht haben, daß es keine andere Arbeit gebe. Die einzige Alternative sei eine Beschäftigung im informellen Sektor oder in einem anderen Maquila-Betrieb. "Da können wir auch gleich hier weiterkämpfen, das wäre doch das gleiche". Nach der Entlassung gingen die Frauen vor Gericht. "Aber der Richter der ersten Instanz und auch die Angestellten des Gericht hatten etwas mit der Entlassung zu tun. Denn der gleiche Richter hatte das Entlassungsverbot, weil wir eine Gewerkschaft bildeten,aufgehoben." Ende Dezember entschied das Arbeits gericht, daß die 74 ArbeiterInnen wieder eingestellt werden müssen. Der Besitzer von Confecciones Unidas ging daraufhin sofort in die Berufung. Von diesem Augenblick an, so die Frauen, sei der Prozeß in den Gerichten verzögert worden. "Die Gerichte behandelten immer die Einlassungen des Besitzers zuerst. Das liegt daran, daß er irgendeinen wirtschaftlichen oder sonstigen Einfluß in den Gerichten hat."

Die Frauen geben nicht auf

Mit Hilfe von UNSITRAGUA hatten sich die Frauen inzwischen die nötigsten juristischen Kenntnisse angeeignet, um überhaupt weiterkämpfen zu können.

Keine von ihnen hatte Erfahrungen mit Gewerkschaftsarbeit. "Wir haben dann Rechtsmittel vor dem Verfassungsgerichtshof eingelegt. Für eine Entscheidung hätte dieser eigentlich nur fünf Tage brauchen dürfen. Aber es hat insgesamt 45 Tage gedauert. Und es wäre nie zu einer Entscheidung gekommen, wenn wir nicht acht Tage vor dem Verfassungsgericht gesessen hätten." Die Entscheidung war negativ für die Frauen, aber der Rechtsweg ist noch nicht erschöpft. "Wir haben jetzt angefangen, Druck auszuüben, damit sie die Unterlagen wieder an das zuständige Gericht zurücksenden", meinen die Frauen keineswegs entmutigt.

Die Maquiladora Confecciones Unidas hatte zwei Anlagen, beide in der Zone 12. Der Unternehmer hat vor kurzem die Maschinen aus der Anlage der entlassenen Frauen abholen lassen. In der anderen Analge, nur einige Meter weiter, wird gearbeitet. "Dort hat der Besitzer Wächter angestellt, damit wir nicht hineinkönnen. Er hat auch Leute geschickt, die haben erst Öl auf den Bürgersteig vor der geschlossenen Anlage gegossen, damit wir uns nicht mehr hinsetzen können. Dann haben sie Zucker hingestreut, damit viele Ameisen kommen und danach haben sie hingepinkelt. Es hat furchtbar gestunken, sie wollen, daß wir aufgeben. Aber wir sind fest entschlossen weiterzumachen!"

aus: Guatemala-Info 2/92

Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt

Heimarbeit in den Armenvierteln Istanbuls

Asiye sitzt auf dem Teppich im Wohnzimmer und zählt gewissenhaft Bleistiftminen aus einem großen Behälter... Wie die Produkte von Asiyes Heimarbeit über Mittelsmänner und Exportfirmen auf den Weltmarkt gelangen und wie traditionelle Geschlechterrollen instrumentalisiert werden, um den Stücklohn der Hausfrauen zu drücken, untersuchte Jenny White in Istanbuler Armenvierteln.

Auf der asiatischen Seite Istanbuls liegt ein Viertel, das ich Yenitepe nennen will[1]. Es hat ein belebtes Zentrum mit kleinen Läden und flachen Wohnblocks für ArbeiterInnen, an seinem Rand verzweigen sich die Straßen in ein planloses Netzwerk schmutziger Wege, an denen sich Häuser in den unterschiedlichsten Stadien der Fertigstellung aufreihen. In vieler Hinsicht ist Yenitepe typisch für Istanbul, hier wohnen überwiegend Zuwanderer aus ländlichen Gebieten. In raschem, unkontrolliertem Wachstum ist das Viertel seit den fünfziger Jahren auf die grünen Hügel des Stadtrands vorgedrungen. Yenitepe ist inzwischen in die eigentliche Stadt eingegliedert worden, jedoch bleibt es, wie ganz Istanbul, eine Mischung aus geplanter und planloser Bebauung und eine Zuflucht für neu ankommende Familien. Heute lebt über die Hälfte der türkischen Bevölkerung in städtischen Gebieten. Die Bevölkerung Istanbuls ist von anderthalb Millionen im Jahr 1955 auf sechs Millionen 1988 und acht Millionen 1990 angewachsen. Über die Hälfte davon sind MigrantInnen und leben in den - in der Türkei Gecekondu genannten - illegalen Stadtrandsiedlungen.

Diese Familien bilden ein Reservoir großteils nicht ausgebildeter Arbeitskräfte, das von der Industrie und von Exportfirmen angezapft wird. Stücklohn und Familienwerkstätten sind besonders geeignet für die Nutzung von Frauenarbeit. Den Frauen wird so ermöglicht, den Erwerb zusätzlichen Familieneinkommens in Einklang zu bringen mit traditionellen Zwängen, die es ihnen erschweren, ihre Häuser zu verlassen, Kontakt zu Fremden aufzunehmen und die Rolle der Ernährerin zu übernehmen.

Die produktiven Aktivitäten der Frauen in diesem Milieu reichen von individueller Produktion im Haus für Freunde und Nachbarn über Stückarbeit für Nachbarn oder Mittelsmänner von außerhalb bis zur Werkstattproduktion in der Wohnung oder außerhalb. Die vorwiegende Beschäftigung von Frauen in Stücklohn- und Heimarbeit für den Weltmarkt - besonders verbreitet in Indien und Mexico - ist Teil der wachsenden Tendenz großer internationaler Firmen, sich von einer bestimmten nationalen Basis abzukoppeln und ihre Operationen weltweit überall dorthin zu verteilen, wo Steueranreize, Arbeitsgesetze und die Kosten der Arbeitskraft am günstigsten sind[2]. In den USA kann man diese Dezentralisierung der Produktion an der Zunahme von Teilzeit-, Zeitarbeit und Leiharbeit beobachten. Charakteristisch für diese Arbeit ist niedrige Qualifikation, keine gewerkschaftliche Organisation, schlechte Bezahlung ohne zusätzliche Sozialleistungen sowie geringe Arbeitsplatzsicherheit.

In der Türkei ist die Stücklohn-Produktion im letzten Jahrzehnt infolge der exportorientierten, liberalen Wirtschaftspolitik der Regierung der Mutterlandspartei aufgeblüht. Exportanreize für die Textilindustrie haben für Händler neue Möglichkeiten geschaffen, das große Reservoir ungenutzter Arbeitskraft der städtischen MigrantInnen zu nutzen. Spitzenpreise für Handarbeitsprodukte in den Industrieländern machen die Textil- und Lederbekleidungsproduktion besonders geeignet für Unterverträge (Subcontracting) mit kleinen Werkstätten und HeimarbeiterInnen. Kleine kapitalistische Unternehmen haben ebenfalls auf diese neuen Bedingungen reagiert - eine neue Schicht wohlhabender Unternehmer hat sich herausgebildet. Die Händler und Mittelsmänner sind tendenziell zur Mittelklasse zu rechnen, was sich in ihrem Zugang zu Kapital, ihrer Bildung und ihren nationalen und internationalen Geschäftskontakten widerspiegelt. Bei den Besitzern der Stücklohn- und Familienwerkstätten wie bei den StücklohnarbeiterInnen selbst ist das Klassenbewußtsein als ArbeiterIn erstickt und durch traditionelle Identifikationsformen wie Familie, Nachbarschaft, Herkunftsgebiet und Geschlecht überlagert. Die Werkstättenbesitzer sind sowohl Beschäftigte von Händlern, die Rohmaterial und Bestellungen bereitstellen, als auch Arbeitgeber von bezahlten und unbezahlten ArbeiterInnen. Die AkkordarbeiterInnen und unbezahlten ArbeiterInnen in Familienwerkstätten hingegen sehen ihre produktiven Aktivitäten in erster Linie als Ausdruck ihrer traditionellen Rollen, sie sehen sich selbst überhaupt nicht als "ArbeiterInnen".

Die Identifikation mit der Arbeit

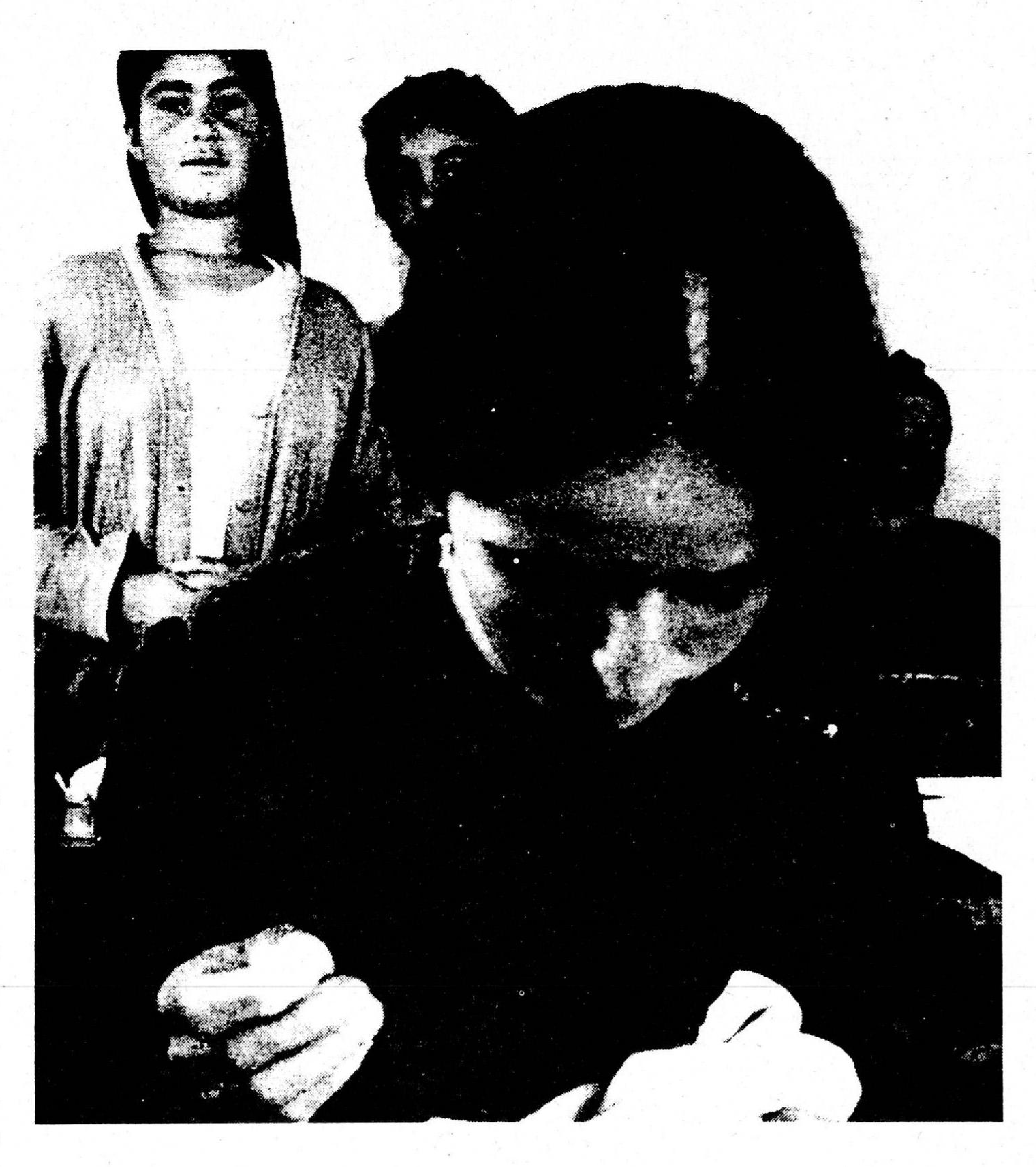
Im allgemeinen pflegte die sozialwissenschaftliche Literatur KleinproduzentInnen als homogene Klasse zu betrachten und dabei entweder marxistisch verschiedene Produktionsweisen und ihre Interaktion hervorzuheben, oder ein dualistisches Modell, das die ökonomischen Aktivitäten der Armen in einem "informellen" oder "marginalen" Sektor ansiedelt. In jüngerer Zeit ist klargeworden, daß ideologische und politische Faktoren berücksichtigt werden müssen, um die Zählebigkeit und das schnelle Wachstum solcher Unternehmen mit niedriger Produktivität in sich industrialisierenden Ländern erklären zu können.

In den ärmeren städtischen Vierteln der Türkei ist die Arbeit von Frauen und Kindern oft als Stücklohnarbeit in kleinen Familienwerkstätten organisiert. Die Frauen sehen in diesen einkommenserzeugenden Tätigkeiten zusammen mit anderen traditionellen sogenannten Hausfrauenarbeiten oder der Mutterschaft einen Ausdruck ihrer Identität als gute, hart arbeitende Moslemfrauen.[3] Bei jeder Frau wird vorausgesetzt, daß sie Sticken, Nähen oder andere Handarbeiten

ausführen kann. Traditionell haben Frauen einen großen Teil ihrer Mädchenjahre damit verbracht, Teile ihrer Aussteuer wie Tagesdecken, Läufer, dekorative Kleidungsstücke oder Schutzumschläge für den Koran herzustellen. Diese Fähigkeiten und die Aussteuerstücke selbst sind notwendig, damit eine Frau als heiratsfähig angesehen wird. Es gehört per Definition zu den Eigenschaften einer "guten" und der Ehe und Mutterschaft würdigen Frau, Putzen, Kochen, Bedienen, Sticken, Verzieren und Häkeln zu können und vor allem nie die Hände in den Schoß zu legen.

In den letzten Jahren wurden nun diese, einen Teil der traditionellen Familienstrukturen bildenden, Arbeitsqualifikationen in der Türkei durch die Schaffung eines weitgespannten Netzes von Stückarbeit sowohl auf dem Lande als auch in den Städten in den Dienst des Weltkapitals eingespannt. Stücklohnarbeit wird, wie die Arbeit in Familienwerkstätten und wie die Hausarbeit, als der "natürliche" Beitrag von Frauen und Kindern zum Familienleben betrachtet. Diese Assoziation von Arbeit mit der Rollenidentität von Frauen (und Kindern) ermöglicht es, daß ihre Arbeit gering oder garnicht bezahlt wird. Die Frauen bestehen darauf, daß es sich bei ihrer Tätigkeit nicht um "Arbeit" handelt und achten nicht auf die aufgewendete Zeit.

Da von der Arbeit die soziale Identität der Frauen abhängt, ist es unerläßlich, daß die produktiven Aktivitäten die moralischen und religiösen Maßstäbe dieser Identität widerspiegeln. Eine unter den Frauen der Gecekondus und anderer armer Viertel verbreitete Form der Einkommenserzeugung ist die individuelle Heimproduktion, im allgemeinen von Kleidern und Stickereien, für Freunde und Nachbarn. Das folgende Beispiel illustriert, wie dieser Prozeß die Produktion entwertet und den Verkauf als Ausdruck von Gruppensolidarität beschönigt und wie dies durch den Druck der Gemeinschaft erzwungen wird.



In Hayriyes Wohnzimmer

Hayriye, eine Koranlehrerin in Yenitepe, besitzt eine Strickmaschine und produziert Kleider in ihrer Wohnung, um sie Freunden und Nachbarn zu verkaufen. Die Strickmaschine, die wie eine elektrische Orgel aussieht, ist in einem Nebenzimmer beim Fenster aufgestellt, so daß sie beim Arbeiten ihre drei kleinen Kinder beobachten und mit Besuchern reden kann. Sowohl Hayriye als auch ihr Ehemann lehren in der örtlichen Koranschule, aber während ihr Mann ein kleines Gehalt von 70.000 TL (ca. 84 DM, etwas unter dem gesetzlichen Mindestlohn) bekommt, erhält sie nur Trinkgelder von den Eltern ihrer SchülerInnen.

Vor zweieinhalb Jahren hat Hayriye ihre Strickmaschine zu einem Discountpreis erworben. Sie zahlte die Maschine über ein Jahr lang ab und lernte durch "trial and error", wie sie funktioniert, da die Bedienungsanleitung in Englisch und Japanisch war. Sie kauft große Mengen Wolle, bisweilen auf Kredit, und nimmt Aufträge für Kleider von Frauen aus der Nachbarschaft an. Wenn Sie kontinuierlich arbeitet, kann sie an einem Tag einen Pullover herstellen, doch meistens dauert es zwei Tage.

Obwohl Hayriye nach meinen Berechnungen über 40 Stunden in der Woche an der Maschine arbeitet, behauptet sie, sie arbeite gar nicht. Am Tag meines Besuches saßen sieben Frauen aus der Nachbarschaft in Hayriyes guter Stube, tranken Tee und redeten. Viele hatten Sachen zum Stricken und Sticken mitgebracht. Als das Gespräch auf meine Fragen nach den Gründen für ihre Maschinenstrickarbeit kam, erklärte Hayriye nervös: "Ich mache wirklich nicht viel von dem hier. Nur ab und zu. Ich verkaufe es nicht nach draußen. Meine Freundinnen kommen und möchten etwas, und ich mache es für sie." Sie war verblüfft über mein Interesse an ihren Aktivitäten, weil ich ihr als jemand vorgestellt worden war, die an Frauen interessiert sei, die zu Hause "produzieren". Sie sah sich selbst nicht als einer Kategorie von Leuten zugehörig, die einer regulären Arbeit nachgehen, ihre Produkte an Fremde verkaufen und von dem so verdienten Geld abhängig sind.

Als die Unterhaltung auf eine Frau aus der Nachbarschaft kam, die als "kontinuierlich" strickend beschrieben wurde, machten die Frauen ihre Mißbilligung für deren Verhalten deutlich. Indem diese Frau ihre Produkte in Taschen zum Verkauf zu Händlern trug, übertrat sie eine Reihe kultureller und religiöser Normen für weibliches Verhalten. Die Frauen nannten sie "eine, die sich überall dreist einmischt", "raffiniert", und "anders". "Die weiß, wie sich Profit ziehen läßt!", "Du solltest mal sehen wie sie diese Gegend kennt!". Sie äußerten sich verächtlich darüber, daß sie sich auf der Straße herumtriebe, wo sie nichts zu suchen habe, ihre Gespräche mit fremden Männern und ihr Interesse an "Profit". Hayriye, die in dem selben Beruf "full-time" arbeitet, leugnet die produktiven und profitablen Aspekte ihrer Arbeit und stellt sie stattdessen als Akt der Großzügigkeit ihren Freundinnen gegenüber dar.

Per Definition arbeiten "gute" Moslemfrauen nicht außerhalb des Hauses unter Fremden, und die, die das tun, sind moralisch suspekt und werden verspottet. Der weibliche Anteil an Lohnarbeit außerhalb des Hauses in Istanbuler Gecekondus wurde 1976 auf nur 5,5% geschätzt. 1988 hatten nur 16,9% aller städtischen Frauen eine Arbeitsstelle. Unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen benötigen die Familien allerdings zusätzliche Einkommen zum Überleben.[4] Während viele Männer auch mehr als einer Arbeit nachgehen, gibt es für Frauen und Kinder zwei Möglichkeiten, zur wirtschaftlichen Sicherheit der

Familie beizutragen: direkt durch aus ihrer Arbeit bezogene Einkommen, und indirekt über die Bestärkung ihrer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft durch Beiträge und Austausch von Arbeit und Diensten. So lange produktive Aktivitäten als Ausdruck von Gruppenidentität und Solidarität eher denn als "Arbeit" gesehen werden, bleiben sie moralisch und sozial akzeptabel, ein Teil der gegenseitigen Verpflichtungen und Umverteilung, die die Grundlage für die Sicherheit der Gruppe bilden.

Wie Heimarbeit organisiert wird

Familie und Nachbarschaft sorgen verläßlich für langfristige ökonomische und soziale Sicherheit inmitten unpersönlicher, als feindlich wahrgenommener ökonomischer Rahmenbedingungen. Für Mittelsmänner, Exporteure und Händler ist die Bedeutung der Arbeit als konstitutives Element der traditionellen Identität einer Frau ein Faktor, der die Produktionskosten niedrig und die Profite hoch hält. Die Bezahlung für die Arbeit kann unter dem Subsistenzlevel gehalten werden, weil Systeme gegenseitiger Verpflichtung unter Nachbarn, Verwandten und KollegInnen sowie zwischen Stadt und Land helfen, daß überlebensnotwendiges Geld, Güter und Dienste umverteilt werden. Von der Familie wird traditionell erwartet, daß sie für soziale Sicherheit, für die Alten und Kranken sorgt. Das erlaubt der Wirtschaft, Versicherungen, Sozialausgaben und Renten einzusparen.

Auf der am wenigsten organisierten Ebene arbeitet das Individuum (männlich oder weiblich) zu Hause und strickt, näht, stickt, füllt Autobatterien, macht Reparaturen, Holzarbeiten usw. für Nachbarn und Freunde. Der Übergang zur Stücklohnarbeit für eine Werkstatt ist fließend, da der Werkstattbesitzer oft ein Verwandter oder Nachbar ist, der Materialien und Aufträge von einem Mittelsmann oder Kaufmann außerhalb der Nachbarschaft weiterleitet und ebenso für die Sammlung und Lieferung der fertigen Produkte zuständig ist und die Bezahlung für sie erhält.

Die Verteilung findet normalerweise in Zusammenarbeit mit anderen Familienmitgliedern statt und ist geschlechtsspezifisch organisiert. Die Person, die mit der Welt außerhalb der Nachbarschaft in Kontakt tritt, ist üblicherweise ein Vater, Bruder oder anderer männlicher Verwandter. Er erhält die Aufträge und Materialien. Seine Frau verteilt die Materialien an ihre Nachbarinnen und sammelt die fertigen Stücke ein. Der Ehemann führt Buch und bezahlt die Frauen für ihre Arbeit, meist ein- oder zweimal monatlich. Die Frauen werden nur bezahlt, nachdem der Werkstattbesitzer Geld für die Fertigprodukte erhalten hat. Wenn eine Verzögerung eintritt, müssen die Frauen oft monatelang warten.

Die Bezahlung für eines oder mehrere Stücke wird immer zurückgehalten, um sicherzustellen, daß die Frauen die Materialien, die sie für die Arbeit erhalten haben, nicht veruntreuen. Dies erzeugt auch einen Loyalitätseffekt, da die Frauen immer wiederkommen müssen und dann eher um mehr Arbeit bitten als um endgültige Auszahlung.

Die Familie trennt oft einen Raum ihrer Wohnung als kleine Werkstatt ab, wo die Materialien aufbereitet, gelagert und verteilt oder gesammelt werden. Falls die Produktion expandiert, wird vielleicht ein kleines Ladenlokal in der Nähe angemietet und es werden einige Mädchen aus der Nachbarschaft zur Ergänzung der familiären Arbeitskraft angestellt.

Obwohl es keine genauen Statistiken gibt, ist es klar, daß Stücklohnarbeit in den Arbeitervierteln von Istanbul weit verbreitet ist. Nach einer Schätzung bilden StücklohnarbeiterInnen die Mehrheit der Industriebeschäftigten, wenn nicht sogar aller Erwerbstätigen der Türkei.[11]

Die heutige Stücklohnarbeit hat oft andere Formen als traditionelle Handarbeiten angenommen. Zusätzlich zum Stricken, Häkeln und Nähen setzen HeimarbeiterInnen heute Pappschachteln, Halsketten, Gebetsketten und Türklingeln zusammen und sticken Dekorationen auf Schuhe und Kleider.

Fatma und der Zahnarzt

In manchen Vierteln sind Hunderte bei einem bestimmten Verleger beschäftigt, der von einem Ladenlokal aus operiert. Solche Unternehmer sind oft nicht Mitglieder der Gemeinschaft, obwohl verwandtschaftliche Bande zu einer lokalen Familie bestehen können. In Yolkent, einem neuen Gecekondu an der Hauptstraße von Istanbul nach Ankara, ist der Organisator der Stücklohnarbeit ein Zahnarzt, der in einem anderen Stadtteil lebt und arbeitet. Er kommt in regelmäßigen Abständen in das Viertel und öffnet sein Ladenlokal. Binnen kurzem bildet sich eine lange Schlange von Frauen, die fertige Pullover zurückbringen, neues Material holen und auf Bezahlung hoffen. Fatma, die mich zu einem Treffen mit dem Besitzer begleitete, erklärte, daß er seit Monaten kein Geld mehr herausgegeben hätte, weil, wie er sagte, das Geld aus dem Ausland nicht auf seiner Bank angekommen sei.

Ein junges Mädchen hinter der Ladentheke wiegt die Wolle vor der Ausgabe an die Frauen ab, und auch die fertigen Pullover werden gewogen, um sicherzustellen, daß die Frauen nichts von der Wolle für sich behalten haben. Die Frauen bekommen 5000 TL (DM 6.-) für jeden fertigen Pullover. Der Besitzer schuldet jeder Frau regelmäßig im Schnitt 30 - 40 000 TL, die niemals ganz ausgezahlt werden.

Er beschäftigt zwischen 125 und 150 Frauen, die zum größten Teil aus diesem Viertel kommen. Er sagt, daß es in Yolkent auch Firmen gibt, die Stickereien und Lederwesten herstellen und daß ungefähr zehn andere Firmen Strickwaren herstellen. Seine eigene Firma ist klein im Vergleich zu anderen in größeren Vierteln, die tausende von Frauen beschäftigen.

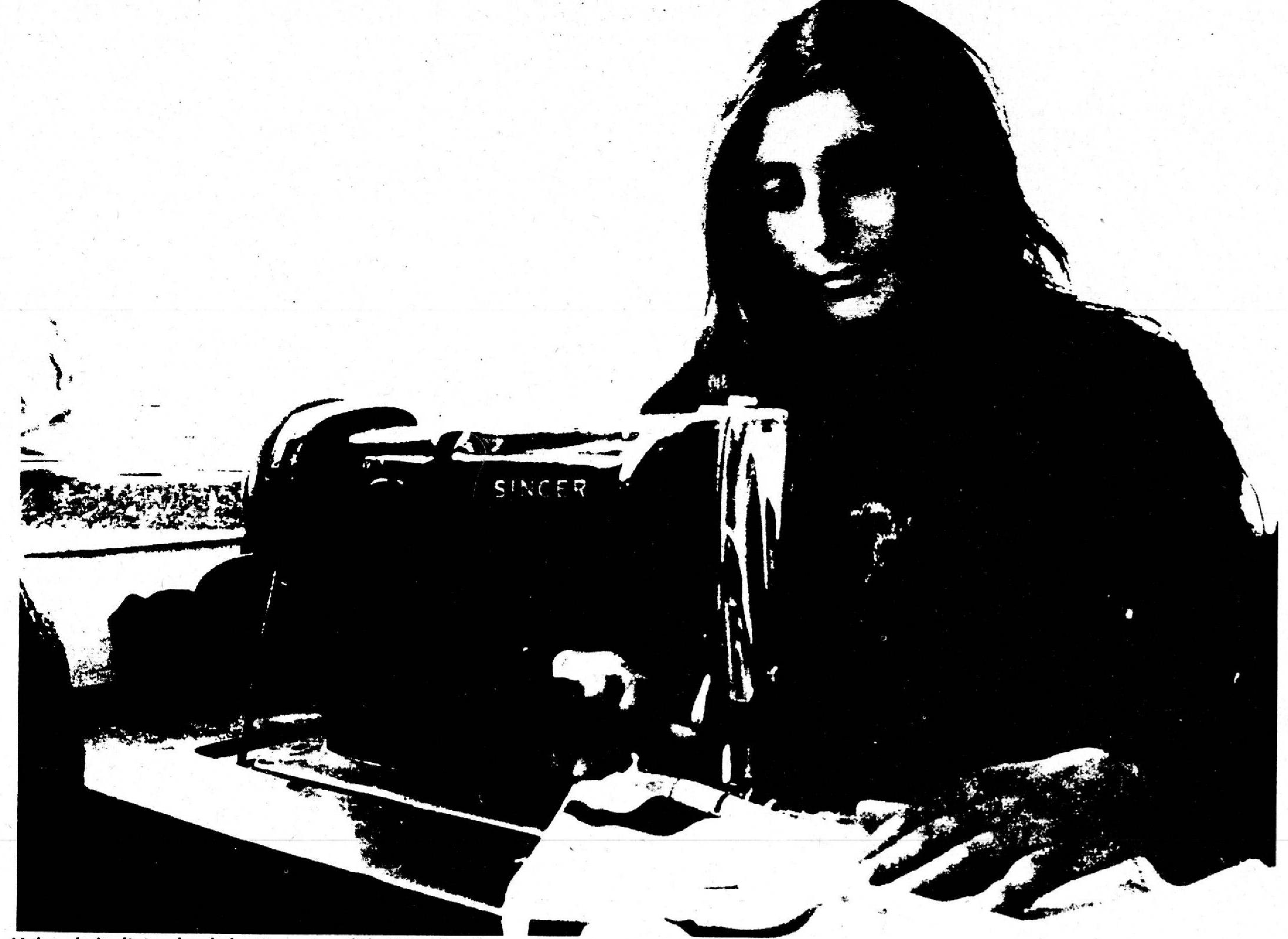
Es herrscht ein scharfer Wettbewerb unter den größten Verlagsunternehmern in Istanbul, die eifersüchtig ihren Arbeitskraftnachschub und ihre Designs bewachen und sogar Frauen als Spione einsetzen, um die Muster ihrer Konkurrenten herauszubekommen. Sie versuchen sich im Ausland gegenseitig bei den Preisen ihrer Produkte zu unterbieten. Die Stücklöhne dagegen pendeln allgemein um 2 000 TL (DM 2,60) und steigen trotz der galoppierenden Inflation nur langsam. Zu viel Wettbewerb bei den Stücklöhnen könnte leicht den Marktvorteil zerstören, den die billige Arbeit diesen kleinen Firmen gibt. So versuchen die Firmen, sich durch eine Kombination aus Paternalismus, nachbarschaftlicher Identifikation, Bitten um Einlagen und die niemals vollständige Auszahlung der geschuldeten Beträge an die Frauen loyale Arbeitskräfte zu schaffen.

Die Frauen selbst sind fast alle Migrantinnen vom Land. Der Zahnarzt erklärt, daß die Frauen *"dies nur tun, um die Zeit totzuschlagen während sie auf die Kinder aufpassen und Hausarbeit tun. Sie arbeiten auch aus Geldmangel, wünschen sich Töpfe und Pfannen, und der Hausierer kommt vorbei. Sie erzählen ihren Ehemännern nichts davon. Sie haben ein eigenes zusätzliches Einkommen. Sie können eine Teekanne oder einen Läufer kaufen. Eine Frau bringt das auch ihrer Tochter bei. Und es gibt Wohnungen, wo die Schwiegermutter bei der Schwiegertochter sitzt, und beide stricken. Wenn das drei in der Familie machen, verdienen sie mehr als der Ehemann".*[5]

Nur selten investieren die Subunternehmer, um die Produktion auszuweiten. Sie expandieren nur als Antwort auf Großaufträge, und dann sehr vorsichtig. Ihr Einkommen wird hauptsächlich benutzt, um große Konsumgüter wie Videorecorder oder Autos zu kaufen oder um dem familieneigenen Haus ein weiteres Stockwerk hinzuzufügen.

Eine andere Variante der Organisation der Stückarbeit erübrigt den Werkstattbesitzer. Stattdessen vergibt ein Kaufmann direkt Aufträge an Familien im Viertel, die dann vielleicht Arbeit an andere Familien weitervergeben. Die Grenzen zwischen direkter Verteilung von Heimarbeit, Verteilung über einen Laden oder Herstellung des gesamten Produktes in einer Familienwerkstatt sind fließend.

Asiye aus einer abgelegenen Istanbuler ArbeiterInnen-Vorstadt bietet ein Beispiel direkter Untervergabe von Heimarbeit: Sie sitzt auf dem Teppich im Wohnzimmer ihrer kleinen Wohnung und zählt gewissenhaft zerbrechliche, fast haarfeine Bleistiftminen



Heimarbeit als Ausdruck der Gruppensolidarität - der ökonomische Aspekt spielt für die Frauen keine Rolle

aus einem großen Behälter. Wenn sie zehn Minen gezählt hat, gibt sie sie ihrer neben ihr sitzenden Schwiegertochter, die sie in ein durchsichtiges, dünnes Plastikröhrchen füllt. Ihr achtjähriger Sohn Mehmet setzt einen schwarzen Deckel darauf und gibt sie dem siebenjährigen Arif, der ein goldfarbenes Etikett mit der Inhaltsangabe aufklebt und sie in eine Pappschachtel legt. Jede Schachtel enthält 24 Röhrchen. Die Bezahlung beträgt 2 TL für ein Röhrchen ohne Etikett und 3 TL für eines mit Etikett.

Asiye verteilt auch Material an fünf andere Familien in der Nachbarschaft. Ahmet ist der Besitzer eines Großhandels für Schreibwaren, der die abgepackten Bleistiftminen verkauft. Sein Assistent liefert das Material an Asiye und holt die abgepackten Minen in unregelmäßigen Abständen ab, um die Lagerbestände zu ergänzen. Die HeimarbeiterInnen werden monatlich oder alle zehn Tage bezahlt, wenn sie besonders um das Geld bitten auch öfters. Ahmet erklärt: *"Wenn wir ihnen das Geld auf einmal, sagen wir 100 000 TL (DM120.-), geben, können sie etwas davon kaufen. Wenn wir es ihnen jedesmal geben, werden sie es verplempern. Dies ist eine Art Zwangssparen."* Im Großhandel kostet ein Röhrchen Bleistiftminen je nach Art zwischen 50 und 280 TL. Ahmet verkauft sie an lokale Geschäfte und versucht eine Exportverbindung mit Saudi-Arabien zu etablieren.

In allen drei Formen der Arbeitsorganisation - individuelle Produktion, organisierte Heimarbeit und Familienwerkstätten - sehen die Frauen generell ihre Produktion als Arbeit aber nicht als Erwerbsarbeit. In ihren eigenen Worten "tun" sie diese Arbeit und "geben (das Produkt) ab". Sie ist schwierig und zeitaufwendig wie Hausarbeit. Gelegentlich bitten Sie um höhere Stücklöhne, besonders wenn der Arbeitgeber wenig mit der Gemeinschaft zu tun hat, wie Ahmet oder der Zahnarzt, und viele Frauen beschäftigt. Ihren Beziehungen zu den ProduzentInnen mangelt es an dem Gefühl für gegenseitige Verpflichtung, das die ökonomischen Beziehungen zwischen Nachbarn und Verwandten verschleiert. Dennoch werden auch in solchen Fällen noch die Produktionsbeziehungen als paternalistische Sorge um das Wohlergehen der Frauen gedeutet.

Vor sich selbst erhalten die Frauen die Fiktion aufrecht, daß sie nicht "arbeiten gehen". Dies erlaubt es ihnen, die Schande zu vermeiden, als Frauen angesehen zu werden, die ökonomische Beziehungen zu Fremden haben oder "arbeiten müssen", weil ihre Ehemänner nicht in der Lage sind, ihre Familie finanziell zu versorgen. Aufgrund dieses ideologischen Filters bewerten sowohl die Frauen selbst als auch ihre Arbeitgeber die Arbeit der Frauen gering und ziehen nicht in Erwägung, daß sie einen Marktwert besitzt.

Die Arbeit von Frauen, bezahlt oder unbezahlt, füllt die Lücke, die Löhne im öffentlichen oder privaten Sektor hinterlassen, die unter dem Existenzminimum liegen. Ihre Einstellung zur Arbeit, verstärkt durch die ihrer Arbeitgeber, senkt die Produktionskosten und erhöht die Profite für die Exporteure und letztlich auch für die ausländischen Verkäufer dieser Güter. So wird eine beständige und doch flexible und billige ArbeiterInnenschaft geschaffen, die weder Infrastruktur noch Sozialleistungen verlangt, nicht damit droht, sich zu organisieren und keine Forderungen stellt.

Jenny B. White,
übersetzt v. Udo Wolter aus "Middle East Report", Nr.173

Anmerkungen:

1) Dieser Artikel basiert auf 1986 - 1988 erhobenem Material. Die erwähnten Namen von Personen oder Vierteln sind Pseudonyme.

2) Vgl. Lourdes Beneria und Martha Roldan, The Crossroads of Class and Gender: Industrial Homework, Subcontracting, and Household Dynamics in Mexico City (Chicago, University of Chicago Press, 1987); Maria Mies, Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt - Die Spitzenmacherinnen von Narsapur (Peripherie Nr.7/81/82, S.70 ff.)

3) Der Versuch, bezahlte Arbeit mit Familienpflichten und der kulturellen Konstruktion von Geschlechtsidentität zusammenzubringen, ist auch in anderen Teilen der Welt verbreitet. Während jedoch diese (Frauen-) Arbeit in Ländern wie Mexico, Indien oder den USA ebenso wie in der Türkei entwertet wird, variieren die kulturellen Konstruktionen von Geschlechterrollen, die die ideologische Rechtfertigung hierfür bereitstellen.

4) Im September 1988 erreichte die offizielle Inflationsrate 80%, aber die wirkliche Teuerung für Grundnahrungsmittel lag (zwischen Juli '87 und Juli '88) zwischen 150% (für Brot) und 430% (für Reis). Cumhuriyet (1.7.1988) schätzte die monatlichen Mindestausgaben einer Familie für das Leben in Istanbul auf 217 000 TL (DM 263.-). Der Mindestlohn wurde 1988 erhöht und betrug für den Durchschnittsarbeiter 83 000 TL (DM 101.-).

5) Hausierer verkaufen ihre Waren, meist Haushaltsgüter, auf Ratenzahlung und kommen in regelmäßigen Intervallen durch ein Viertel, um Raten zu kassieren.

Protokoll des Vorbereitungstreffen zur rev. Maidemo vom 12.2.1993

* Das Protokoll vom 5.2. wird mit einigen kleinen Ergänzungen bestätigt (u.a die Forderung nach dem revulotionären Charakter der Demo)

* Wir Treffen uns weiterhin im Blauen Salon (Mehringhof). Die Protokolle werden in der Interim veröffentlicht. Der Infoladen Omega, Sparstraße 21, 1000 Berlin 65 dient als Anlaufstelle, wo der Termin zu unserem Treffen zu erfahren ist.

* Die Diskussion um die Forderungen sollte eigentlich an dieser Stelle geführt werden. Stattdessen diskutierten wir die Frage des Zeitpunkts der Demonstration.

Die Diskussion drehte sich um folgende Punkte:
Der DGB/Brückenschlag - Was verbinden wir mit "Brückenschlag zu den sozialen Bewegungen". Während eine Position die betrieblichen Kämpfe und den Bezug zur DGB-Basis herstellen will, allerdings mit einer kritischen Haltung zur DGB-Führung.
Wollen andere nicht damit verstanden wissen, das deswegen die Demo am DGB vorbeigehen muß und verstehen unter Brückenschlag nicht den alleinigen Bezug auf die DGB-Basis.
Andere sehen den DGB als rassistischen Apperat und lehnen es ab zum DGB zu gehen.

Was ist Stärke? Was hat sie mit Zeit zu tun?
Ein Argument ist die "Stärke" der bisherigen rev. Maidemonstration. Sollte diese in dieser gesellschaftlichen Situation zur Debatte stehen?
Eine Position möchte das, wenn die Leute nicht bereit sind früh aufzustehen, wissen wir woran wir sind. Der Brückenschlag zur DGB-Basis ist wichtig.
Eine andere will das nicht aufgeben, da man auf diejenigen nicht verzichten möchte, die die letzten Jahre zur Demo kamen und morgens wohl nicht kommen würden u.a. Jugendliche, Obdachlose, Junkies.

Alle sagen, das beide Positionen gleich berechtigt sind - doch die Frage ist, ob sie im Konkreten miteinander verbunden werden können,

Versuche
Drei Vorschläge für Routen/Treffpunkte werden gemacht:
A: 10.00 Oranienplatz/ am DGB (Lustgarten vorbei)/ Prenzelberg
B: Sternmarsch mit gemeinsamer Endkundgebung/Fest
C: Alex 11.30/ am DGB vorbei/ 13.00 Oranienplatz/ 14.30 Friedrichshain.

In einem Meinungsbild bekommt Vorschlag A die größte Zustimmung und Vorschlag B wird am stärksten abgelehnt. Leute die vorher Vorschlag A vertraten schlugen C als "Konsensvorschlag" vor. An diesem Punkt wurde die Diskussion in die Gruppen zurückgegeben und abgebrochen.

Wichtiges
Auf dem nächsten Treffen soll in die inhaltliche Diskussion, damit verbunden die Aufruf/Plattformdebatte, eingestiegen werden. Insbesondere soll die Bedeutung des Wortes "revolutionär" diskutiert werden. Weiterhin werden nochmal andere Gruppen/Bewegungen angesprochen u.a. das WBA und die Behindertengruppen.

Protokoll des 4. Vorbereitungstreffens zur 1. Maidemo:

Das Protokoll des dritten Treffens wird bis auf zwei Punkte bestätigt.

1) Das 1. Mai-Vorbereitungstreffen behält seinen nicht öffentlichen Ckarakter bei, jedoch sollen weiterhin erwünschte Gruppen persönlich eingeladen werden (SOS-Rassismus, WBA).
2) Der Demobeginn erfolgt um 10:30 Uhr, statt 11:30 Uhr am Neptunbrunnen (Fernsehturm).

DEMOROUTE:
Neptunbrunnen, Karl-Liebknecht Str., Marx-Engels-Platz, Breitestr., Fischerinsel, N.Roßstr., Annenstr., Heinrich-Heine Str., Oranienstr., Manteuffelstr., Köpenicker Str., Schillingbrücke, Andreastr., Langestr., Koppenstr., Barbeufstr., Fredersdorfer Str., Marchlewskistr., Am Kopernikusplatz, Gubener Str., Kopernikusstr., Wühlischstr., Gärtnerstr., **Boxhagener Platz**.

Die Route wird gegebenenfalls noch leicht geändert, falls uns ortskundige Menschen aus Friedrichshain kritische Punkte in anderen Straßen mitteilen.
Es wird mindestens eine Zwischenkundgebung am Oranienplatz stattfinden.

Weiterhin wird großer Wert darauf gelegt, daß die neue Qualität der Demo darin besteht, daß Sie am Neptunbrunnen um 10:30 Uhr anfängt und um 14:00 Uhr am Boxhagener Platz endet!!!

Die Manifestation ist im Namen des 1. Mai-Plenums, am Montag den 1.3.'93, angemeldet worden und wird vorraussichtlich 3 1/2 Stunden dauern.

Die anwesenden Gruppen einigten sich darauf mit mehreren Plakaten aufzurufen, auf welchen der Ausgangspunkt Neptunbrunnen und die Uhzeit 10:30 Uhr ersichtlich sind (Minimalkonsens).

Kritik an der Inhaltsarbeitgemeinschaft:
Das Papier wird von seinem Kontext her gebilligt, da fast alle Themenbereiche vorhanden sind.Die Kritik bezog sich auf die Menge der Themen. Es wurde angeregt, daß drastisch gekürzt werden muß. Die Gruppen stimmen zu, einige besonders wichtige Probleme hervorzuheben und über diese mehr zu informieren.Die verschiedenen Gliederungsvorschläge werden von der Inhalts-AG in ihre Arbeit aufgenommen.Diese ist weiterhin offen für Leute aus dem 1. Mai-Plenum.
Der Umfang des Flugblattes beträgt ein DIN A4 Blatt beidseitig bedruckt. **Anmerkungen:**

- Es soll zum Schluß der Demoroute eventuell auf größere Straßen ausgewichen werden (Grünberger Str. statt Kopernikusstr. usw.), da in diesen Bereichen die Straßen sehr schmal sind.
- Mit den Wort "revolutionär" haben sich einige Menschen angefreundet oder abgefunden, wobei die inhaltliche Diskussion, in welchem Zusammenhang es auf dem Flugblatt erscheinen soll, noch offen ist.
- An dem Konsens einer ähnlichen Utopievorstellung, die im Flugblatt erscheinen soll, wird noch hart gearbeitet.
- Gegensätzliche Meinungen waren darüber zu hören, inwiefern der Brückenschlag zu den neu beteiligten Gruppierungen an der 1. Maidemo auf den Flugblättern vermerkt werden soll?
- Neben der schon arbeitenden Inhalts-AG wird sich auf dem nächsten Treffen vorraussichtlich eine Presse-AG, Schüler- und Jugend-Ag, Plakat-AG und Propaganda-AG gründen.
  Bezüglich der Presse-AG kam die Anregung, einen Beitrag im OKB (Offener Kanal Berlin) zu senden und/oder eine Diskussions-Runde im FBA (Fersehen aus Berlin) zu veranstalten.
  Voraussichtlich wird es eine 1. Maizeitung geben.
  Über die Verteilung der Artikel und Schwerpunkte muß noch diskutiert werden.
  Die Meinung über den Punkc Schulpolitik ist noch unterschiedlich.
  Ein Ergebnis sollte in der Schüler- und Jugend-AG entwickelt werden.
- Wegen Zeitmangels blieb die Frage unbeantwortet, ob die RIM im 1.Maiplenum mitarbeiten sollte?

kein Atempause – Geschichte wird gemacht – es geht voran..!

1. Mai 93
Aufruf zur Einmischung

Seit einigen Wochen trifft sich ein Gruppe, die vorgibt die revolutionäre 1.Mai-Demo vorzubereiten. Dabei wird ein Politikstil angewandt, der weder revolutionär noch autonom ist.

- bevor überhaupt über die inhaltlichen Schwerpunkte der Demo gesprochen wird, werden technische Fragen (Route) kaderhaft festgeklopft.

- So soll die Demo voraussichtlich um 11.30 Uhr beginnen. Ausgangspunkt soll der Alexanderplatz sein. Als Begründung wird angeführt, daß frau und man an der konformistischen DGB-Demo vorbeikommt, um den dummen Arbeitern den "revolutionären Wind" um die Nase pfeiffen zu lassen. Damit die DGB-Funktionäre diese Absicht nicht mitbekommen sollen, darf die Demo auch nicht mehr "revolutionäre " heißen.

- Eine Zwischenkundgebung soll um 13.00 Uhr am Oranienplatz sein. Dann soll die Demo nach Friedrichshain weitermarschieren. Verstehe dies wer will!

Wir fordern:

1. Über die Stoßrichtung der revolutionären 1.Mai-Demo öffentlich zu diskutieren. Es gibt wichtigeres als beim DGB vorbeizuschauen.

2. Die verschiedenen autonomen Gruppen in die Diskusion miteinzubeziehen und nicht durch ein vorgefertigtes Konzept die Demo zu spalten.

3. Lieber ehrlich sein und sagen, es gibt keine autonome Demo, als mit einem sozialdemokratischen Kompromißaufruf die eigene Stärke verwischen.

4. Möchten wir die Genossinnen und Genossen daran erinnern, daß unsere eigene revolutionäre Demo entstanden ist, weil wir vor Jahren die Schnauze voll hatten mit den Leisetretern des DGB am 1. Mai zusammen zu demonstrieren.

5. Wir niemand abhalten wollen zum DGB zu gehen. Es aber keinen Grund gibt, diese Veranstaltung durch unsere Anwesenheit aufzuwerten.

Für einen revolutionären 1. Mai 1993 !!!!

VEB
Vereinigte EinmischerInnen Berlin

Er: Wir haben jetzt der Redaktion vom Kalender einen Brief zukommen lassen, in dem wir sie auffordern, dazu Stellung zu beziehen. Und dann haben wir sie noch zu einer Aktion verdonnert, damit sie ihre antisexistische Haltung klarmachen. Ultimatum ist der 8.März. Was sie machen ist egal, Haupsache - eindeutig antipatriarchal.





Sie: Ich glaube, ich muß meinen Kalender auch mal etwas aufmerksamer durchsehen.

Er: Übrigens, hast du das von der WG in der Wiener mitgekriegt?

Sie: Nee, was ist da los?

Er: da ist doch vor ein paar Monaten ein Ex-Junky eingezogen. Der ist wieder rückfällig geworden und hat sich mit 3 Computern und einer Videoanlage vom Acker gemacht.

Sie: Ist ja oberübel.

Er: Ja. Ich hatte es denen ja schon damals gesagt, daß es unmöglich ist, den Politalltag mit Sozialarbeit zu verbinden.

Sie: Du, ich muß jetzt langsam los. Will mir vor dem Treffen noch die neue Interim besorgen.

Er: Ich begleite dich noch ein Stück.

Sie: Ich finde die Interim grad total gut. Weißte, in diesen Zeiten, wo du kaum noch was kapierst auf der Welt, Jugoslawien, Ex-SU, aber auch hier, mit der Rechtsentwicklun, der sozialen Verelendung u.s.w. - da könntest du dich echt in ´ne komplette Lähmung begeben. Ist schon toll, daß wir über die Interim von Aktionen mitkriegen, die auch jede/jeder machen kann. Is´ voll motivierend.

Er: Ja, so geht´s mir auch. Ich bin jetzt durch die Depriphase, von der ich dir erzählt hatte, durch. So ´ne kleinen Aktionen bauen echt auf. Da hat man das ... äh ... da hat man/frau wenigsten das Gefühl, der Scheiße hier auch mal was entgegenzusetzen.

Sie: Na denn, ich zisch jetzt ab. Tschüs.

Er: Ja, ciao, mach´s gut.

---

* Interim 215, 217, 219, 220,221, 222
** Interim 218, 219, 220, 222, 226
***Interim 218, 228
**** Interim 218, 220, 228

Die Tunnel-Planer wühlen schon im Dunkeln

Während in der Öffentlichkeit der umstrittene Straßentunnel im Tiergarten immer wieder Gegenstand von Debatten ist, arbeiten seit Monaten private Planungsgesellschaften unter Hochdruck an den Plänen für die vier Tunnel im Tiergarten. Seit 1.10.92 gibt es die "Ingenieurgemeinschaft für die Planung der Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich"(IVZ) mit Sitz auf dem Gleisdreieck (Möckernstr.26,1/61). Die IVZ besteht aus den Firmen Emch + Berger, Schüßler-Plan und DE-Consult, wobei Emch + Berger für die Ausführungsplanung des Eisenbahntunnels und Schüßler-Plan für den Straßentunnel, den S- sowie U-Bahn-Tunnel zuständig ist. Bei Anfragen an die IVZ nach Informationen über die Planung heißt es stereotyp: "Wenden Sie sich an die Pressestelle des Bausenators" (das ist abgesprochene Linie innerhalb der Firmen). Die IVZ soll bis Ende März mit der Vorplanung der Tunnel fertig sein, damit im Sommer das Planfeststellungsverfahren für alle Tunnel eingeleitet werden kann (mit Bürgerbeteiligung). Für das Planfeststellungsverfahren setzt man 1 1/2 Jahre an, so daß nach dessen Abschluß Ende 1994 Anfang 1995 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.
Neben diesen Ausführungsplanern gibt es die"Projektsteuerungsgruppe Verkehrsanlagen Zentraler Bereich". Diese setzt sich aus den Firmen Lahmeyer International (Frankfurt) und Obermeyer (München) zusammen. Dies sind zwei der ganz Großen im Planungsgeschäft. Lahmeyer International hat z.B. den Kanaltunnel Frankreich-England mitgesteuert und plant die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben. Obermeyer Steckt stärker in der Planung von Verkehrsprojekten und hat z.B. die Verlängerung der Landebahn des Flughafens Hannover übernommen. In dieser Projektsteuerungsgruppe hat Lahmeyer den Vorsitz und Obermeyer die Vertretung. Aus den gleichen Personen bestehend gibt es dann außerdem die "Rahmenkoordinierung Potsdamer-/Leipziger Platz". Eine Arbeitsgemeinschaft bestehend wieder aus den beiden gleichen Firmen,nur hat diesesmal Obermeyer den Vorsitz und Lahmeyer die Vertretung. Die Bebauung des Potsdamer-/Leipziger Platzes hat ja auch viel mit den Tunneln zu tun, denn 3 der 4 sollen unter dem Platz verlaufen. Diese in Personalunion arbeitenden Koordinationsgruppen haben ihren Sitz, wie sollte es anders sein, in der Möckernstraße 26- Tür an Tür mit der IVZ. Die IVZ ist unter der Tel.-Nr. 0161-1330603 (Funktelefon) und die Projektsteuerungsgruppe unter der Tel.-Nr. 2625010 erreichbar. Erkundigt Euch doch mal nach dem Stand der Planungen, wenn es der Senat und die Firmen von sich aus schon nicht tun. Gegründet werden soll noch eine Baulogistik GmbH. Na, welche von den Firmen führt denn da den Vorsitz ?

OLYMPIA VERHINDERN

Olympia 2000 im wiedervereinigten Deutschland bedeutet noch mehr nationalen Größenwahn und noch mehr deutsches Großmachtstreben.

Viele BerlinerInnen, die wissen oder ahnen, das die Olympiade nur Unannehmlichkeiten wie steigende Mieten und Lebenshaltungskosten verursachen wird, fragen sich, warum der Senat an der Bewerbung so zwanghaft festhält trotz der vielen Pannen und der schlechten Stimmung in der Stadt. Sind es nur die drohenden Vertragsstrafen für die dann um ihren Gewinn geprellten "engagierten" Konzerne ?

Nein, die Herrschenden versprechen sich auch einen enormen ideologischen Gewinn für ihre Politik durch Olympia - schließlich können sie auf die Erfahrungen von 1936 Zurückblicken. Nicht umsonst spricht Diepgen bei Olympia 2000 von einer "nationalen Aufgabe aller Deutschen".
Heute wie damals geht es ihnen darum, eine nationale Identifikation mit dem deutschen Staat zu schaffen. Die olympische Propagandashow ist da mehr als ein willkommenes Vehikel. Sie brauchen diese Identifikation mit dem Staat für ihre Politik:

Dafür, das weiterer Sozialabbau (Solidarpakt), weiterer Abbau von ArbeiterInnenrechten, weitere Mieterhöhungen und Verschärfung der Repression gegen alle mißliebigen Menschen hingenommen werden.
Dafür, das Deutschland und ganz Westeuropa gegen Flüchtlinge aus der sogenannten "Dritten Welt" abgeschottet wird, die hierher flüchten, weil die Herrschenden hier für Hunger, Krieg und Verfolgung in den Trikontstaaten (mit)verantwortlich sind. (z.B. durch Waffenexporte an die Regierung der Türkei, die damit die kurdische Bevölkerung massakriert.)
Dafür, das es keinen Widerstand gegen die zunehmend aggressiver werdende großdeutsche Außenpolitik (z.B. Jugoslawien) und gegen Waffeneisätze der Bundeswehr gibt.

Dafür ist Deutschland wieder wer, und alle Deutschen sollen sich so fühlen. Jeder noch so popelige Erfolg von deutschen SportlerInnen wird als Sieg der Nation über andere gewertet.
Dafür wird das Olympiastadion und das Maifeld in seiner faschistischen Architektur wiederaufgemöbelt, in der mensch nur noch Teil einer manipulierbaren Masse ist.
Faschistische Kontinuitäten werden auch durch den Umgang mit der Geschichte von 1936 deutlich. Carl Diem, der die Olympiade von 1936 organisierte, war bis 1962 führender Sportfunktionär der BRD.
Das IOC und dessen Vorsitzender Juan Antonio Samaranch, der Sportfunktionär im faschistischen Spanien war, wurde 1991 zum Essen ins Pergamonmuseum eingeladen - wie 1936.
Die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende" wurde 1992 von der Innenstadt nach Hohenschönhausen verlegt.
1936 wurden die berliner Sinti und Roma in ein Lager in Marzahn gesperrt um die Stadt zu "säubern".



Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Olympiade von 1936 findet nicht statt. Vielmehr wird Olympia 2000 dazu benutzt, um 1936 und den Nationalsozialismus zu relativieren und vergessen zu machen.

Das Geseire von Frieden und Völkerverständigung als Grundpfeiler der Bewerbung Berlins für Olympia 2000 ist bei den Realitäten in Deutschland blanke Heuchelei und soll nur das halbwegs kritische Ausland beruhigen.
Doch die demokratische Maske ist brüchig:Ob es die die ständigen Angriffe bis zu Morden(im letzten Jahr mehr als 20) auf ImmigrantInnen, Obdachlose, Schwule und Lesben, Menschen jüdische jüdischen Glaubens und andere Minderheiten sind; oder die ständigen Angriffe auf Flüchtlingswohnheimen,die auch nach dem Verbot einzelner faschistischer Parteien nicht abbricht.
-Das absichtliche Nichtverhalten des gesamten staatlichen Apparates, von Polizei, Justiz und Regierung,die gleichzeitig die sogenannte Asyldebatte weiterführen und die Rechteder Flüchtlinge noch weiter einzuschränken und AntifaschistInnen zu kriminalisieren.
Deutlich wurde es auch bei der Demo vom 8. Nov., bei der der ehemalige Wehrmachtsoffizier Richard Weizsäcker mit Eiern beworfen wurdeund damit die von den Krawattenrassisten für das Ausland initierte Propagandademo als eine solche entlarvt wurde.

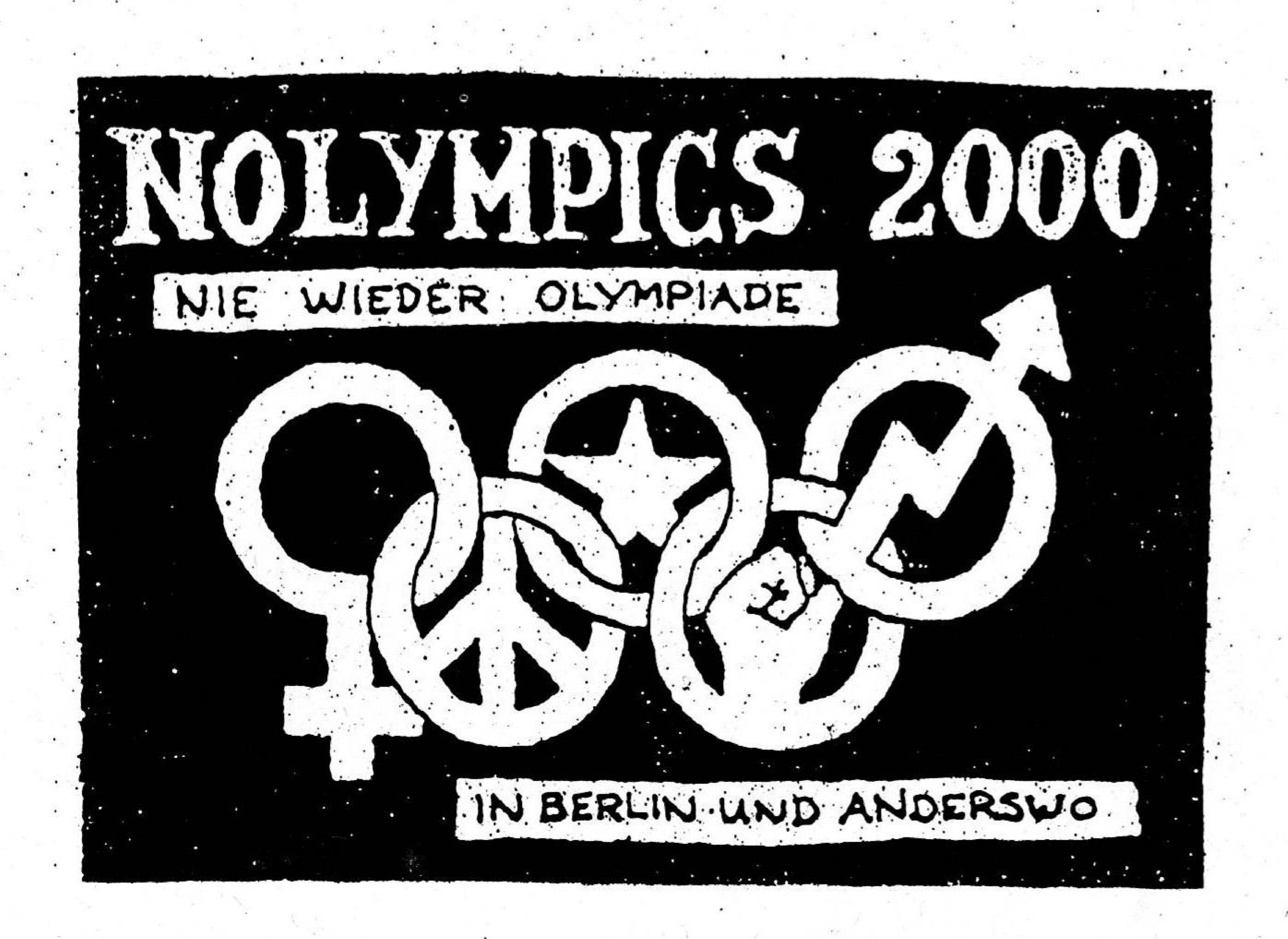
Deutschland ist wieder wer, und Berlin putzt sich dafür her.
Nicht mit uns !

WIR FORDERN ALLE ANTIFASCHISTISCH GESINNTEN MENSCHEN AUF,SICH AKTIV DAFÜR EINZUSETZEN, DASS OLYMPIA NICHT NACH BERLIN KOMMT.

NIE WIEDER FASCHISMUS !

NIE WIEDER KRIEG !

NIE WIEDER OLYMPIA - SCHON GAR NICHT IN BERLIN !





wandelt TRAUER in WIDER-STAND

STAATSANWALTSCHAFT VERTUSCHT VORGÄNGE UM DEN ÜBERFALL AUF "NACHTASYL"

Freitag Nacht, gegen 21.30 Uhr startet im Szenekeller "Nachtasyl" eine Konzertveranstaltung einer Punkt- und einer Metallband. Das Publikum war, entgegen Veröffentlichungen in den Medien, nicht ausschließlich der autonomen Szene zuzuordnen. Schon im Vorfeld der Veranstaltung kam es zu einer Provokation durch mehrere Neonazis. Dies wurde durch das Verhalten des Klubbesitzers ermöglicht, der den Faschisten den Zugang durch den Hintereingang gewährte. Dabei wurde ein Einlasser tätlich angegriffen.
Nachdem die erste Band ohne Zwischenfälle gespielt hatte und die zweite gerade im Begriff war anzufangen, kamen mehrere "Besucher", die eindeutig der Faschoszene zuzuordnen sind. Besagte Personen wurden schon vorher bei faschistoiden Ausschreitungen und Überfällen gesehen und durch Leute,die sie wiedererkannten aus dem Klub verwiesen. Vor dem Klub kam es nach einer kurzen verbalen Auseinandersetzung zu unkontrollierten Steinewürfen auf die abfahrenden Faschoautos, wobei diese beschädigt wurden.
Nach ca. 20 Minuten erschienen etwa 40 Nazis am Klub, die sofort anfingen auf das Transportauto der Metallband einzuschlagen und versuchten das Fahrzeug in Brand zu stecken. Der zu diesem Zeitpunkt am Wagen befindliche Fahrer MIKE ZERNA wurde dabei auf brutalste Art und Weise zusammengeschlagen und versucht mit einem Kabel zu erdrosseln. Als dieses fehlschlug, kippten die Nazis das Auto auf den schon schwerverletzten MIKE ZERNA, wobei ihm Lunge, Nieren und die Leber zerquetscht wurden.
Danach stürmten die Faschohorde den Klub durch Vorder- und Hintereingang. Wahllos schlugen sie sofort auf die Konzertbesucher ein, schleiften sie ar den Haaren ins Freie, wo sie weiter getreten und geschlagen wurden. Bei dem Angriff wurden neben Baseballschlägern und Eisenstangen auch Schußwaffen benutzt. Neben dem lebensgefählich verletzten MIKE ZERNA mußten auch andere Besucher stationär behandelt werden, wovon heute noch zwei im Krankenhaus liegen.
Obwohl der Vorfall mitten in einem dicht bewohnten Stadtbezirk stattfand und viele Anwohner das Gemetzel aus dem Fenster beobachteten, informierte keiner der "braven" Bürger die Polizei. Während der Überfall noch im vollem Gange war, beobachteten Augenzeugen, wie zwei Einsatzwagen der Polize am Ort der Geschehnisse vorbeifuhren, ohne einzuschreiten. Erst eine halb Stunde nachdem sich die Nazihorde verzogen hatte, erschienen dieselben Einsatzwagen und der beigerufene Rettungswagen. Die Polizeibeamten ließen sich den Vorfall nur kurz schildern und fuhren wieder weg.
Die bisherigen Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft und der Polizei und das tagelange Geheimhalten der Vorgänge vor der öffentlichkeit lassen vermuten, daß das Fehlverhalten der Polizei vertuscht werden sollte. Auch wenn einen Tag nach dem Überfall ca. zehn Personen aus der rechtsextremistischen Szene durch die Sonderkommission" Rechtsextremismus" vorläufig festgenommen wurden, ist nicht mit einer wirklich schnellen Aufklärung der Vorfälle zu rechnen. Wie anders läßt sich erklären, daß auch drei Tage nach dem Überfall erst ein einziger Zeuge, der zudem noch nicht einmahl bei dem eigentlichen Tathergang anwesend war, vernommen wurde.
Selbst der Umstand, das der Überfall schon seit längerer Zeit geplant war, bewegte die Staatsanwaltschaft nicht dazu, ihre Ermittlungen zu Verstärken. Wir gehen davon aus, das der Vorfall nicht in das Interresse der öffentlichkeit gerückt worden wäre, wenn sich nicht einer der Tatverdächtigen, der Rechtsextremist PETER ALICKE, in der Haftzelle selbst aufgehängt hätte.
Warum schritt die Polizei nicht sofort ein, obwohl sie technisch in der Lage dazu ist?
Warum verhinderte die Staatsanwaltschaft die schnelle Ermittlung der wahren Schuldigen?
Warum wurde der Vorfall der öffentlichkeit verschwiegen?
Wieso schauen noch so viele Bürger tatenlos zu?

Sollte es zu weiteren Angriffen, Uebergriffen und Morden an Menschen durch Rassisten und Faschisten kommen, sollte weiterhin Angriffe auf linke Infrastrukturen geschehen, dann sehen wir uns gezwungen, auf eine entschlossenere Art und Weise zu antworten. Wir sind an keiner Eskalation intersseiert. Zum Schutz von Menschen, der durch die Polizei nicht garantiert wird, ist aber ein entschiedenes Eingreifen gefordert.
Wir bitten die Bevoelkerung, sich an den notwendigen Aktionen zu beteiligen.

Kein Pardon fuer Rassisten und Faschisten !

ANTIFA HOY-WOY

Achtung!

Das braune Infotelefon ist da!

Im Rahmen der fortschreitenden Organisierung der Neofaschisten in der BRD versucht die rechtsextreme Szene schon seit längerem, "effektive" Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Kreativ wie die "Kameraden" nun mal sind, versuchen sie dabei schlicht und einfach bewährte Modelle des antifaschistischen Spektrums zu kopieren.

Nachdem schon seit einiger Zeit mehrere Antifa-Info-Telefone existieren, konnte es eigentlich nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sich auch Nachahmer aus der rechten Ecke finden würden. Genau dies ist nun eingetreten!

Bereits in mehreren Presseveröffentlichungen wurde in der vergangenen Woche auf die Existenz eines solchen Infotelefons hingewiesen. So erklärte in einem Interview mit dem Fersehsender RTL-plus der "Terrorismusexperte" Rolf Tophoven:

"Die extreme Rechte versucht eigene Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Zu diesem Zweck unterhält sie mittlerweile ein eigenes Infotelefon. Es nennt sich NIT - Nationales Infotelefon. Es besteht aus zwei Mobiltelefonen und einem festen Telefon, das in Wiesbaden stationiert ist."

Die schönsten Einzelheiten aber verschweigt uns Tophoven, wie auch alle anderen Berichterstatter zu diesem Thema. Nämlich die Rufnummer des "Nationalen Infotelefons" und der beiden Mobiltelefone! Das finden wir ziemlich schade, da wir der Meinung sind, die Verlautbarungen aus dem braunen Sumpf sollten durchaus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Sehr interessant sind in diesem Zusammenhang vor allen Dingen die Termine und Orte von rechtsextremistischen Veranstaltungen und Aktionen, die über dieses Infotelefon mitgeteilt werden.

Wir haben die Nummer dieses Infotelefons recherchiert und machen sie hiermit öffentlich:

NIT - "Nationales Infotelefon"

Tel.: 0611/9490116

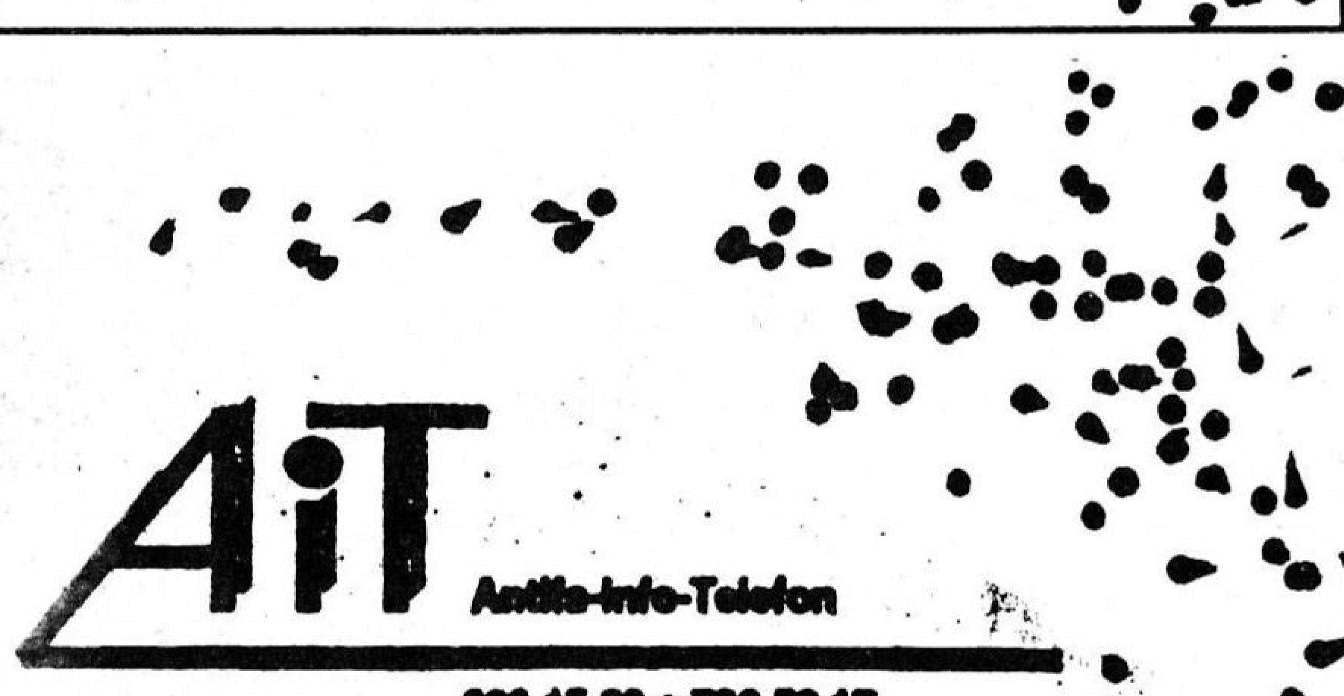
Die Nummern der beiden Mobiltelefone, die auch von der Hamburger "Nationalen Liste" (NL) benutzt werden, sind: 0161/2905667 und 0161/2905920.

Die Postanschrift des NIT lautet: Postlagerkarte 197301 E in 6200 Wiesbaden.

Wir fordern hiermit alle EmpfängerInnen dieser Mitteilung auf, die Nummer des NIT massiv öffentlich zu machen. Außerdem muß für eine schnelle und breite Bekanntmachung der auf dem NIT enthaltenen Infos gesorgt werden. Lassen wir den Faschisten keine Gelegenheit, sich in Ruhe zu organisieren und ihre Treffen und Aktionen durchzuführen.

Organisiert den antifaschistischen Widerstand!

Kommando "Rache für Schwarz-Schilling"



Wir, das Antifa-Info-Telefon, wollen vor allem im Raum Berlin-Brandenburg den antifaschistischen und antirassistischen Informationsaustausch unterstützen.

Über die Tel.-Nr. 692 15 99 (Anrufbeantworter) könnt Ihr die aktuellsten Veranstaltungshinweise (Demos, Diskussionen, Filme usw.) abfragen. Wenn Ihr es geschafft habt, bis zum Piepston vorzudringen, habt Ihr die Möglichkeit, eine Nachricht zu hinterlassen.

Bei aktuellen Meldungen, z. B.:
- **antifaschistischen u. antirassistischen Aktionen und Terminen**
- **faschistischen u. rassistischen Übergriffen und Aktivitäten**

ruft doch bitte die Telefon-Nr. 786 59 17 (Anrufbeantworter) an. Außerdem könnt Ihr uns unter dieser Telefon-Nr. jeden Mittwoch von 17.00 - 20.00 Uhr persönlich erreichen.

Unsere Postadresse ist übrigens:
Antifa-Info-Telefon
c/o Buchladen O-21
Oranienstr. 21
1000 Berlin 36

Um unsere Telefonrechnungen etc. bezahlen zu können, sind wir auch dringend auf Eure Spenden angewiesen. Spenden können auf das Konto der Antirassistische Initiative e. V.
Stichwort Antifa-Info-Telefon (*nicht vergessen !!*)
Konto-Nr. 303 96 00
Bankleitzahl 190 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
überwiesen werden.
Die Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Wir sind so gut, wie Ihr uns macht, darum unterstützt das AIT !

SO - Tage
mehr als eine Ausstellung
vom 25. 4. 93 - 13. 5. 93
im SO 36 am Heinrichplatz

Schon mal vormerken: Am Freitag, den 12. 3. wird das Programm der SO-Tage von allen Interessierten zusammengestellt. Wer sich an den Tagen beteiligen will, soll sich bei Umbruch melden, (Tel. 612 30 37) oder direkt zum Treffen kommen.
Fr, 12. 3. um 20 Uhr in der KVU (Kirche von Unten)
Kremmener Str. 9-11, U-Bhf. Bernauer Straße



Von den nachfolgenden Thesen erhoffen wir uns, daß sie eine Diskussion unter Interim-LeserInnen anregen zu einem, zumindest unserer Meinung nach, sehr dringenden Problem. Es geht um die Großmacht Deutschland. Wie nie zuvor seit 1945 geht es für uns jetzt wieder darum, deutschen Imperialismus und deutsche Kriegsvorbereitungen anzugreifen. Es ist notwendig, diesen Entwicklungen wenigstens den Widerstand entgegenzusetzen, den wir zu entfalten in der Lage sind.
Um ein Stück Widerstand zu sammeln und sichtbar zu machen, hatten wir kurz vor Sylvester zu einer Demonstration am Tag X, dem Tag der Entsendung deutscher Kampftruppen nach Somalia, aufgerufen. Für einen solchen Einsatz scheint es vorerst noch keinen genauen Termin zu geben.
Wir halten es für sehr notwendig, die neuen militärischen Ambitionen Deutschlands vor der ersten größeren deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945 vorrangig in die Diskussion zu bringen. Wir wollen eine VV zu einer autonomen Demo gegen deutschen Imperialismus vorbereiten. Insofern verstehen sich die nachfolgenden Thesen auch konkret als Diskussionspapier für eine VV, auf der hoffentlich mal wieder mehr inhaltliche Diskussionen laufen.

Ob Reichswehr, Wehrmacht, Bundeswehr,
Kampf dem deutschen Mörderheer!

Erst kommt die deutsche Bank,
dann kommt der deutsche Tank!

THESEN ZU DEUTSCHLANDS MILITÄRISCHEN AMBITIONEN

I Deutschlands Armee

1. Souveränität heißt Kriegsfähigkeit. Ein bürgerlicher Staat, der gegen den inneren Feind wie nach außen zur Interessendurchsetzung und Abschreckung nicht kriegsfähig ist, der ist nur eingeschränkt souverän. Er verfügt nicht über die gesamte Palette der modernen Methoden metropolitaner Machtentfaltung.

2. Die oberste Richtlinie des 1949 gegründeten BRD-Staates ist in dem Vorsatz (Präambel) seiner Grundlage (Grundgesetz) festgehalten. Das "Wiedervereinigungsgebot" aller Deutschen ist die Perspektive des völkischen Imperialismus. Das Bundesverfassungsgericht erläuterte dann Anfang der 70'er Jahre, daß sich der territoriale Anspruch (vorerst) auf die Grenzen von 1937 bezieht: Teile Rußlands (frühere Gebiete Ostpreußens um das heutige Kaliningrad), Teile Polens (die früheren Regionen Pommern, Schlesien und die anderen Teile des früheren Ostpreußens) sowie die DDR sind die Anschlußziele des III. Reich-Rechtsnachfolgers. Diese Grenzvorstellungen knüpfen u.a. an die anti-slawischen und anit-baltischen Eroberungszüge deutscher Ordensritter und die ostwärtsgerichtete Annektionspolitik Preußens an. Selbst nach den 2+4-Verhandlungen weigert sich Deutschland, die Oder-Neiße_Grenze als Westgrenze Polens endgültig anzuerkennen.[1]

3. Um die Staatsziele Souveränität und Wiedervereinigung zügig durchzusetzen, bedurfte es einer realen Staatsmacht. Es galt also, wesentliche Bestimmungen des Potsdamer Abkommens außer Kraft zu setzen.[2] Diese Politik schlägt sich nieder in der Aufstellung des BGS 1949, in der Aufhebung des Rüstungsverbots 1951, der Aufhebung des Verbots der Flugzeugherstellung, seit 1953 Rüstungsexport, in der Bundeswehrgründung 1956 (mit Hilfe von Wehrmacht- und Waffen-SS-Kadern), in der Übernahme der amerikanisch geführten Organisation Gehlen als BND 1956, in den Forderungen nach Atombewaffnung seit 1956 (Bundestagsbeschluß über Zulässigkeit der Atomwaffenausrüstung 1958), in den Notstandsgesetzen und Übungen zur Aufstandsbekämpfung (1968).

4. In der Zeit des Kalten Krieges war das Bündnis mit den USA (d.h. NATO, GATT) Garant für die Vertretung westdeutscher imperialistischer Interessen und internationaler Rahmen für eigenständige Initiativen.

5. Das Ende des Kalten Krieges, der Sieg der NATO über den Warschauer Pakt führt zu einer Neuordnung der imperialistischen Interessensphären. Dies ist ein Hintergrund, vor dem die Bestrebungen Deutschlands zu deuten sind, eine weltweit einsatzfähige Armee zu schaffen.Zielsetzung dieser Armee ist seit 1992 die

---

1 Vorbereitende Maßnahmen sind die finanzielle und ideologische Unterstützung der sog. deutschen Minderheiten in Osteurpa: Projekt "Deutsche Wolgarepublik"; Christians' (Deutsche Bank Chef) Kaliningrad-Pläne; v.a. Unterstützung der sog. "Sudetendeutschen", "Schlesier", "Sieberbürger Sachsen" u. ä. Herzbuben und Trachtengruppen.
2 "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen ... Maßnahmen, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann ... Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion genutzt werden kann." (Potsdamer Abkommen)

8. Es paßt ebenfalls ins Bild eines Neuen Deutschlands, das imperialistische Kriege zu führen gewillt ist, daß Kolonialismus mit Worthülsen wie "humanistischer Kolonialismus" im Zusammenhanfg mit der Intervention in Somalia systematisch aufgewertet wird. Am abendländischen, bzw. am deutschen Wesen soll immer noch die Welt genesen.

IV Deutschlands Somaliapolitik

1. Deutschlands Interesse, sich an "Operation Hope" in Somalia zu beteiligen, erklärt sich aus einer Tradition von Repressions- & "Entwicklungs"-Hilfe für Siad Barres Militärregime nach der BGS-Erstürmung der entführten "Landshut" 1977 in Mogadischu, aus der geostrategischen Lage Somalias und an dem Interesse an einem erweiterten (Verfassungs-) Spielraum für die Bundeswehr, der mit einem Militäreinsatz notwendig wird.

2. Auflagenpolitik des IWF, sog. "Entwicklungshilfe", "Hungerhilfe" und militärische Intervention, ob von der UNO abgesegnet oder nicht, sind nur verschiedene Aspekte des Neo-Kolonialismus, um die "Neue Weltordnung" gegen den Widerstand im Trikont durchzusetzen.

3. Die sog. "Hungerhilfe" ist ein Konzept, einerseits die Agrarüberschüsse der EG und der USA billig abzubauen und andererseits die Subsistenzwirtschaft im Trikont durch Dumpingpreise zu zerstören und so die völlige Abhängigkeit vom Imperialismus herbeizuführen.

4. Der UNO-Sicherheitsrat hat die Aufgabe, Interventionen im Trikont zur Durchsetzung imperialistischer Ziele als Aktionen der sog. "Völkergemeinschaft" zu rechtfertigen.

5. Die Anzahl der militärischen Interventionen nimmt auch aus dem Grunde zu, weil nach dem Sieg der NATO im sog. "Kalten Krieg" und dem damit verbundenen Ende des Wettrüstens der NATO mit dem Warschauer Pakt die Militärs und Rüstungsindustrie neue Einsatzgebiete für ihre Waffen benötigen.

V Deutschlands Jugoslawienpolitik

1. Die "Balkan-Politik" der BRD steht in einer langen Tradition der Ausbeutung der Menschen Südosteuropas durch Deutschland bzw. Österreich.

2. Deutschland versucht mit D-Mark und Bundeswehr das zu verwirklichen, womit Nazis und Wehrmacht am Widerstand der PartisanInnen scheiterten: eine Vielzahl von Kleinstaaten mit willfährigen Regimes, deren Bevölkerung neokolonial ausgebeutet wird.

3. Mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens war Deutschland die international treibende Macht, die gezielt die Dynamik von Nationalismus und Militarisierung der Gesellschaft angeheizt hat.

4. Das Feindbild "Serbien" dient der Legitimation für die Intervention (auch) des deutschen Imperialismus in Jugoslawien. Die Intervention imperialistischer Armeen bedeutete nicht das Ende der nationalistischen und militaristischen Dynamik, sondern v. a. zuerst die Anwesenheit weiterer, "zivilisierterer" Vergewaltiger.

VI Abschluß

Eine VV hat für uns folgende Bedeutung:
Ist eine inhaltliche Diskussion in einem größeren Rahmen wieder möglich? Nach einer Reihe von schlechten Erfahrungen (gegenseitige Anpisse, patriarchales Durchsetzungs"vermögen", aggressives Klima bis hin zu Angriffen, meistens männerdominierte Diskussionen) wollen wir trotzdem versuchen, über eine Reihe von "Klarheiten" (z. B. die Thesen), aber auch jede Menge Schwierigkeiten zu reden. Hierbei wären besonders folgende zu nennen:

- Wir können uns nicht einfach positiv auf die von UNO, NATO, BRD Angegriffenen beziehen. Eine Solidarisierung mit General Aidid in Somalia, Karadzic und Milosevic in Jugoslawien/Serbien ist ebensowenig möglich wie im Golfkrieg mit Saddam Hussein. Unsere Überlegungen und Aktionsvorstellungen haben insofern v. a. eine negative Bestimmung: gegen die Macht und ihre Projekte hier.
- Deutsche Soldaten und BGS-Einheiten waren in den letzen Jahren schon in so vielen Regionen im Einsatz (Südostasien, Golf, Nord- und Südafrika), daß wir persepktivisch als ein kleiner Zusammenhang überhaupt nicht mehr hinterherkommen, an welchen Fronten mit welchem konkreten Interesse Deutschlands Truppen die "Neue Weltordnung" und nationalen Ambitionen durchsetzen. Wir hoffen darauf, daß sich mehr Gruppen hiermit beschäftigen und untereinander vernetzen (Antikriegskomitee?).
- An einem Antimilitarismus/Antiimperialismus, wie wir ihn hier thesenartig vorgelegt haben, haftet ein großer Mangel: Er ist erst einmal Kritik, bestenfalls konkreter Kampf, aber von einer "positiven" sozialen Gesellschaftlichkeit weit entfernt. Die von uns vertretene antimilitaristische, gegen Sexismus, Nationalismus, Rassismus und Imperialismus gerichtete Position läßt sich persönlich konkretisieren etwa im Totalverweigern aller Kriegsdienste (für Männer UND Frauen), im Kampf für offene Grenzen und Bleiberecht für alle u.a. Wir hoffen, daß auch Menschen z. B. aus Somalia und Jugoslawien an der VV teilnehmen. Wir wollen auch darüber reden, wie wir einen direkten Bezug zu Menschen in den Kriegsregionen hinkriegen können.

Dem soldatischen Mann ein Ende bereiten!

Eine Antimilitarismus-Gruppe

Männlichkeit und Rassismus

Über "Asylantenfluten" und die faschistisch-patriarchale "Flutabwehr"

Die antirassistischen Gruppen widerlegen andauernd die Mythen der "Asylantenschwemme" mit beweiskräftigen Zahlen und können die SympathisantInnen der Neonazis doch nicht überzeugen. Gegen das Bild einer Bedrohung durch die "Ausländerfluten" kommen sie nicht an. Aber vielleicht berücksichtigt schon der Ansatz rationaler Überzeugung zuwenig die Gemütszustände der Anfälligen. Der folgende Artikel ist ein erster Versuch, sich dem Verhältnis von Männlichkeit und Rassismus anzunähern - und auch das auf einem Umweg. (Red.)

"Wahre Massen an Asylbewerbern und Aussiedlern - vor allem aus Osteuropa - fluten nach Deutschland" (Bild-Zeitung, 14. 8.1991)

"Wenn weiterhin Ströme von Fremden in das Land schwappen und keine erfolgreichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sichtbar werden, dann in der Tat könnte die sich aufstauende Ablehnung in der Bevölkerung zu gewaltsamen Eruptionen führen." (Rheinischer Merkur, 27.9.1991)

"Wir jedenfalls danken Dr. Frick (thüringischer Staatsminister 1931, der gegen die 'Einbürgerung einer großen Zahl von Ostjuden' war; d. Verf.), daß er der Flut einer weiteren jüdischen Einwanderung einen Damm entgegenstellt, denn wir meinen, daß wir viel zu viel Juden und Ostausländer in Deutschland haben." (Rote Erde, Kampfblatt der NSDAP, Westfalen, 1.2.1931)

"Die ganze Welt ergoß sich über Deutschland, Amerikaner und Neuseeländer, Australier und Engländer, Portugiesen und Franzosen. Am bittersten war, daß die Franzosen überall Schwarze stationierten, Marokkaner und Senegalneger, Indochinesen und Turkos." (Dwinger, faschistischer Romanautor 1929 über die Situation der ersten faschistischen Freikorps nach Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Besetzung einiger Landesteile durch die Siegermächte; nach Klaus Theweleit, Männerphantasien, Bd 1., S.292)

"Und derweil stiegen Schande und Verrat, Schmutz und Elend um uns immer höher, daß wir schier ersoffen darin, drückte uns die Bitterkeit des Erlebens einer geistlosen Revolte und ihrer selbstgefälligen Schamlosigkeit schier die Lebenslust ab." (Franz Schauwecker, faschistischer Romanautor 1934 über die deutsche Revolution im November 1918 aus der Sicht der heimkehrenden Frontsoldaten; nach Theweleit, Bd. 1, S.294)

Der Sommer des Rassismus

Die Beispiele könnten unendlich fortgesetzt werden. Die Parallelen der bundesdeutschen medialen Hetze gegen "Ausländerfluten" zur Hetze der Nazis gegen die "Flut der jüdischen Einwanderung", das Sich-Ergießen der alliierten Besatzung, oder die Rote Flut der Revolution von 1918 sind frappierend. Vor allem im Sommer 1991 gab es eine nie dagewesenen rassistische Medienhetze, die das faschistische Bewußtsein von der "Asylantenflut", die "Boot ist voll"-Bilder usw. wenn nicht herausbildete, so doch massiv verstärkte, so daß Hoyerswerda und Rostock fast notwendige Folgewaren. Kaum einmal wurden diese Begriffsbildungen, die inzwischen zum rassistischen Alltagsbewußtsein gehören, von denselben Medien hinterfragt. Ute Gerhards Artikel "Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu 'Asylantenfluten' werden" (FR, 19.10.1991), von dem die ersten drei Eingangszitate stammen, ist da eine seltene Ausnahme. In einer Auswertung der Medienbilder des Sommers 1991 kommt sie auch zu einer prägnanten Feststellung, was den Gebrauch des abwertenden, negativ besetzten Begriffs "Asylant" betrifft: Schon in den 70er und 80er Jahren hatte die Westpresse den Begriff "Flüchtlinge" für Menschen aus der DDR und anderen Ostblockländern benutzt, im Gegensatz zu "Asylant" "für Menschen aus der sog. 3. Welt, bzw. Menschen, die immer im Kontext von Massen wahrgenommen wurden." (1) Und weiter:

"Die durch die Begrifflichkeit gegebene Spaltung des sozialen Phänomens von Gruppen oder Menschen, die fliehen müssen, hat sich in der aktuellen Mediendebatte extrem zugespitzt und verschärft. Dabei ergeben sich aufgrund der Verwendung innerhalb des Mediendiskurses die folgenden Merkmale: Flüchtlinge sind tatsächlich gefährdete Menschen, aber nur ganz wenige; Asylanten sind Massen, die das Asylrecht mißbrauchen." (2)

Und diese "Asylantenmassen" "überfluten" Deutschland, dagegen müssen "Dämme" gebaut werden; wer in solchen Fluten ertrinken könnte, muß hart werden, zum Felsen, der der Brandung trotzt - das ist die rassistische Sichtweise der Realität.

Doch warum nehmen rassistische Medien und Nazis Flüchtlinge, Juden/Jüdinnen, Alliierte und Revolutionen gleichförmig als "Fluten" wahr, die sie zu überschwemmen drohen? Und warum nimmt ihnen eine nüchterne, rationale Widerlegung dieses Bedrohungsbildes durch die Linke, durch empirische Untersuchungen der realen Einwanderungszahlen usw. diese Realitätswahrnehmung nicht weg? Das sind Fragen, auf die Klaus Theweleit in seinem Buch "Männerphantasien", bezogen auf die Bedrohungswahrnehmung "Rote Fluten" (KommunistInnen, AnarchistInnen, RevolutionärInnen aller Schattierungen, gegen die die faschistischen Freikorps 1918/19 kämpfen), Antworten zu geben versucht. Wir wollen sehen, ob sie im Analogieschluß auch für die Bedrohungswahrnehmung "Asylantenflut" gelten kann. Es wäre ein Versuch, ausgehend vom faschistischen Bewußtsein, das mit solchen Wahrnehmungen ausgestattet ist, Zugang zur Verbindung von Männlichkeit und Rassismus zu finden - ein erster Versuch, dem weitere folgen müßten (3).

Weiße und rote Frauen

Theweleit macht in seinen "Männerphantasien" eine großangelegte Untersuchung über Biographien von Freikorpssoldaten, den "ersten Soldaten des Dritten Reichs", wie die Nazis sie später nannten, und über die Freikorpsromane, die in der Weimarer Zeit und zur Zeit nationalsozialistischer Herrschaft geschrieben wurden und weite Verbreitung fanden. Ihn interessiert die Realitätswahrnehmung des "soldatischen Mannes", wie er die Faschisten nennt. Nur so ist der Tatsache beizukommen,

Fortsetzung auf Seite 3

Männlichkeit und Rassismus

Fortsetzung von Seite 1

daß Faschisten einer rationalen Diskussion über die Verwerflichkeit ihres Tuns nicht zugänglich sind. Sie strukturieren ihre Realitätswahrnehmung anders.

Zunächst fällt auf, daß bei den oft mehrere hundert Seiten umfassenden Autobiographien der Freikorpsoffiziere die Frauen dieser "soldatischen Männer" nur in einigen wenigen Sätzen auftauchen und ohne Namen bleiben. Allerweltsbeschreibungen in Nebensätzen, daß die eigene Frau immer gutmütig und liebevoll gewesen sei, machen offensichtlich, daß die Männer nichts über sie wußten. Geheiratet wird auf Fronturlaub oder zwischen Freikorpseinsätzen, wenige Wochen "gemeinsamen Glücks" sind das Maximum, innerhalb derer bestenfalls ein – männlicher – Nachkomme gezeugt wird. Weibliche Nachkommen werden wiederum nicht mit Namen erwähnt. Erwähnt werden die Frauen meist im Rückblick, wenn sie schon tot sind. Es wird ein Bild von ihnen gezeichnet, dessen Bestandteile ihre "Unbeflecktheit vor der Ehe", ihre "Reinheit, Keuschheit, Treue usw." überhaupt sind – eine vollständige Entsexualisierung. Solche Bilder existieren nicht nur von der Ehefrau, sondern auch von der Schwester oder der Mutter, sowie von der weißen Krankenschwester, die die "soldatischen Männer" bei ihren oftmaligen Verletzungen pflegt und bei denen diese noch ihren intensivsten sexuellen Kontakt zu Frauen überhaupt haben. Die typische Farbe für dieses entsexualisierte Frauenbild ist weiß.

Zu ihr im schroffen Gegensatz steht die rote Frau: sie tritt auf indem er schießt und sie damit auslöscht, umbringt. Frontkämpfe, das Schießen, Kriege überhaupt werden von den soldatischen Männern oft auch in Begrifflichkeiten des Orgasmus beschrieben. Erst im Anblick der ermordeten roten Frau, die in einer roten Blutlache liegt, legt sich die Spannung: der soldatische Mann ist befriedigt. Nach Theweleit hat er einen "Lustmord" begangen. Oder anders gesagt: die Ermordung ist die ihm einzig möglich Form der Lust, des Zugangs zur und der Vereinigung mit der roten Frau.

Die "Wunschproduktion des Unbewußten"

Nachdem Theweleit die erste mögliche Erklärung für solche Lustmorde, eine Kastrationsangst des soldatischen Mannes, verworfen hat, führt er die für seinen Ansatz zentrale Kategorie der "Wunschproduktion des Unbewußten" ein: danach gibt es ein menschliches Bedürfnis nach immer neuer Lebenserfahrung, nach Lebenslust. Unbewußt werden immer neue Wünsche produziert, nach der Befriedigung des einen Wunsches wird schon der nächste erzeugt, so erweitert sich der menschliche Horizont. Zentral sind dabei sexuelle Wünsche, die sich beim Mann auf Sexualität mit der Frau, die sinnliche Vereinigung mit der Frau richten. Der Wunsch nach Befriedigung sexueller Wünsche ist demnach allein nicht möglich, ideal wäre das gleiche Bedürfnis zweier Menschen, die in dessen Befriedigung ineinander aufgehen, ihre individuelle Hülle also im Gefühl des sexuellen Erlebens quasi abstreifen. Doch die Wunschproduktion ist nicht auf das Sexuelle beschränkt. Das anarchokommunistische Ideal "Jedem nach seinen Bedürfnissen" entspricht dieser Wunschproduktion des Unbewußten auf gesellschaftlicher Ebene ebenfalls ziemlich genau.

Hinterfragt werden kann die offensichtlich heterosexuelle Ausrichtung der Theweleit'schen Setzung. Hinzu kommt, daß Theweleit zwar den Freud'schen Todestrieb als biologistisch kritisiert, aber m.E. nicht klar wird, inwiefern sich jetzt die Theweleben und ihr Einschluß ins Haus des Mannes. Verbunden ist dieser Prozeß einerseits mit einer Gewaltorgie gegen Frauen, den Hexenverfolgungen, andererseits mit dem höfischen Vorbild des asketischen Lebens, der männlichen Selbstkontrolle gegen die das Selbst potentiell auflösende sexuelle Potenz der Frau. Hier erfährt sich der Mann erstmals als Subjekt in Distanz zum Objekt Frau, als fähig, sein Selbst zu kontrollieren, d.h. auch abzuschotten, zu begrenzen, ihm Kontur zu geben, Festigkeit.

Der Aggregatszustand der festen Umschließung des männlichen Körpers bei der Herausbildung des europäischen Individuum ist hier bedeutend. Alles, was fließt, läuft diesem Bemühen um Festigkeit, Körperkontrolle zuwider. Der Frau dagegen wird die Subjektwerdung lange nicht zugestanden, sie wird identifiziert mit unkontrollierter Sexualität, die sich der Zurichtung zur Ehe widersetzt. Theweleit beschreibt die Durchsetzung der modernen Ehe als neue Territorialisierung des gesellschaftlichen Lebens: als Veränderung der Territorien, der Räume, die Männern und Frauen vordem offengestanden waren.

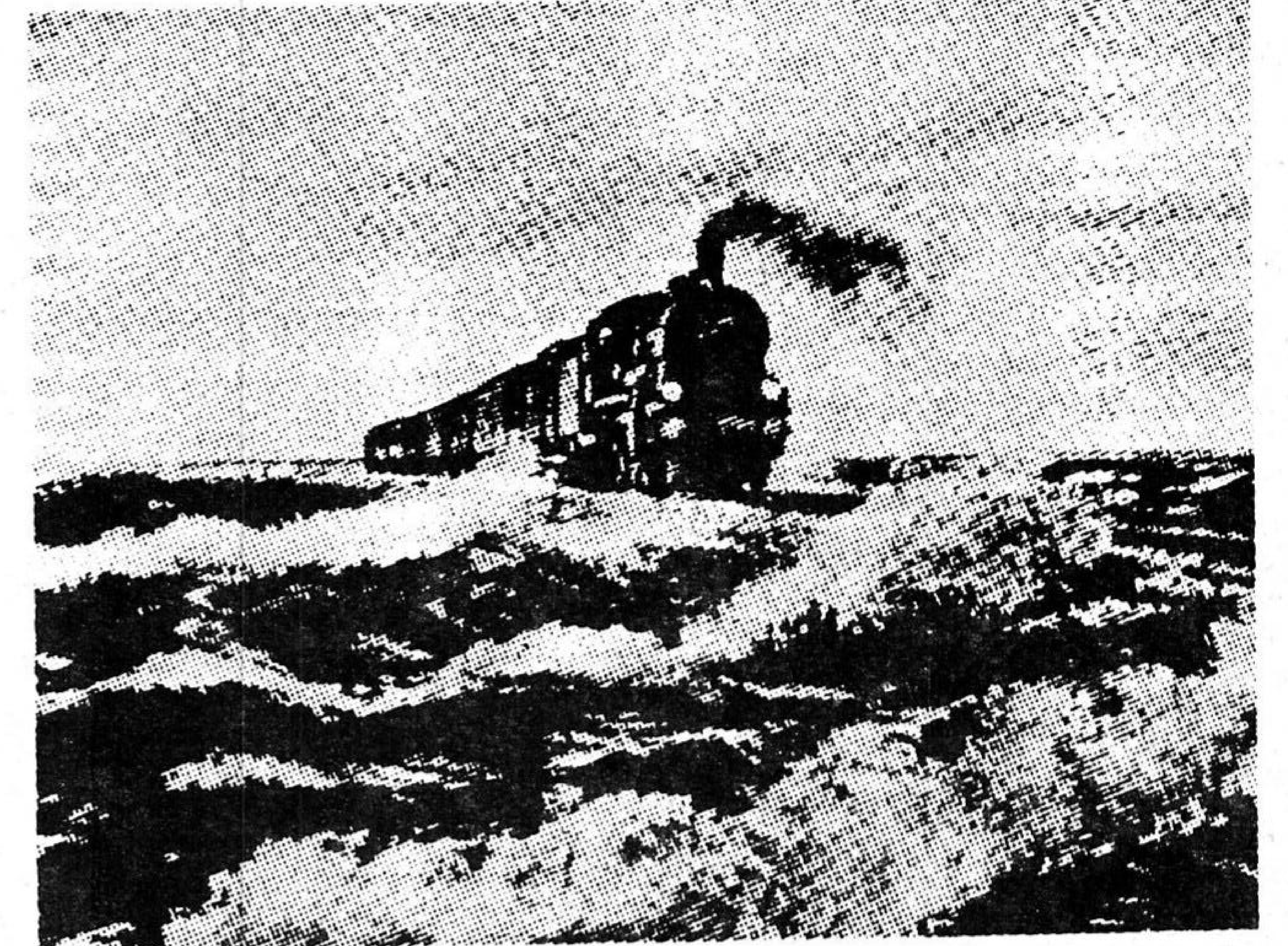
Auf politischer Ebene geschieht ein ähnlicher Vorgang: die Zusammenfügung der – für den Herrscher, den absolutistischen König – unübersichtlichen, ineinander fließenden, nicht überschaubaren dezentralisierten gesellschaftlichen Organisation zu einem modernen europäischen Nationalstaat, der ebenfalls Festigkeit durch klare Grenzen und eine zentralisierte Macht erhält. Auch hier wird die Unkontrolliertheit den Trägerinnen der vormals dezentralisierteren gesellschaftlichen Organisation vorgeworfen, den Bauern und den Frauen. Die Bauern werden durch die säkularisierte protestantische Religion zur Arbeit gezwungen, ihre Aufstände werden niedergeschlagen, die Enteignung des Verhütungswissens der Frauen überträgt die Macht zur Bevölkerungskontrolle auf die männlich-staatliche Ebene der Bevölkerungspolitik.

Die Zentralisierung der Körperfunktionen auf die rationale Kontrolle durch das Zentralhirn läuft schluß der Entwicklung positiv besetzt werden darf: "Blut muß fließen, knüppelhageldick..."

Beim Mann wird alles Flüssige durch einen von Theweleit sogenannten "Zweifrontenpanzer", die äußere Körperhülle, zusammengehalten. Dieser "Ich"-Panzer kontrolliert die Ströme des eigenen Körperinnern, ohne ihn würde er "zerfließen" – eine schreckliche Vorstellung, gleichbedeutend mit dem Verlust des Ichs, der Selbstkontrolle. Das ist die erste Front. Aber der "Ich"-Panzer grenzt auch ab gegen alles ihn von außen bedrohende Flüssige, die "Fluten" der weiblichen Sexualität, die revolutionären Massen, (die "Ausländerfluten" usw.) – auch hier ein Schutz des europäisch-männlichen Individuums gegen ihm Fremdes, ihn Bedrohendes. Das ist die zweite Front. Nur indem er die Festigkeit des Panzers gegen alle als flüssig, als seine Selbstkontrolle auflösend wahrgenommene Bedrohungen richtet, kann der soldatische Mann überleben und "erleben". Die "Stählung" des Körpers wird schließlich zur einzigen Form, wie er seinen Körper noch wahrnehmen kann, wie er auch Lust noch wahrnehmen kann. Gestählte Körper empfindet er schließlich als Ideal, als schön, als erregend, als äs-



Die Angst des soldatischen Mannes: Ertrinken in den Fluten (Foto: Theweleit, Bd. 1, S.457)



Das "Stahlroß", der gestählte Männerpanzer, braust gegen die ihn bedrohenden Fluten (Foto aus Theweleit, Bd. 2, S.130)

"einigermaßen überrascht sehe ich mich vor der Vermutung, daß nicht zuletzt die Einrichtung des Wasserleitungssystems für private Haushalte erforderlich war, um die Unterdrückung der menschlichen Wünsche (durchgeführt als Sexualunterdrückung und Isolierung der Geschlechter voneinander) in der bürgerlichen Gesellschaft durchzusetzen. Die Wasserleitung im Haus isoliert auch die Frauen voneinander. Der öffentliche Treffpunkt Brunnen wurde stillgelegt." (Bd. 1, S.541)

gerkrieg ist dem soldatischen Mann somit immer bedrohlich. Und die faschistischen Führungsgruppen sind in solchen Situationen meist zur Selbstzerfleischung übergegangen: beim Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg haben sich die "Übriggebliebenen" gegenseitig bezichtigt; in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik hat sich die Gewalt der Freikorps gegen sich selbst gerichtet: als Fememord gegen den Verräter in den eigenen Reihen, der geheime Waffenverstecke der zeitweilig verbotenen Freikorps verraten hat.

Ist die gepanzerte Ordnung der Massenaufmärsche gespalten oder wird sie durch Revolution verflüssigt, die ja 1918 anfangs auch so attraktiv war, daß sich viele zurückgekehrte Frontsoldaten an ihr beteiligten, dann ist es um den "Ich"-Panzer geschehen, er wendet die eigenen Wünsche nicht mehr gegen seinen eigenen Körper.

Analogieschluß zum Rassismus

Die Übertragung der Analysen Theweleits auf die heutige Situation scheint mir möglich und plausibel: an die Stelle der aggressiven, sexuell potenten Frau, die der soldatische Mann nicht kennt und die seinen "Ich"-Panzer bedroht und verflüssigen will, sowie an die Stelle der revolutionären Massen wird heute die "Asylantenflut" gesetzt. Der männliche "Ich"-Panzer, aufgebaut als Abgrenzung und Distanzierung zur Frau, grenzt sich nun gegen das unbekannte Fremde ab, das gleichzeitig verlockend und attraktiv ist, wie es die Frau oder die revolutionäre Masse schon früher war ("double-bind"). Anstatt die "Wunschproduktion des Unbewußten" frei fließen zu lassen, offen auf die Fremden zuzugehen, das Unbekannte kennenlernen zu wollen, sie als Bereicherung der Lebenslust wahrzunehmen und sie hereinzubitten, wird sich von ihnen abgegrenzt, die damit verbundene Unkenntnis steigert sich zur Bedrohung. Entweder wird nun eine Mauer aufgebaut und das Selbstbild als "Fels in der Bran-

SERIE

Rassismustheorien

5. Folge: Männlichkeit & Rassismus

Klaus Theweleit: Männerphantasien, Bd. 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte, 1977, 611 S.; Bd. 2: Männerkörper: Zur Psychoanalyse des weißen Terrors, 1978, 564 S., Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt (im regulären Buchhandel zur Zeit nur Bd. 2 als Rowohlt-Taschenbuch für 16,80 DM erhältlich)

als "rote Krankenschwester", unter deren Rock immer eine Pistole halluziniert wird; oder als Flintenweib, das selbständig zusammen mit den Männern der Roten Armee kämpft. Die Propaganda des "Flintenweibs" gehörte zu den genialsten Lügen der monarchistischen Presse während des Krieges der Freikorps gegen die damals sogenannte "Rote Ruhrarmee" im März 1920, im Anschluß an den fehlgeschlagenen Kapp-Putsch. Diese Presse hatte überhaupt keinen Zugang zum von Arbeitermilizen kurzzeitig befreiten Ruhrgebiet und log bewußt die Beteiligung von bewaffneten Frauen an der Roten Ruhrarmee herbei. Von den Freikorpssoldaten wurde das geglaubt, ihre wahrgenommene Bedrohung durch die "Flintenweiber" war also für sie selbst allzu real.

Die "rote Frau" erscheint den Faschisten als vollständig sexualisiert, sie wird mit der Hure gleichgesetzt, überhaupt wird der Kommunismus mit "Hurerei" gleichgesetzt. Die sexualisierte Frau ist einerseits reizvoll, weil sie etwas hat, was den entsexualisierten eigenen Frauen völlig fehlt, andererseits aber bedrohlich, weil sie eine unbekannte sexuelle Aktivität ausstrahlt und dazu noch selbst ganz unerreichbar ist. Diese "roten Arbeiterfrauen" hassen die Freikorpssoldaten als nichtarbeitende Militaristen. Beim Einmarsch der siegreichen "soldatischen Männer" ins Ruhrgebiet nach der Niederlage der Roten Ruhrarmee werden sie von den roten Frauen verhöhnt, bespuckt, voller Haß angeschrien. Sie strahlen ein Selbstbewußtsein und eine sexuelle Aktivität aus, gegen die sich die Freikorpssoldaten nur durch Festigkeit, durch Erstarren wehren können. Der Faschist bildet einen Damm gegen die Überflutung durch ihre - ihm selbst unerreichbare - sexuelle Attraktivität. Theweleit nennt dieses Phänomen einen "double-bind": einerseits ist die sexuell potente rote Frau verlockend, andererseits ist sie bedrohlich.

Solche "double-binds" führen langfristig zum buchstäblichen Zerreißen; der soldatische Mann explodiert durch die Vertiefung dieser Widersprüche. Der Bedrohung durch die Attraktivität der selbständigen roten Frau kann der Soldat praktisch nur entgehen, indem er explodiert, d.h. leit'sche Wunschproduktion vom Lebens- oder Sexualtrieb Freuds unterscheidet. Dessen ungeachtet will ich das auf dieser Grundvoraussetzung fußende Gedankengebäude Theweleits weiter darstellen.

Die historische Herausbildung des männlichen "Ich-Panzers"

Mittels einer kritischen Besprechung von Norbert Elias' Werk "Der Prozeß der Zivilisation" versucht Theweleit nun, den historischen Prozeß der Herausbildung des europäischen männlichen Individuums seit dem 13. Jahrhundert nachzuzeichnen.

Dieser Prozeß habe sich immer von "oben" nach "unten" durchgesetzt: das höfische Leben hat das Vorbild abgegeben, nachdem dann über Jahrhunderte hinweg das Leben der "unteren Klassen" strukturiert wurde, einerseits mittels Integration, dem Mythos des möglichen Aufstiegs und der Teilnahme an Herrschaft, andererseits mittels Repression. Am Beginn des Prozesses steht kein klar erkennbares Subjekt-Objekt-Verhältnis und kein ausgeprägtes geschlechtsspezifisches Rollenverhältnis bei den Beziehungen der Unterdrückten. Auch Frauen nehmen am öffentlichen Leben der unterdrückten Schichten teil, haben durch ihr Reproduktions- und Verhütungswissen sogar einige Macht. Die europäische Gesellschaft ist insgesamt relativ dezentralisiert gestaltet.

Ein wesentlicher Einschnitt ist die Durchsetzung der Ehe, die Domestizierung der Frau, ihr Ausschluß aus dem öffentlichen mit der Zentralisierung der gesellschaftlichen "Körperschaften" durch die Herausbildung des Nationalstaats parallel. Um gute Soldaten zu erzeugen, schließt die kontrollierte militärische Ausbildung des männlichen Körpers, der Drill zur Disziplin, zum Gehorsam, zur völlig maschinisierten Wahrnehmung der Körperfunktionen diesen Prozeß der Nationalstaatsbildung ab (4). Theweleit beschreibt die Mechanismen des Drills ausführlich anhand der Kadettenausbildung für die kaiserliche Armee des wilhelminischen Reiches: Onanieverbot, Schlafen in kalten Decken, Prügelstrafe, der Novize geht durch die Hölle, er kann nur überleben, indem sich sein Körper zur Maschine, zum Panzer verwandelt.

Voraussetzung dafür ist, daß alles Flüssige im Körper, das ja potentiell unkontrollierbar bleibt, als "weiblich" und negativ besetzt wird. Im Lauf des Prozesses der Herausbildung des europäisch-männlichen Individuums wird deshalb jede Körperflüssigkeit und das Erleben derselben dämonisiert: Speichel ist etwas Ekelhaftes; Sperma darf nicht fließen, wenn doch, führt das zu schlechtem Gewissen wegen des Onanieverbots; die Darmausscheidungen werden zum Kot, zur Scheiße, die Afteröffnung verfällt dem sexuellen Tabu; von Milch vollgesogene Brüste schwangerer Frauen gelten als unvereinbar mit einem produzierten Schönheitsideal - sie werden genauso negativ besetzt wie etwa das Menstruationsblut. Nur das Blut der Getöteten ist ein Strom, der beim faschistischen Mann zum Abthetisch.

Zu hinterfragen wäre bei diesem Ansatz die Ausweglosigkeit, die Theweleit dem europäisch-männlichen Individuum oder auch der europäischen Rationalität insgesamt unterstellt. Alle Ausformungen von Individualität und Rationalität dienen so letztlich nur dem Aufbau des männlichen Körperpanzers, zur Stabilisierung des "Ich" und damit zur Abwehr der Wunschproduktion des Unbewußten. So umstandslos in den Faschismus führend vermag ich die Herausbildung des europäischen Individuums allerdings nicht zu sehen. Daß der europäische Indivdualismus umgekehrt angesichts der Erfahrung des 3. Reiches und jetzt des Rassismus auf seine Strukturierung nach einem männlichen "Ich"-Panzer hinterfragt wird, halte ich dagegen nicht nur für legitim, sondern auch für gewinnbringend.

Revolutionäre Massen und ihr Gegensatz: der faschistische Massenaufmarsch

So ragt also der Phallus des männlichen "Ich"-Panzers aus der flüssigen Bedrohung der Frauen empor und hält ihr stand: er ist der Fels in der Brandung, der Damm gegen die Fluten.

Aus dem Fels wird Mauer, wenn die männlichen Panzer gesellschaftlich dominieren: die faschistische Sprache geißelt alles, was fließt, sie will das Fließende umgrenzen, einzäunen und wenn möglich umbringen. Das Bild der "Kesselschlacht" im Zweiten Weltkrieg ist typisch: im Kessel brodelt es, der Kessel wird geschlossen, um das darin Brodelnde zu vernichten. Ebenso wird mit allen Mischzuständen des Fließenden umgegangen: rote Frauen, revolutionäre Bewegungen werden mit "Sumpf", "Jauche", "Morast", "Schlamm", "Dreck", "Schmutz" assoziiert. Geradezu originell wird Theweleit, wenn er an einer Stelle als einzige Situation, in der der Aggregatszustand Wasser als für den männlichen "Ich"-Panzer positiv beschreibbar ist, das klare Leitungswasser erwähnt, mit der er sich vom "Schmutz" der Berührung mit der eigenen Körperflüssigkeit nach dem "Geschlechtsakt" oder der Selbstbefriedigung, oder vom "Schmutz" der Berührung mit einem Angehörigen der unteren Klassen (oder der Fremden) reinwäscht.

Trotz aller Abwehrmechanismen, trotz des patriarchalen Reinlichkeitskultus, deren Ausführung dann vor allem die weiße Frau übertragen bekam: die Körperströme können nicht immer zerstört werden, der männliche "Ich"-Panzer sowie auf gesellschaftlicher Ebene der zentralisierte Nationastaat können sie zwar begrenzen, sie können sie aber nicht abschaffen. Also versuchen sie, sie in eine ihnen nicht mehr bedrohlich werdende Form zu zwängen. Sinnbildlich hierfür ist der faschistische Umgang mit dem Phänomen Masse. Theweleit greift hierfür auf die sehr empfehlenswerten Untersuchungen von Elias Canetti zum Thema "Masse und Macht" zurück (5).

Die revolutionäre Massenbewegung ist dem Faschisten die Bedrohung par exellance: die Gefahr der "Roten Flut" (die Massenflucht ist demnach als Gefahr der "Asylantenflut" kaum weniger bedrohlich). Die revolutionäre Masse ist unkoordiniert, kann spontan fließen, der Herrschaft trotzen. In ihrer Bedrohung drückt sie aber gleichzeitig eine Attraktivität aus: den Drang nach Freiheit, die Erfüllung der Wunschproduktion des Unbewußten.

Doch die revolutionäre Masse kann gebändigt werden: im faschistischen Massenaufmarsch ist alles geordnet, jeder Marschierende hat seinen Platz, ist vor dem Führer gleich - wenn auch gleich unterdrückt - und empfindet sich als Teil eines riesigen Massengetriebes, einer Massenmaschine Mensch, die der Faschismus in Bewegung setzt. Jetzt darf das Attraktive auch vom Faschisten genossen werden, der faschistische Massenaufmarsch gilt ihm als schön, als ästhetisch. Mit dieser Massenmaschine kann die Welt erobert werden - und um nichts weniger geht es, der einzelne Mann fühlt sich sicher als Rädchen im Getriebe und identifiziert sich mit dem Ganzen, das der Führer versinnbildlicht.

Wehe aber, die Massenmaschine verkleinert sich oder erleidet eine Niederlage, ob im Weltkrieg, oder in der Revolution, als "Dolchstoß" - unfair, unehrenhaft, von hinten -, dann zersetzt sich das Einheitsgefühl des einzelnen Faschisten in die Angst vor Auflösung. Der Friede nach dem Krieg oder dem Bürgerkrieg wird als "Damm gegen die Fluten" verteidigt, oder der Körperpanzer explodiert, weil er den "double-bind" auf Dauer nicht aushält und nur in der Gewaltentladung seine Befriedigung erlebt: im Angriff auf das Asylwohnheim. War bei Theweleit von den Freikorpssoldaten als den "ersten Soldaten des Dritten Reiches" die Rede, so erleben wir in den neonazistischen Banden, ihrer Körperzurichtung, sowie auf gesellschaftlicher Ebene in der öffentlichen Medienhetze der "Flutabwehr" die Vorboten des "Vierten Reiches". Theweleit deutet gemäß seinem Wahlspruch: "Erst wo der Körper nicht mehr verheimlicht wird, kann es offenes politisches Leben geben, weil es erst da eine reale Basis hat," zwei Lösungsmöglichkeiten an: einmal die Einbeziehung von Körperarbeit in Therapiekonzepte, was allerdings relativ aussichtslos ist, weil die Faschisten nicht von sich aus zur Therapie kommen werden; und - leider sehr abstrakt - die Attraktivität einer revolutionären Bewegung, die ihre anderen Lebensformen gerade in einer Zeit der Bedrohung auch positiv lebt: die "Wunschproduktion des Unbewußten" kann nur den Panzer zerstören, wenn sie von möglichst vielen Individuen, die sich vielleicht irgendwann wieder zu einer unkontrollierbaren Masse vereinigen können, auch gelebt wird.

Eugen Schäfer

Anmerkungen:

(1): eine ausführliche Dokumentation über Ute Gerhards Untersuchung zur Medienhetze im Sommer 1991 als Vorbereitung zu einem Klima der Anschläge kann bestellt werden bei: Diskurswerkstatt Bochum, Düppelstraße 36, 4630 Bochum 1.

(2): Ute Gerhard, FR, 19.10.91.

(3): Klaus Theweleit: Männerphantasien, Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt/M., 2 Bde., erstveröffentlicht 1977, 1978, hier: 1986. Im folgenden eine versuchte Kurzzusammenfassung der Gedankengänge, die Theweleit verfolgt. Weggelassen werden seine wissenschaftlich-psychologische Auseinandersetzungen um eine Kritik des Ödipus-Komplexes von Freud, weil ich sie für zu spezifisch psychologisch halte und die Ausführungen über Homosexualität, die mir problematisch erscheinen, was den Stellenwert betrifft, den Theweleit einer bestimmten Form der Homosexualität für die Ausbildung von Männerbünden immer noch gibt.

(4): vgl. dazu auch: Uli Wohland: Thesen über militarisierte Männlichkeit, in GWR 131 und Klaus Kuhm: Der Körper als Zielscheibe der Macht - zur Aktualität von Foucaults "Überwachen und Strafen" in GWR 132.

(5): Elias Canetti: Masse und Macht, Hamburg 1960.

entry:
from: SpinnenNetz Mz/Wi
to: nat
subject: Prozeß gg. AnwältInnen/Büro des Volkes/Istanbul

Mitteilung aus Istanbul

Der Stadtteil Kücük Amutlu, gegen den sich in der Vergangenheit schon oft brutale Angriffe der Türkischen "Sicherheitsbehörden" gerichtet haben, ist am Vorabend des Prozesses gegen sechs Anwälte und Anwältinnen des "Rechtsbüro des Volkes" in Istanbul/Türkei, durch von schwerbewaffneter Polizei umstellt.

Am Mittwoch, den 17.2. versuchte der Genosse Metin Dikmen aus dem Knastkrankenhaus des Gefängnisses Sagmancilar (in der Nähe von Istanbul) zu fliehen. Bei seiner Flucht wurde der 12 mal zum Tode verurteilte jedoch, nachdem auf ihn geschossen worden war, erneut verhaftet. Metin Dikmen ist der Mitgliedschaft in Dev Sol angeklagt.

Am Dienstag, den 16.2. gelang es 2 Genossen von Dev Sol, 9 von PKK, 4 von TDKP und 3 von TIKKO die Flucht aus Nevsehir.

Am Samstag, den 20.2. flohen nochmals 4 Leute von Dev Sol und 3 von TIKKO aus Sagmancilar. Dabei wurden allerdings 5 wieder verhaftet. Nach Einschätzung einer Anwältin des Rechtsbüros des Volkes werden die 5 z.Z. von der politischen Polizei verhört bzw. gefoltert.
(Nach Zeitungsberichten hat sich dies mittlerweile bestätigt, Fotos der Gefolterten wurden in einer türkischen Zeitung abgedruckt; d.Red.)

Istanbul 930220

Nach dem letzten Fluchtversuch wurde gestern, Samstag, den 20.02.93 haben Spezialeinheiten der türkischen Polizei im Knast von Sagmancilar offensichtlich eine Aktion durchgeführt; mehrere Fahrzeuge wurden beim ein- und ausfahren beobachtet. Am Abend trafen Vertreter des Justizministeriums in Sagmancilar ein, weigerten sich jedoch, Erklärungen abzugegeben. Laut Staatsanwaltschaft wurde der Ausnahmezustand über verschiedene Knäste verhängt.
Staatsanwalt Melih Öztürk kam selbst nicht in den Knast Sagmancilar, Informationen veröffentlicht das türkische Innenministerium.
Die Fotos der Gefangenen, denen die Flucht aus dem Gefängnis nicht gelungen war (Genossen von Dev Sol, TDKP, PKK, TIKKO; vgl. SpinnenNetz-File ISTA1-D), wurden in allen türkischen Tageszeitungen vom Wochenende abgedruckt und zeigen Gefangene, die Spuren schwerer Folter aufweisen. Dieser Akt der Rache dient der Abschreckung aller anderen Gefangenen und der Einschüchterung der Bevölkerung. Darüber hinaus führt die Polizei im gesamten Stadtgebiet von Istanbul an nahezu allen Straßen Personenkontrollen durch.
Die Rechtsanwälte des "Rechtsbüro des Volkes" (Halkin Hukuk Burosu) fordern die sofortige Verlegung der gefolterten Gefangenen ins Krankenhaus. Die Rechtsanwälte des Halkin Hukuk Burosu fürchten um das Leben der Inhaftierten.
Es gibt keine gesetzlichen Grundlagen für die Folter an den Gefangenen.

Istanbul 930221

Internationale Rechtsanwaltsdelegation nach Istanbul

Heute ist eine etwa 30-köpfige Delegation nach Istanbul abgeflogen, die am Montag 22.2. dort an einem Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) gegen 6 RechtsanwältInnen des Hlkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes) teilnehmen wird.

Diese Delegation setzt sich v.a. aus VertreterInnen diverser Rechtsanwaltsbüros aus der BRD, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Englands zusammen, mehrere TeilnehmerInnen sind zudem im Auftrag ihrer Standesorganisationen (Republikanischer Anwaltsverein, Association of European Lawyers etc.)dabei.

Nachdem zuletzt der Prozeß gegen den deutschen Journalisten Stafn Waldberg in Diyabakir ein bezeichnendes Licht auf das türkische Justizsystem geworfen hat, soll mit diesem Prozeß ein Anwaltsbüro aisgeschaltet werden, dessen Mitglieder sich in Istnabul in Menschenrechsvereinen betätigen, die den Angehörigen bei der Suche nach in Polizeihaft "Verschwundenen" helfen, die Folteropfer vertreten.

Die Delegation wird ständig aktuelle Informationen über den Prozeß an unser Büro in Köln schicken, die für die Presse über die u.g. Tel.Nr. verfügbar.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie über die Delegation und den Prozeß gegen die RA des Halkin Hukuk Bürosu berichten.

Ab dem 23.2. werden auch Mitglieder der Delegation direkt über unser Büro erreichbar sein.

ADRESSE: 5000 KÖLN 30 TEICHSTRASSE 16/E TEL.: 0221-531278 FAX 0221-531700.

Zum 1.Prozeßtag gegen 6 RA des Halkin Hukuk Bürosu/Istanbul

Das Gericht in Istanbul war offensichtlich überrascht davon, daß so viele ausländische Rechtsanwälte aus verschiedenen Ländern und Organisationen da waren. Wir sind alle ohne Ausweispapiere ins Gericht gekommen, es konnten alle in dem viel zu kleinen Prozeßsaal (einschl. drei türkischer Freunde). Der vorsitzende Richter ist nicht eingeschritten, obwohl auch nicht-Presseleute trotz Verbotes ständig fotografiert haben, und er hat nur vorsichtg geschimpft als wir nach der Erhklärung von Fetye geklatscht haben.

Die 4 anwesenden Angeklagten haben ihre Erklärungen in Ruhe halten können, ohne daß das Gericht sie unterbrochen hat.

Die Erklärung ausländischer Rechtsanwälte, in der die Illegitimität des Verfahrens auch im Zusammenhang internationaler Vereinbarungen festgestellt wird, konnte ebenfalls vor Gericht verlesen werden.

Danach haben mehrere Verteidiger der Angeklagten beantragt, daß die ausländischen Verteidiger aktiv an der Verteidigung der Angeklagten teilnehmen können. (Dabei verwiesen sie vor allem auf einen Prozeß in Ankara, in dem seinerzeit ausländische RA zugelassen waren)

Der Staatsanwalt hat gefordert, daß dieser Antrag abgelehnt werden soll. Nach etwa 15-minütiger Beratung hat das Gericht erklärt, daß der Prozeß auf den 22.4 vertagt ist. (Es ist nicht zur Verlesung der Anklageschrift gekommen; es ist uns auch unklar, ob die Entscheidung über die Beteiligung der ausländischen RA an diesem Termin oder vorher bekannt gegeben wird.)

Das ganze hat ca 1,5 h gedauert. danach haben wir auf dem Flur des DGM noch eine Pressekonferenz gemacht. Die Prozeßerklärung der RA ist als Presserklärung verlesen worden.

Einer der RA der Angeklagten hat eine kurze, revolutionäre Rede gehalten. Danach haben die Delegationsmitglieder zusammen mehrere Male "Hoch die internationale Solidarität" gerufen. Dann ist die Protestresolution zu den 5 gefolterten Gefangenen, deren Ausbruchsversuch scheiterte, verlesen worden.

Nach der Pressekonferenz sind die RA zum Vorsitzenden der Istanbuler Anwaltskammer, Turgut Kazar, gefahren und von ihm empfagen worden. Er hat ihnen zugesagt, daß am nächsten Prozeßtermin ein offizieller Vertreter der Rechtsanwaltskammer als Beobachter teilnehmen wird.

Wir denken, daß wir an diese ersten Prozeßtag ein gutes Ergebnis erreicht haben. Das Gericht hat viel zugelassen, was sonst nicht möglich gewesen wäre. Es ist bewiesen worden (dem Gericht und auch dem türkischen Staat), daß es in Europa eine große Sensibilität für die Situation in der Türkei gibt und viel Solidarität und Unterstützung; ebenso eine große Anerkennung für die Arbeit des Halkin Hukuk Bürosu. Dies wird sicher auch Eindruck auf die Öffentlichkeit in der Türkei und wohl auch auf das Urteil haben. Auch daß der Vorsitzende der RA-Kammer sich bereit erklärt hat, einen offiziellen Beobachter zu schicken, sit ein direkter Erfolg (Gestern abend noch hat er sich überhaupt geweigert, die RA zu treffen).

22.2.93

RESOLUTION

Wie bekannt ist am 07.02.93 sieben politischen Gefangenen die Flucht aus dem Sajmacilar Gefängnis gelungen, 5 andere Gefangene sind jedoch bei ihrem Versuch aus dem Gefängnis zu fliehen von Soldaten und Wärtern festgenommen worden. Nach diesem Versuch haben die Sicherheitskräfte eine Rachekampagne in den Gefängnissen durchgeführt. Die Festgenommenen wurden so schwer mißhandelt, daß ihnen die Nase oder der Arm gebrochen ist. Dies beweisen die am 21.02.93 in der türkischen Presse veröffentlichten Photos der Gefangenen. Damit haben sich die Sicherheitskräfte für ihre Niederlage an den Gefangenen rächen wollen. Durch die geglückten Ausbrüche sind die Sicherheitskräfte in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht worden. Die Mißhandlungen der Gefangenen dienen der Einschüchterung aller Gefangenen und der Öffentlichkeit.

Die TeilnehmerInnen der internationelen Delegation aus VertreterInnen diverser Menschenrechts-, Rechtsanwaltsorganisationen, etc. verurteilen die Folter an den Gefangenen.

Wir fordern, daß die AnwältInnen die Mißhandelten besuchen dürfen. Zudem fordern wir, daß die AnwältInnen in das Gefängnis reingelassen werden.. Wir fordern die umgehende Bestrafung der Folterer und des zuständigen Staatsanwalts. Wir fordern, daß eine unabhängige Untersuchungskomission von AnwältInnen eingesetzt wird.

Die unterzeichnenden (15) Anwälte und Anwältinnen aus 7 europäischen Ländern sind nach Isanbul gekommen, um den Prozeß gegen 6 Kelleginnen und Kollegen des Halkim Hukuk Bürosu zu beobachten und daran teilzunehmen.
Sie repräsentieren die folgenden Vereinigungen
- Haldane Society od Socialist Lawyers
- Nederlandse Orden van Advocaten
- International Commissio of Jurists (Geneva)
- Strafverteidigervereinigung (BRD)
- Republikanischer Anwätinnen- und Anwaltsverein (BRD)
- Association des Avocats (France)
- Elena (France) = European Legal Network on Asylum
- Federation International des Droit de l'homme (France)
- Asociación libre de Abogados (Spain)
- A.E.D. = Europ. demokr. Anwaltsverein

Wir haben alle in unserer beruflichen Tätigkeit Erfahrungen mache nmüßen, daß die Verteidiger in polit. Strafverfahren wegen dieser Tätigkeit in Strafverfahren und Ehrengerichtsverfahren verfolgt werden.

Ziel dieser Verfolgungsmaßnahen gegen Anwälte ist es, eine engagierte Verteidigung und den Schutz der politischen Gefangenen vor menschenrechtswiedriger Behandlung zu verhindern.

Wir wissen um das langjährige Engagement der Kollegen vom Halkin Hukuk Bürosu gegen jede Form staatlicher Unterdrückung, insbesondere Folter, extralegale Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Personen. Unsere Teilnahme am Prozeß ist Ausdruck der internationalen Anerkennung für die politische Verteidigung, die das Büro macht.

Die dürftige Beweislage zeigt, daß die Anklage politisch motiviert ist.

Insbesondere sind wir nach den Erläuterungen der angeklagten Kollegen und ihrer Verteidiger davon überzeugt, daß die Aussagen der Belastungszeugen unter der Folter erlangt wurden.
Dies umso mehr, als wir den Bericht des Europäischen Komitees zur Verhinderung von Folter und unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung vom 15.12.92 kennen, in dem verschiedene Fälle von Folter und die Existenz zahlreicher Folterzentren im ganzen Land zweifelsfrei bewiesen werden.

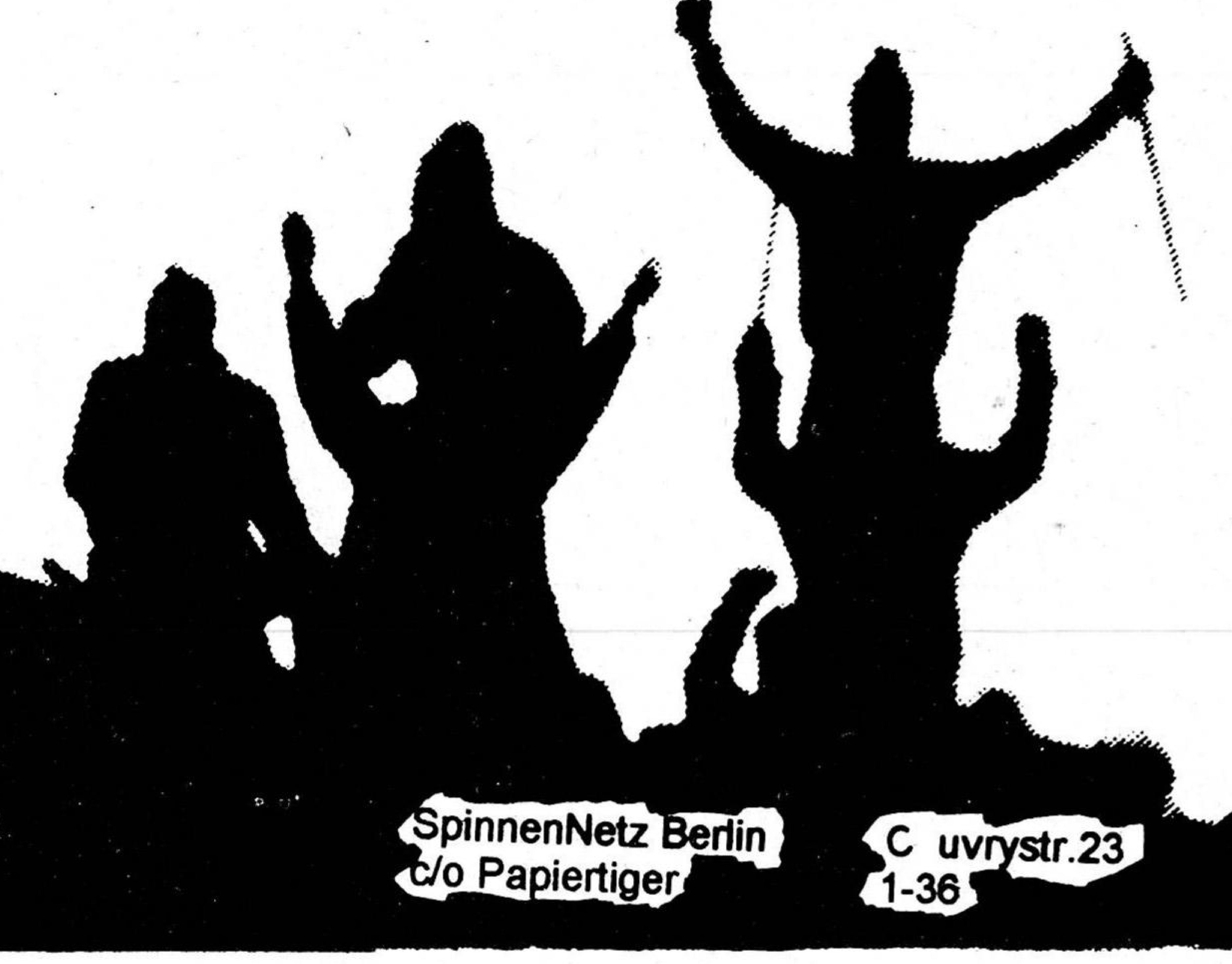
Derartige Beweismittel sind unverwertbar. Sie verstoßen nicht nur gegen die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenerechte, der die Türkei als Unterzeichnerstaat beigetreten ist, sondern auch unmittelbar gegen türkisches Recht (Art 17 Paragraph 3 der türkischen Verfassung, Paragraph 135a der turkischen STPO und Art.13 Anti-Terror-Gesetz (ATG)).

Unser Protest richtet sich auch dagegen, daß das Verfahren vor einem politischen Sondergericht, dem DGM, stattfindet. Dieses stellt sich als eklatanter Verstoß gegen das demokratische Gewaltenteilungsprinzip und das Rechtsstaatsprinzip dar, zumal ein Militär Mitglied des Gerichts ist.
Ein faires Verfahren ist so unmöglich.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen unsere Kollegen.

Die Erklärung wird zusätzlich unterstütz von:

- Miriam Edding, Universität Hamburg, FB Pädagogik
- Gert Hieber, Komitee gegen den imperialistischen Krieg, FB Medizin, Hamburg
- Claudia Leitsch, Flüchtlingsrat Hamburg
- Markus Groß, Informationszentrum für freie Völker
- Martina Jankowski, Sozialpädagogin, Informationszentrum für freie Völker
- Helmut Jung, Universität Hamburg, Soziologie
- Ursula Ünlu, Soziologin, Informationszentrum für freie Völker
- S. Jakobs, ASTA der Universität Hamburg, FB Medizin/Pädagogik, Komitee gegen den imperialistischen Krieg
- Ulla Frey, Kampagne gegen Rüstungsexporte und SpinnenNetz



Politische Gefangenen freigelassen!

Aktuelle Berichte aus Nigeria

Aus Nigeria erreichte uns ein Schreiben von Mitte Januar in dem die Sprecher der "Awareness League" dem internationalen Kampagnenbüro für die Aktionen zur Freilassung der zu unrecht Gefangenen in Nigeria danken. Ohne die internationale Unterstützung hätten sie dem ständigen Druck des Militärregimes nicht standhalten können.

Am 3 Januar 93 gab es endlich eine Erklärung der Militärjunta zu den 4 Gefangenen aus der "Awareness League". Nach den Verlautbarungen des Informationsministers Sam Oyerhaire wurden alle Gefangenen die in Zusammenhang mit den Universitätsunruhen von Mai- bis Oktober 92 festgenommen wurden, freigelassen. Die einzigen noch Einsitzenden werden nach dem berüchtigten Erlaß No. 2 festgehalten. Die 4 Mitglieder der Awareness League werden unter diesem Erlaß festgehalten

Für die Freilassung der 4 Gefangenen konnte ein Rechtsanwalt gewonnen werden, der bisher bei 2 Gerichten Eingaben machte. In Calabar, wo die 4 Einsitzen, lehnten die Gerichte die Freilassung ab. Nun gibt es ein erneutes Ersuchen vor dem obersten Gericht. Es soll wenigstens erreicht werden daß überhaupt ein Gerichtsverfahren stattfindet.

Leider lehnte es das oberste Gericht ab, den Erlaß No.2 für nicht rechtmäßig zu erklären. Es begründete seinen Entschluß damit, daß das Gesetz für die Innere Sicherheit notwendig sei.

Es besteht aber die Möglichkeit, daß das Gericht in das Verfahren eingreift, und ein ordentliches Verfahren für die 4 beantragt. Sollte es das nicht tun, wird der Rechtsanwalt versuchen die Vier unter Berufung auf die Erklärung der Menschenrechte die Nigeria ratifiziert hat, auf Kaution freizubekommen. Der Prozeß läuft seit dem 25 Januar 93.

Der Erlaß No. 2:

Der 1985 in Kraft getretene Erlaß (SicherheitsHaft Erlaß gegen Personen) erlaubt es Einzelpersonen allein auf Anordnung des Militär Präsidenten in Haft zu bringen. Der Präsident kann dieses Recht auch delegieren, z. B. an seinen Vizepräsidenten aber auch an jeden anderen. Hunderte von NigerianerInnen werden unter diesem Erlaß in Knästen und Haftlagern gefangengehalten. Der Erlaß No.2 Steht über aller Rechtsprechung und allen Gerichten.

FINANZIELLE SITUATION

Die hohen Gerichtskosten machen sich leider langsam bemerkbar. Außerdem werden die Familien der Gefangenen unterstützt. Mittlerweile sind Schuldern in Höhe von 12.000 US$ aufgelaufen. Trotzdem geben die nigerianischen Libertären nicht auf in ihren Bemühungen für die Freilassung der Gefangenen und um eine zivile Regierung.

Die "Awareness League" bitten darum um Spenden mit internationaler Geldanweisung für ihren weiteren Kampf direkt zu übersenden. Sie stecken in relativ Geldschwierigkeiten zur bestreitung der Gerichtskosten und Unterstützung der Familien der Gefangenen sowie für die Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Sorgfältige Verpackung der Briefe gegen Diebe ist notwendig.

Unterdrückung

Menschenrechtsgruppen verboten

Die "Awareness League" steht nicht isoliert da, sondern eine Reihe von Menschenrechtsgruppen und Massenorganisationen wehren sich gegen das Militärregime. Drei dieser Organisationen wurden schon total verboten, als sie für den 3. Januar 1993 große Demonstrationen planten. An diesem Datum sollte ursprünglich die Militärregierung ihre Ämter übergeben.

Die Situation in Nigeria ist zur Zeit so, daß die Dachorganisation der Studentengruppen, (NANS) und die Zentralorganisation der Universitätsangestellten (ASUU) weiterhin verboten sind. Außerdem hat Präsident Babaginda das Ende der Militärherrschaft auf den 27.8.93 verschoben. Aber niemand glaubt, daß dies tatsächlich passieren wird. Die meisten NigerianerInnen glauben sogar, daß alles nur ein oft angedrohter Plan zur völligen Unterdrückung ist..

AWARENESS LEAGUE
C/O SAMUEL MBAH
P.O. BOX 28
AGBANI ENUGU STATE
NIGERIA

Viele Grüße von der Awareness League und dem Sekretär Ifeanyi ChukwuEin

Rundbrief der Internationalen ArbeiterInnen Assoziation und dem Anarchistischen-Laden in Berlin

blätter des iz3w, Nr. 186, Dez.'92/Jan.'93

Zwischen politischer Organisierung und Widerstand

Das veränderte Gesicht der Tuareg-Rebellion im Niger

Während Radio France International und französische Zeitungen ständig über die Rebellion der Tuareg im Niger berichten, dringt darüber kaum etwas in die deutschen Medien vor. In den "Blättern" erschien der letzte Artikel über die Tuareg-Rebellion vor zwei Jahren (Nr. 169, November 90). Unter der Überschrift: "Die Revolte der Gastarbeiter" wurden die Hintergründe der Rebellion aufgezeigt. Sie gelten heute immer noch.



Das Gesicht der Rebellion hat sich inzwischen verändert. In Mali und Niger haben die Tuareg-Rebellen Organisationen gegründet. Bedingt durch unterschiedliche nationale Entwicklungen hat die Rebellion in Mali und Niger auch unterschiedliche Züge angenommen.

In Mali sind Verhandlungen mit der Regierung zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Das Tuareg-Gebiet soll eine relative Autonomie bekommen. Im Niger fand von Juli bis November 1991 eine nationale Konferenz statt. Ihr vorangegangen war die Zulassung von Parteien. Die Konferenz sollte die diktatorische Vergangenheit sowie den Mißbrauch der politischen Administration in Niger aufarbeiten und demokratische Wahlen vorbereiten. Einige Ergebnisse waren die Reduzierung der Kompetenzen des Präsidenten der Republik, General Ali Chaïbou, die Einsetzung einer von den Delegierten der Nationalkonferenz gewählten Übergangsregierung und die Einrichtung eines Haut Conseil de la République, der die Einhaltung der Vorgaben der Conférence Nationale für die Übergangsregierung überwachen sollte. Demokratische Wahlen wurden für Ende 1992 vorgesehen.

Obwohl das Massaker an den Tuareg in Tchin-Tabaraden vom Mai 1990 (siehe blätter Nr.169 S.3ff.) auf der Conférence behandelt und der Verantwortliche, Hauptmann Maliki, unter Hausarrest gestellt wurde, war die Situation der Tuareg nach der Conférence aus ihrer Sicht dieselbe wie zuvor.

Aufflammen der Rebellion

Im November 1991 flammte die Rebellion im Niger wieder auf. Die "Front de Libération de l'Azawag et de l'Aïr" (FLAA) trat an die Öffentlichkeit. Ob es in Niger, ähnlich wie in Mali, mehrere Organisationen gibt, ist nicht bekannt. Bei einem Überfall auf ein Landwirtschafts-Projekt im Aïr wird eine Nachricht übergeben, in der die FLAA die Unabhängigkeit des "Territoire tamasheq" (Gebiet der Tuareg) fordert. Bei Angriffen auf isolierte Verwaltungsstellen (u.a. in In Gall, Abala und Aderbissinat) werden Ausrüstungsgüter erbeutet (Toyota-Land Cruiser, Treibstoff, Waffen und Munition) sowie Militärs und paramilitärische Regierungsbeamte gefangengenommen.

Immer häufiger werden Touristen auf der Piste zwischen Assamakka (dem Grenzposten zur algerischen Grenze) und Arlit überfallen. Die Fahrt im Konvoi mit Militärbegleitung wird obligatorisch.

Die Regierung schert die Überfälle auf der Piste und die Überfälle auf Regierungseinrichtungen über einen Kamm und spricht undifferenziert von "Banditisme". Die Gefangenen der Rebellen werden als "Geiseln" bezeichnet.

In einer Nachricht der Rebellen an die Regierung, die vom freigelassenen Chef de Poste von Aderbissinat übergeben wird, fordern sie, als Rebellen bezeichnet zu werden. Sie grenzen sich von den Banditen ab, die die Überfälle auf der Piste begehen. Ihren Gefangenen geben sie den Status von Kriegsgefangenen und weisen den Vorwurf der Geiselnahme zurück.

Ende Januar 1992 kommt es zu einem ersten Überfall auf der Asphaltstraße zwischen Arlit und Agadez. Nach Einbruch der Dunkelheit ist die Straße plötzlich gesperrt. Etwa 70 Fahrzeuge, darunter Reisebusse, werden angehalten und beschossen, die Insassen werden ausgeraubt. Die meisten Personen verbringen die Nacht versteckt im

unwegsamen Gelände. Einige können fliehen und verständigen die Gendarmerie. Gegen Morgen rückt Armee an. Die Armee eröffnet das Feuer. Unter den Zivilisten gibt es Tote und Verletzte. Die Militärs geben an, die Autolichter für Lichter von Fahrzeugen der Rebellen gehalten zu haben. In der offiziellen Version aus Radio Niger wird von dem Überfall am Abend nichts berichtet. Es wird lediglich bedauert, daß die Autolichter fälschlicherweise Rebellen zugeschrieben wurden.

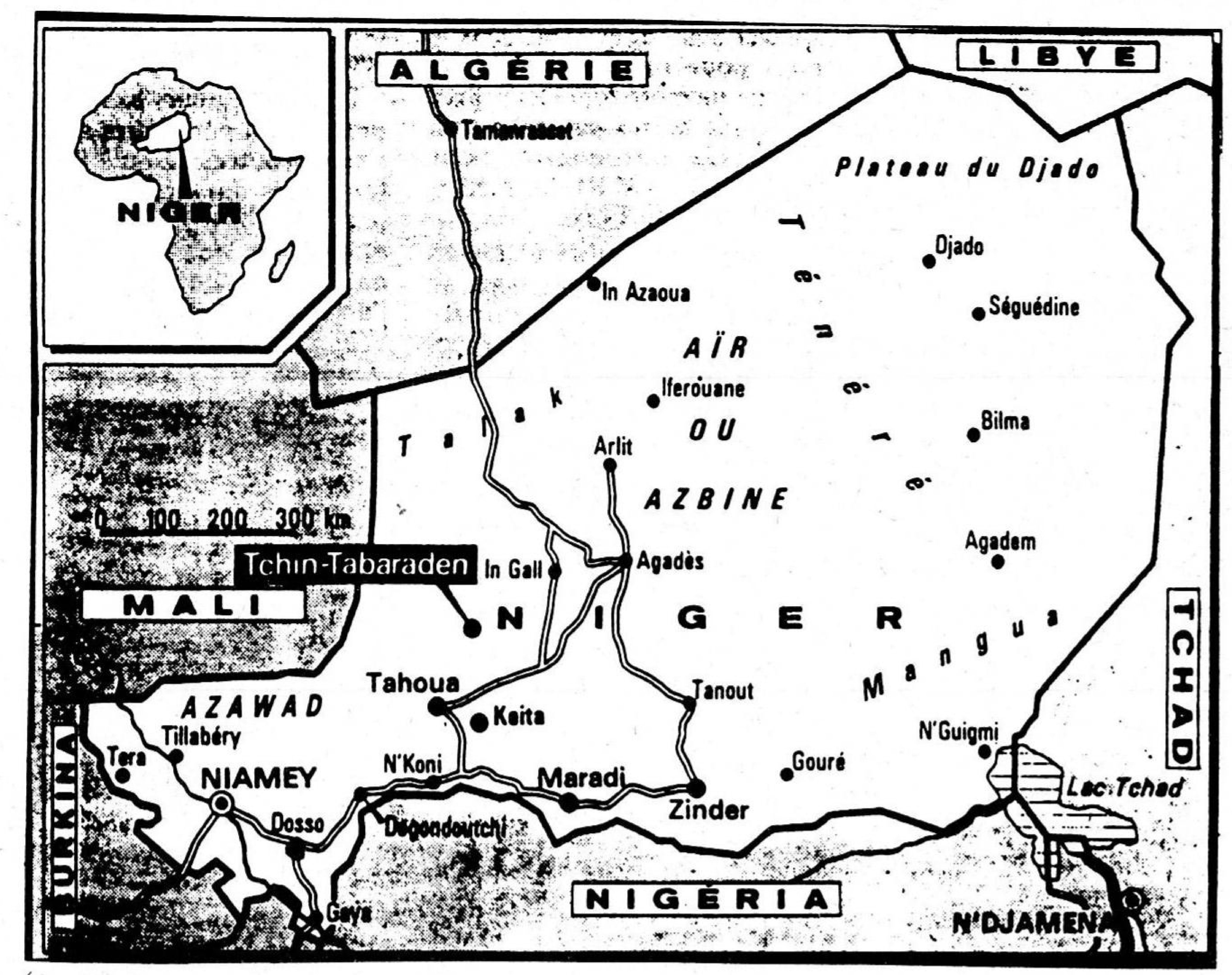
Nach diesem Vorfall schließt die nigrische Regierung Anfang Februar 92 die Grenze zu Algerien mit der Begründung, die Sicherheit der Reisenden nicht gewährleisten zu können. Ausgenommen von dieser Regelung sind Algerier und Nigrer, die die Grenze weiter passieren dürfen.

Die Schließung der Grenze verschärft die Wirtschaftskrise in Niger. Nigrische und algerische Händler trauen sich nun nicht mehr, ihre Waren über die der Armee bekannten Schmuggelpfade ins Land zu bringen. Die Preise für aus Algerien eingeführte Grundnahrungsmittel gehen sprunghaft in die Höhe. Von Norden her zieht eine Teuerungswelle für Handelsgüter wie Milchpulver, Teigwaren, Zucker und Mehl über das Land.

Im Zusammenhang mit der Rebellion steht auch die Meuterei der Soldaten der Division in Niamey vom 27. Februar, der sich Truppen in anderen Regionen sofort anschließen: Soldaten besetzen Rundfunk, Fernsehen und Flughafen in Niamey und entführen den Präsidenten des Haut Conseil de la République, des höchsten Organs der Übergangsphase zur Demokratie. Neben ökonomischen Forderungen wie Auszahlung des seit drei Monaten ausstehenden Soldes und Aushändigung der Seifenration werden die Freilassung von Hauptmann Maliki und die Absetzung von Abou Oumarou[1] (Chef d'Etat-Major Général Adjoint, [Stellvertretender Chef des Generalstabs]) gefordert. Tags darauf macht die Regierung ökonomische Zugeständnisse, weist aber die politischen Forderungen ab.

Politische Ziele der Rebellen

In einem Interview mit der nigrischen Zeitschrift "Le Républicain" vom 27.2.1992 äußert sich die FLAA erstmals zu ihren politischen Zielen. Sie bleiben allerdings verschwommen, lassen sich nur umreißen. Danach strebt die FLAA einen autonomen Status der Tuareg-Gebiete an. Die Form dieses Status bleibt aber unklar. Seit Mai/Juni 92 wird immer häufiger von einem föderativen System gesprochen, während die Übergangsregierung die Einheit und Unteilbarkeit des Staates Niger dem Streben der Tuareg entgegensetzt. Im einzelnen sagt Rissa Boula: "Seit Anfang des Jahrhunderts wurden die Tuareg politisch unterdrückt, zunächst durch die Franzosen, dann durch



die schwarze Bevölkerung im Süden des Niger. Die Conférence Nationale wäre vielleicht eine Möglichkeit zu einem demokratischen Neubeginn gewesen, sie hat sich aber nicht mit dem Problem der Tuareg beschäftigt, selbst die Aufarbeitung des Massakers von Tchin-Tabaraden war nur Fassade, um nicht die Beziehungen mit dem (reichen) Ausland zu verderben. Das Land der Tuareg ist über drei Staaten verteilt: Niger, Mali und Algerien. Dieses Land ist reich an Bodenschätzen (Uran, Steinkohle, Zinn) und an Wasservorkommen (über Tiefbrunnen erschließbar). Deren Ausbeutung kommt aber nicht den Tuareg zugute, der Gewinn fließt über staatliche Unternehmen an die Regierung, wo er versickert. Auch die anderen Projekte in Azawak und Aïr sind ausschließlich für die Regierung oder die Reichen gemacht, die Bevölkerung hat nichts davon. Die Tuareg haben nun genug von dieser Unterdrückung; sie haben sich in der FLAA organisiert und sind bereit für ihre Interessen zu sterben. Politisches Ziel der FLAA ist ein autonomer Status für den Azawak und das Aïr, das nun über Verhandlungen mit der Regierung durchgesetzt werden soll. Bedingungen für diese Verhandlungen sind, daß die Rebellen nicht mehr von der Regierung als Banditen diskriminiert werden sowie daß das Militär aufhört, in den Bergen zu patrouillieren und sich stattdessen in die Kasernen zurückzieht." - Soweit Rissa Boula.

Als wirtschaftliche Grundlage für ein autonomes Tuareg-Gebiet sieht die FLAA die Viehwirtschaft und den Reichtum an Bodenschätzen in der Region, womit insbesondere die Uranminen von Arlit gemeint sind. Zumindest in diesem Punkt macht sie sich wohl Illusionen. Der Uran-Boom ging schon vor über zehn Jahren zu Ende und daß Uran überhaupt noch abgebaut wird, liegt wohl an strategischen Interessen des Hauptanteileigners und -abnehmers Frankreich, der überdies das Uran zu Preisen über dem Weltmarktniveau bezahlt und damit das Staatsbudget des Niger subventioniert.

Gescheiterter Waffenstillstand

Mitte März 1992 greift die FLAA das Entwicklungshilfeprojekt "Projet Aïr-Ténéré" in Iférouane, einem Dorf in den nördlichen Bergen des Aïr, an. Das "Projet Aïr-Ténéré" überwacht das gleichnamige Naturreservat und ist dazu mit mehreren Land-Rovern mit Kurzwellen-Funk ausgestattet. In Iférouane ist eine Einheit der Garde Républicaine stationiert, verstärkt durch Armeeangehörige. Dem Militär geht die Munition aus. Der Fuhrpark wird mitsamt Funkausrüstung von den Rebellen erbeutet. Einige Entwicklungsdienste stellen daraufhin ihre Tätigkeit in der Region ein und ziehen ihr Personal ab. Das Militär verfolgt die Rebellen in den Bergen. Dazu soll die nigrische Armee Unterstützung durch die nigerianische Luftwaffe bekommen haben, welche Soldaten und Gerät nach Iférouane transportiert haben soll. Angeblich sollen alle Rebellen am Mont Gréboun eingekesselt und aufgerieben worden sein.

Diese Meldung entpuppt sich aber bald als Gerücht, als im Mai die Rebellen Verhandlungen aufnehmen wollen und dazu der Regierung einen Waffenstillstand anbieten. Die Regierung nimmt zunächst an, verlängert aber nach zwei Wochen nicht mehr. Sie unterstellt der FLAA, den Waffenstillstand für eine weitere Aufrüstung und Reorganisierung ihrer Kräfte zu nutzen. Die Regierung bietet ihrerseits Verhandlungen an, knüpft sie aber an die Bedingung, daß die Rebellen die Waffen nieder legen und die Gefangenen frei lassen.

Darauf antwortet die FLAA mit der Wiederaufnahme der "Nadelstichtaktik" in den Gebieten südlich von Agadez. So wird bei-

spielsweise ein Tiefbrunnen, der der Kühlwasserversorgung des Kohlekraftwerks in Tchirozérine dient, von Rebellen zerstört. Das Kraftwerk versorgt hauptsächlich die Uranminen in Arlit, nebenbei auch die Städte Arlit, Tchirozérine und Agadez mit Strom (wobei nur Behörden und reiche Bürger sich Strom leisten können).

Am 26. August verschwindet der Departements-Kommandant des Service de Documentation (Geheimdienst) aus Agadez. Offiziellen Verlautbarungen zufolge wurde er ermordet. Bei der "Verfolgung" der Täter am nächsten Morgen wird eine Armee-Einheit auf der Piste zwischen Tchirozérine und Tafadek angegriffen. Einige Soldaten werden getötet und einige sind vermißt. Die Rebellen erbeuten angeblich auch Fahrzeuge. Am selben Tag beginnen die Soldaten mit einer Verhaftungswelle gegen Tuareg, begleitet von einer Nachtausgangssperre in einigen Städten des Département Agadez sowie in den Städten Zinder und Tahoua. Die Verhaftungen dehnen sich bald auch nach Niamey aus und richten sich gegen Tuareg im Staatsdienst und gegen gebildete Tuareg, die eine herausgehobene Position im öffentlichen Leben bekleiden. Offiziell werden sie der "persönlichen, materiellen oder moralischen Unterstützung" der Rebellion verdächtigt. Unter den Verhafteten befinden sich, unter anderem, der Präfekt von Agadez, sein persönlicher Berater, der Transportminister der Regierung und ein hochrangiger Armeeoffizier. Offiziell werden 93 Tuareg verhaftet, als Dunkelziffer ist die Zahl von über 200 Verhaftungen im Umlauf.

Regierung in der Zwickmühle

Als Hintergrund dieser Vorgänge gilt eine Meuterei der Truppe in Agadez. Die Mannschaften wollen nicht mehr ihre Köpfe für die Politik der Regierung gegenüber der Rebellion hinhalten. Offensichtlich hat das Militär im unbekannten Gelände der Berge nur Niederlagen einstecken müssen, die Erfolgsmeldungen vor einigen Monaten waren Gerüchte, um die Moral der Truppe zu heben. Die Soldaten meinen, mit militärischen Mitteln die "Rebellenfrage" besser und schneller klären zu können.

Die Regierung ist nun in der Zwickmühle. Dem Militär gegenüber besitzt sie kein Druckmittel. Sie hat keine andere Wahl, als auf den fahrenden Zug aufzuspringen. In einer Ansprache an die Nation versucht der Premierminister den Eindruck zu erwecken, die Verhaftungen der Tuareg, obwohl ohne jegliche rechtsstaatliche Grundlage und der Ausnahmezustand seien von der Regierung angeordnet worden, ohne dies aber wörtlich zu sagen.

In Agadez entsteht nun ein "Etat-Major Mixte", der sich aus Militärs, Paramilitärs (Forstbeamte, Zollbeamte, Gendarmerie, Polizei) und der Préfecture, der zur Zeit ein Armeeoffizier vorsteht, zusammensetzt. Er behält sich alle politischen Entscheidungen vor. Damit wird quasi im Département Agadez eine Militärherrschaft ausgeübt.

Im ganzen Land gibt es eine emotional aufgeheizte Stimmung gegen die Tuareg allgemein, die durch die nigrischen Medien geschürt wird.

Im September 1992 wird Rissa Boula in Algerien mit (nach offiziellen Angaben) siebzig Anhängern verhaftet. Er wird wegen unerlaubtem Grenzübergang und unerlaubtem Waffenbesitz verurteilt, gegen Ende Oktober aber wieder freigelassen. Währenddessen gehen die Verhaftungen in Agadez weiter; die vorher Verhafteten befinden sich weiterhin ohne rechtliche Grundlage und nun seit mehr als sechs Wochen in Haft. Einzelne Verhaftete wurden von Agadez nach Niamey verlegt, wo gegen sie Untersuchungsverfahren angelaufen sein sollen. Bis jetzt hat die FLAA militärische und scheinbare politische Erfolge vorzuweisen. Obwohl sie sich kaum öffentlich äußert, vermittelt sie durch die Reaktion des Staates auf ihre Aktionen das Bild politischer Stärke. Die Meuterei der Truppe der Division von Agadez und seitdem der Ausnahmezustand im Norden des Niger zeigen die Zersetzung der Armee und die Schwäche der Regierung. Die Armee kontrolliert de facto den Azawag und das Aïr-Gebirge nicht mehr.

Offensichtlich bekommen die Rebellen nun Versorgungsprobleme. Sie beschlagnahmen im Oktober Kooperativeneigentum von Tuareg-Dörfern im Aïr, vor allem Lebensmittel und technische Ausrüstung.

In Frankreich initiiert Mano Dayak, ein Tuareg-Unternehmer und Fürsprecher der Rebellion im Exil, eine Kampagne u.a. mit Plakataktionen und Aufrufen in Versandhauskatalogen. Die nigrische Regierung antwortet auf die Thematisierung des Tuareg-Problems in Frankreich, indem sie ein Mitglied des Haut Conseil de la République nach Paris schickt, um mit Mano Dayak ein Fernseh-Duell zu führen. Dies findet zwar nicht statt, doch kommt es schließlich zu einem Treffen, von dem Ausschnitte und Stellungnahmen des nigrischen Vertreters im nigrischen Rundfunk und Fernsehen gesendet werden.

Die wirtschaftliche Situation des Niger wird indes immer schwieriger und immer häufiger wird sie in Verbindung mit den enormen Kosten des Militäreinsatzes im Norden gebracht. Die nigrischen Medien verlegen nun den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung von emotionalen zu mehr auf die Suche einer friedlichen Lösung gerichteten Artikeln.

Kein Ende der Verhaftungswelle

Die Verhaftungen gehen jedoch weiter. Waren sie anfänglich gezielt, scheint es jetzt jeden treffen zu können. Es kommt zu Denuziantentum. Eine Frau wurde von Militärs auf der Suche nach Rebellen in ihrem Haus mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt. Ihr jugendlicher Sohn hat einen der Vergewaltiger getötet und konnte entkommen. An seiner Statt haben die Soldaten die Frau verhaftet. Die faktische Militärherrschaft im Département Agadez verunsichert durch derartige Willkür die Bevölkerung in zunehmendem Maße.

Am 23. Oktober wird eine 109-köpfige Kommission eingesetzt, die binnen 45 Tagen Vorschläge zur Lösung der Situation ausarbeiten soll. Ihr gehören nur wenige Tuareg und v.a. dem ehemaligen Einparteiensystem nahestehende "chefs traditionnels" an.

Wie sich der Konflikt weiter entwickeln wird, ist nicht klar. Es gibt verschiedene Tendenzen. Die bevorstehenden Wahlen können schwerlich unter rechtsgültigen Bedingungen stattfinden, wenn das Tuareg-Gebiet davon ausgenommen wird. Im Sinne einer Demokratisierung in Niger sollte es deshalb noch vor den Wahlen zu einer Lösung kommen. An einer friedlichen Lösung scheinen daher vor allem die neuen demokratischen Parteien interessiert. Demgegenüber zeigt die Armee bisher keine Anstalten, in diesen Kurs einzuschwenken. Die Übergangsregierung bemüht sich, den von der Nationalkonferenz vorgegebenen Aufgabenkatalog in aller Schnelle abzuarbeiten. Dazu gehört auch die fristgerechte Durchführung der Wahlen zum Jahresende. Es bleibt zu befürchten, daß die Ausnahmesituation im Département Agadez hierbei nicht berücksichtigt wird. So wurden beispielsweise in Agadez Wahllisten erst erstellt, nachdem der Ausnahmezustand bestand und somit die ländlichen Teile des Départements nicht mehr zugänglich waren und viele Tuareg aus Angst vor Verhaftungen die städtischen Gebiete verlassen hatten. Das politische Problem des Nordens würde somit, vermutlich noch verschärft, der neuen, demokratisch gewählten Regierung übergeben.

Manfred Meier

Anmerkungen:

1) Maliki ist der verantwortliche Offizier für das Massaker an den Tuareg in Tchin-Tabaraden. Abou Oumarou, ein Tuareg besetzt zur Zeit den Posten des kommandierenden Stabschefs der Division von Agadez. Gleichzeitig rekrutiert sich die Armee hauptsächlich aus Angehörigen der ethnischen Gruppen der Djerma und Haussa. Angehörige der Tuareg sind in der Armee die Ausnahme.

DONNERSTAG 4.3.

21.00 Infoladen Daneben
Rigaerstr.84
"Mir zaynen do"

Potsdamer Str. 180, 1/30, U-Kleistpark, S/U-Yorckstr.
Café KGB
jeden Freitag 19.00h

20.00 Uhr

5.3.:
Faschistische Kontinuität in Deutschland
Film: "Der perfekte Mord", 1988 von Ralph Giordano
Referent: ??

Fand nach dem 5. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation Deutschlands und des Endes des 2. Weltkrieges ein wirklicher Machtwechsel statt? Wurden Staats- und Wirtschaftsführung, Behörden und Institutionen wirklich entnazifiziert und entflochten? -Wohl kaum.
Über Kontinuitäten und Parallelen in Justiz und Polizei, mit besonderem Bezug auf die sogenannte "Zigeunerpolizei" und die Behandlung von Roma und Sinti in Deutschland, geht diese Veranstaltung.

FREITAG 5.3.

"Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen - deutsche Urlauber in der Türkei."
Informationsveranstaltung über die Wirtschafts- und Tourismuspolitik der Türkei im Dienste des Völkermordes in Kurdistan. Am 5.03. um 17 00 Uhr im Raum H 107 im TU-Hauptgebäude Straße des 17. Juni (Ernst-Reuter Platz)

Film im Olyaanaa-Oromo-Café

Die Kultur der Oromos

Mehr als die Hälfte der Menschen am Horn von Afrika sind Oromos. Mit 30 Mill. ... sind die Oromos wirtschaftlich und in ihrer kulturellen Vielfalt entscheidend für die Region am Horn.
Obwohl das heutige Regime in Äthiopien unmenschlich ist und die Menschenrechte verachtet, unterstützt die Bundesrepublik diese Flüchtlingsfabrik.
Der Film bietet einen Ausschnitt der vielfältigen Kultur der Oromos. Es werden Altersgruppen- und Siegestänze, Hochzeiten und traditionelle Musikdarbietungen zu den Themen Erntedank, Liebe, etc gezeigt.

Vorankündigung: *Am 13. März zeigen wir ein Videofilm über die Menschenrechtssituation in Äthiopien nach dem Sturz des ehemaligen Diktators Mengistu mit anschließender Diskussion*

am Samstag, 6. März, 19:30 h, Prinzenallee 81, Berlin-Wedding

Verkehrsverbindungen: U-Bhf. Pankstraße (U 8) Bus 229

SAMSTAG 6.3.

Kundgebung zur Eröffnung der Internationalen Tourismusbörse in Berlin
Tourismusboykott:
keine Devisen für den Krieg in Kurdistan
Schluss mit der Folter und den Massakern
am 6.03. um 10.00 Uhr am Messegelände vor dem Haupteingang der Internationalen Tourismusbörse!

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage
Filme + Vorträge + Diskussionen

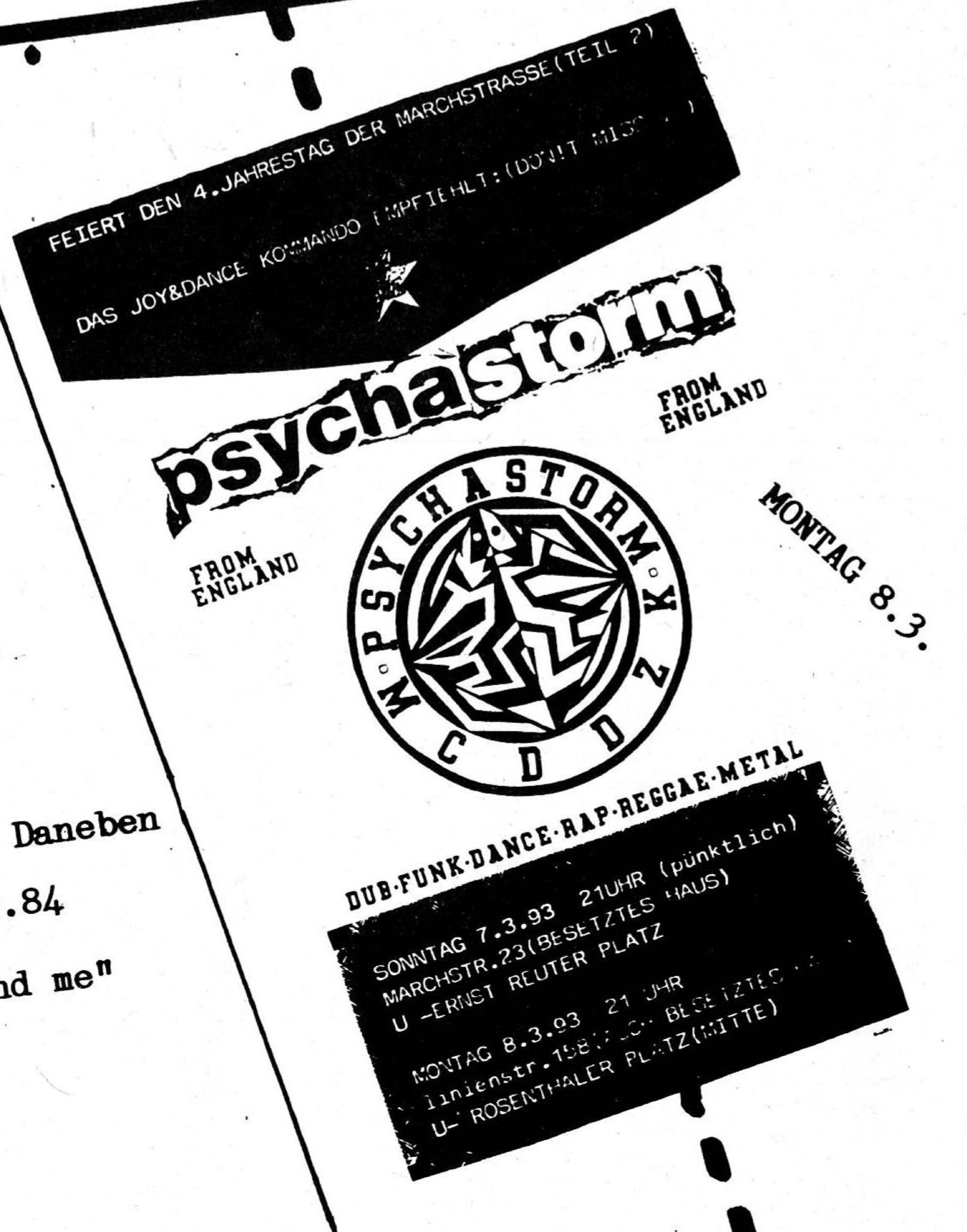
7. März

Film: "Viele habe ich erkannt" (BRD 1993)
Ein mosambikanischer Kontraktarbeiter berichtet über das Pogrom von Hoyerswerda und den alltäglichen Rassismus; Anschließend Diskussion mit den FilmemacherInnen

Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

SONNTAG 7.3.

21.00 Infoladen Daneben
Rigaerstr.84
"Roger and me"



DIENSTAG 9.3.

Video: Männerherrschaft unbekannt (f/BRD 79, 45min)
Am Beispiel der Minankabau, einem Millionenvolk auf Sumatra, wird eine Gesellschaft mit mutterrechtlichen Strukturen gezeigt.
Ort: CLASH, Uferstr.13, 1/65
UBhf. Pankstraße oder Nauener Platz
Zeit: 21.00 Uhr und 23.00 Uhr

MITTWOCH 10.3.

21.00 Clash
Uferstr.13,1/65
Film: "Brazil"

MITTWOCH 10.3.

Solidaritätskonzert für Flüchtlinge in Berlin

RAMBA SAMBA
-heiße Rhythmen,
coole Bläsersection
Ort: Flüchtlingscafe im KOB
Potsdamerstr. 157
Zeit:10.3. um 22.00 Uhr

Mittwoch 10. März 1993
19.30 Uhr
Haus am Köllnischen Park
Am Köllnischen Park 6/7, O-1020 Berlin

Programm: Frauen im Widerstand

-*"Mir zeyen do"* (wir sind da)
Ausschnitte aus dem jiddischen Partisaninnenfilm über den Ghettoaufstand in Byalistok von Ingrid Strobl
Im Film: Jiddische Lieder gesungen von Sarah Gorby

-Zum Gedenken an die jüdischen Frauen Marianne Baum, Sala Kochmann und alle anderen vor fünfzig Jahren Ermorderten der Gruppe "Herbert Baum" lesen Alice und Gerhard Zadek aus ihrem Buch
"Mit dem letzten Zug nach England"
Das Buch ist den Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe gewidmet.
-*Podiumsgespräch* mit Widerstandskämpferinnen zum Thema *Vergangenheit* mit dem Blick nach vorn

Kostenbeitrag: 3,00 DM

DONNERSTAG 11.3.

Galerie Olga Benario, Weserstr.5, 1000 Berlin 44
19.30 : **"Was mich aufgerüttelt hat" - Fritz Teppich** liest aus seiner Autobiographie : "Ein Berliner Jude erinnert sich"

Viele habe ich erkannt

Gedächtnisprotokoll eines mosambikanischen Kontraktarbeiters aus Hoyerswerda

Donnerstag, 11. März, 20.30 Uhr
Videokino Fluchtweg, Tucholskystr. 30
Berlin Mitte
Anschließend Diskussion

Hoyerswerda September 1991. Das war nicht nur Auftakt zum offenen BRD-Rassismus, staatlich geschürt und auf der Straße umgesetzt. Für viele VertragsarbeiterInnen der ehemaligen DDR war dies der Endpunkt ihres Aufenthalts. Der Einigungsvertrag hatte sie bereits rechtlich ausgegrenzt, und Betrugsmanöver der örtlichen Betriebsleitung bereiteten das Pogrom-Klima vor.

Manuel Alexandre Nhacutou war einer von 18.000 mosambikanischen VertragsarbeiterInnen der ehemaligen DDR. 1983 kam er nach Lauchhammer und begann eine Ausbildung zum Betriebsschlosser. 1986 nach Hoyerswerda versetzt, lebte und arbeitete er dort bis September 1991. Nach dem Pogrom gegen die ansässigen MosambikanerInnen und VietnamesInnen sowie gegen Flüchtlinge verließ er die Stadt, ging nach Berlin. Im Herbst 1992 verlor er die letzten Aufenthaltsrechte. Von den einstmals 18.000 MosambikanerInnen leben jetzt nur noch wenige hundert in Deutschland, unabgesichert und unter halblegalen Umständen.

In der Art eines Gedächtnisprotokolls schildert Manuel Alexandre die von ihm erlebten Arbeits- und Lebensbedingungen, den alltäglichen Rassismus, erzählt von den deutschen KollegInnen und NachbarInnen, von den Praktiken des Lohnraubs durch die Betriebsleitung, und schließlich von Pogrom und Ausweisung. Aufnahmen aus Hoyerswerda aus der Sicht der Angegriffenen ergänzen die Schilderung.

FREITAG 12.3.

Gegen den Hauptstadtwahn!
Für einen lebenswerten Kiez!

Wir suchen Leute, die sich nicht vertreiben lassen wollen

- **Verkehrs-Chaos**
- **Zerstörung des Tiergartens**
- **Verdrängung aus den Kiezen**

Wir laden alle ein, die etwas dagegen tun wollen
Am 12.3., 19.00 Uhr im Betroffenheitsladen
Lehrter Straße 27-30, 1/21
Moabiter Ratschlag e.V:

20.00 Uhr

12.3.:
Staatliche Repression und Diskriminierung gegen Flüchtlingen und Migranten
Referenten: Bärbel Schmidthals
Ton Veerkamp (ESG)

- Zur Propaganda der "Asylantenschwemme" und den Schikanen durch die Behörden
- Zur Verschärfung der Ausländer-Innengesetzgebung
- Zur Situation ausländischer StudentInnen

Potsdamer Str 180 1 30 U Kleistpark S U Yorckstr
Café KGB
jeden Freitag 19.00h


8. März –
internationaler
Frauenkampftag
sekis mart
enternasyonal kadin
mücadele günü
8th of march
international day of
womyn's struggle
♀-Demo
8. 3. 93 17:00
meeting point:
yes:
Treffpunkt:
Rosenthaler Platz
ralley:
son ve gösteri:
Abschlußkundgebung:
Rosa–Luxemburg–Platz